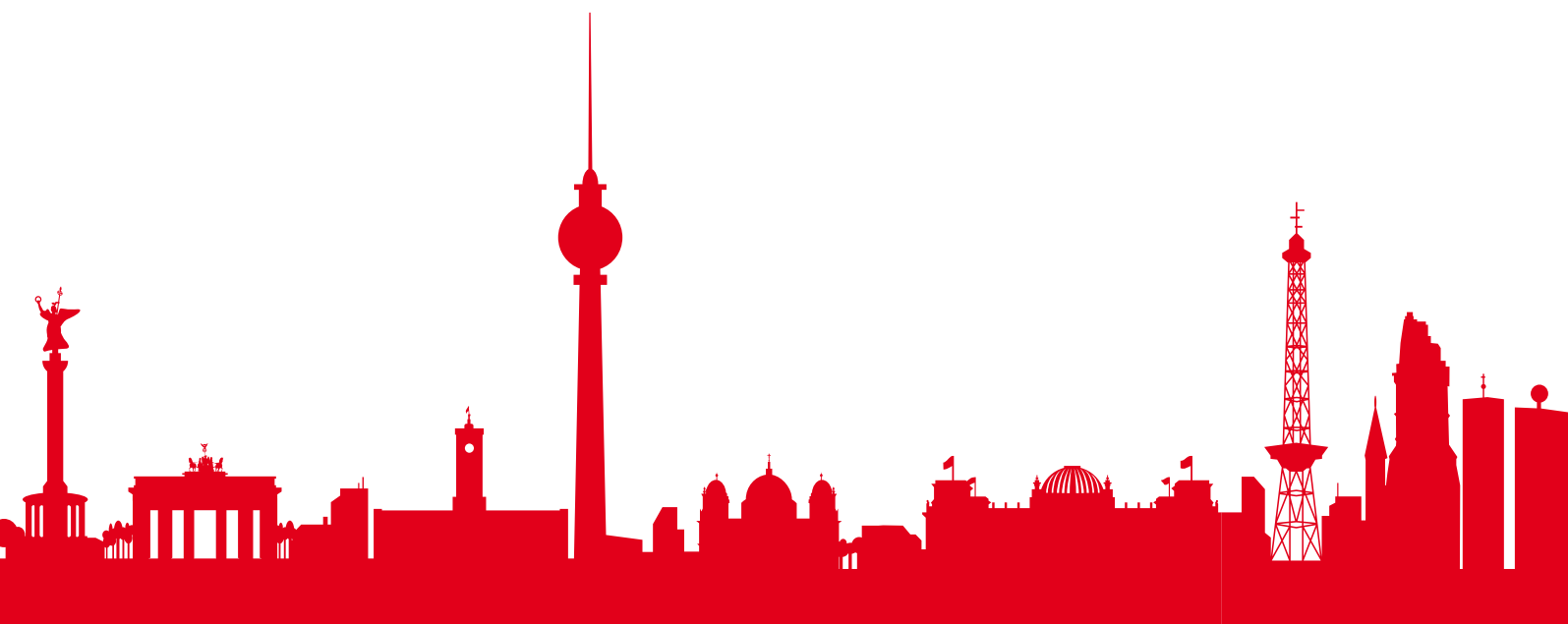


Landesbank Berlin AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2012 (HGB)



**LandesBank  
Berlin**

# Landesbank Berlin AG

## Jahresabschluss und Lagebericht 2012 (HGB)

### Inhalt

#### Lagebericht

Die Landesbank Berlin im Überblick	1
Allgemeiner Verlauf im Überblick	7
Geschäftsverlauf Januar - Dezember 2012	12
Risikobericht	20
Chancen- und Prognosebericht / Ausblick	81

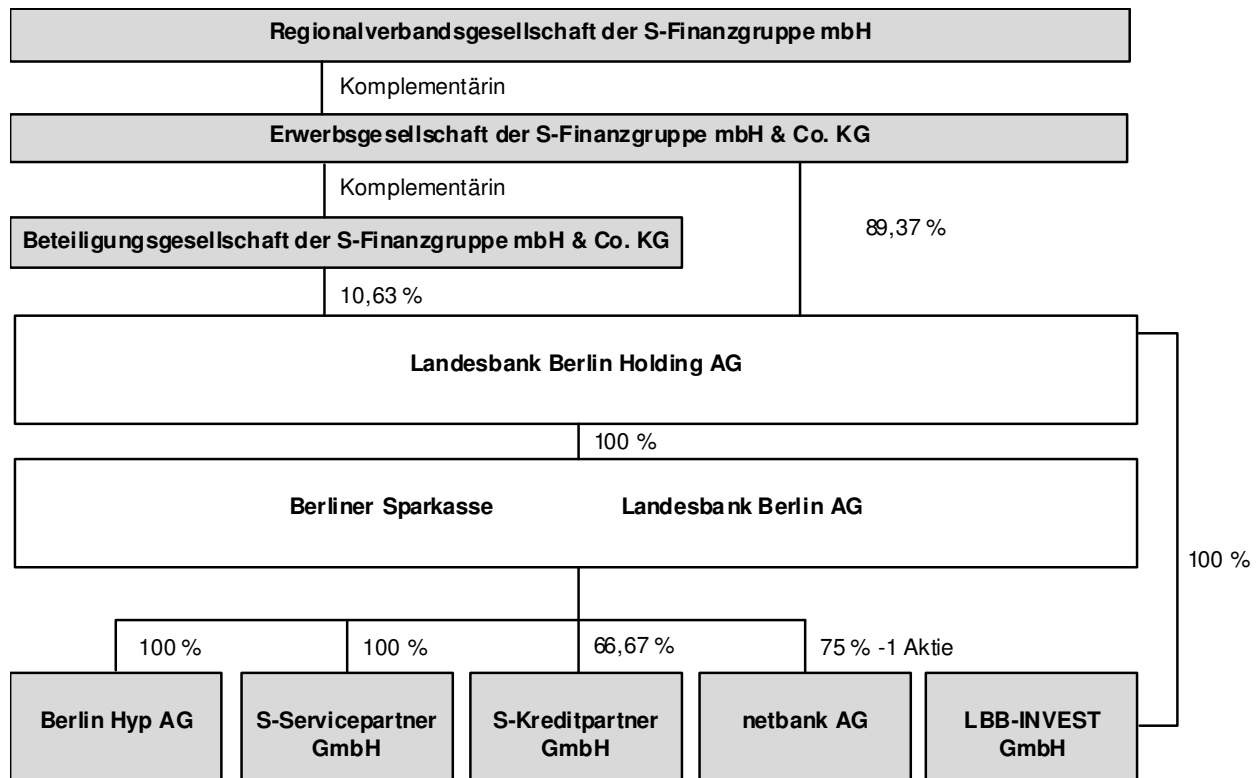
#### Jahresabschluss

Bilanz	92
Gewinn- und Verlustrechnung	94
Anhang	96
Anlagen zum Anhang	131
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	135
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	136
Bericht des Aufsichtsrats	137

# Das Unternehmen im Überblick

## Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur der Landesbank Berlin AG im Konzernverbund stellte sich zum 31. Dezember 2012 wie folgt dar:



- Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) beteiligt. Hauptaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 89,37 %. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die 10,63 % der Anteile hält. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft. Der auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Landesbank Berlin Holding AG am 25. April 2012 gefasste Beschluss zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär, die S-Erwerbsgesellschaft,

---

wurde am 1. August 2012 in das Handelsregister eingetragen. Damit ist der Beschluss rechtswirksam und die Aktien der Minderheitsaktionäre sind auf den Hauptaktionär übergegangen. Die Sparkassen-Finanzgruppe wurde damit Alleineigentümer der Holding. Die Börsennotierung der Aktien der Holding wurde mit Ablauf des 2. August 2012 eingestellt.

- Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB ist Trägerin der Berliner Sparkasse (§ 3 Abs. 2 des Berliner Sparkassengesetzes) und unterhält derzeit noch Niederlassungen in London und Luxemburg, die im Zuge der noch stärkeren Konzentration auf das kundenbezogene Geschäft in den Jahren 2013 beziehungsweise 2014 geschlossen werden sollen. Die Berliner Sparkasse ist eine öffentlich-rechtliche Sparkasse in der Rechtsform einer teilrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 3 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz) und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt.
- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen des Konzerns wie die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), die S-Servicepartner GmbH (vormals BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin) und die S-Kreditpartner GmbH (SKP). Die LBB hat mit der Berlin Hyp einen Beherrschungsvertrag im Sinne von § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG abgeschlossen, der mit der Eintragung in das Handelsregister der Berlin Hyp am 12. September 2012 wirksam wurde. Darüber hinaus wurde zwischen der LBB und der S-Servicepartner GmbH ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen; die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 3. Dezember 2012.

Im Zuge der Neuordnung der Geschäftsaktivitäten haben die Sparkassen als Eigentümer von LBB und DekaBank unter Einbindung beider Häuser eine Empfehlung für die künftige Ausrichtung erarbeitet. Danach sollen inhaltliche Überschneidungen von LBB und DekaBank abgebaut und die Stärken beider Häuser noch besser für die Sparkassen und deren Kunden nutzbar gemacht werden. Die Empfehlung beinhaltet folgendes Zielbild:

- Die LBB soll sich als Berliner Sparkasse auf das Kerngeschäft der Privat- und Firmenkundenbetreuung sowie auf die lokale gewerbliche Immobilienfinanzierung in der Region Berlin-Brandenburg konzentrieren. Zudem soll sie als wichtiger Verbundpartner ihr Know-how weiterhin den Sparkassen zur Verfügung stellen und ihre Leistungen bei Bedarf ausbauen. Zur Berliner Sparkasse sollen unter anderem die Tochterunternehmen S-Kreditpartner GmbH und S-Servicepartner GmbH, die netbank AG sowie der Direkt-BankService gehören.

- Die Berlin Hyp, in der das überregionale gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft des LBB-Konzerns konzentriert wird, soll sich als eigenständige Immobilienfinanzierungsbank der Sparkassen positionieren.
- Das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft soll zusammen mit der LBB-INVEST ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der DekaBank werden.

Im Verlauf des Jahres 2013 sollen in den Gremien der Eigentümer, der LBB und der DekaBank die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Bis zur Umsetzung der hieraus gegebenenfalls resultierenden Planungen bleibt der Konzern in seiner bisherigen Struktur bestehen.

Im Wege der Geschäftsbesorgung werden von der LBB alle Tätigkeiten erbracht, die für das Halten der Beteiligung an der LBB und die Unterstützung der Organe der Holding notwendig sind. Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Segment Refinanzierung und Zinsmanagement, die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Immobilienfinanzierungs- und dem Kapitalmarktgeschäft. Im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung der Refinanzierung und des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Infrastruktur, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung und Recht, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Backoffice-Dienstleistungen der S-Servicepartner GmbH und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert.

<b>Landesbank Berlin</b>			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Refinanzierung und Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Die Mitarbeiterkapazität in der LBB lag mit 4.110 am 31. Dezember 2012 leicht unter dem Vorjahreswert. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 58,9 % der Gesamtbeleg-

---

schaft. Die Fluktuationsquote war mit insgesamt 4,8 % beziehungsweise um Altersaustritte bereinigt mit 1,8 % sehr gering.

Die LBB ist einer der größten Ausbildungsbetriebe in Berlin mit vielfältigen Möglichkeiten für Schulabgänger und Hochschulabsolventen. Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung wie die Programme zur Entwicklung von Führungskräften und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten wurden fortgeführt. Zwei Mentoringprogramme für Frauen wurden im Berichtsjahr erfolgreich beendet. Ziel dieser Qualifizierungsmaßnahmen ist es, Mitarbeiterinnen mit entsprechendem Potenzial im Unternehmen sichtbar zu machen sowie den hierarchie- und generationsübergreifenden Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zu fördern.

Mit dem Ziel, die Führungsqualität und die Zusammenarbeit in den Teams zu verbessern, wurde 2012 erneut ein Führungsfeedback sowie ein Stimmungsbarometer zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit durchgeführt. Das Gesundheitsmanagement in der LBB bauen wir kontinuierlich aus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Möglichkeit, eine externe Beratung zu beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder anderen persönlichen Fragen sowie einen Familienservice in Anspruch zu nehmen.

---

## **Vorstand und Ressortverteilung**

Dem Vorstand der Holding gehörten zum 31. Dezember 2012 der Vorsitzende Dr. Johannes Evers und Martin K. Müller an. Sie waren zugleich Vorstandsvorsitzender (Dr. Evers) beziehungsweise Vorstandsmitglied der LBB. Weitere Vorstandsmitglieder der LBB waren Jan Bettink, Serge Demolière, Hans Jürgen Kulartz und Patrick Tessmann.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren zum 31. Dezember 2012 wie folgt geregelt:

### **Dr. Johannes Evers**

(Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Compliance

Finanzen

Personal

Revision

Unternehmensentwicklung und Recht

### **Jan Bettink**

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

### **Serge Demolière**

Landesbank Berlin AG

Kapitalmarktgeschäft

---

**Hans Jürgen Kulartz**

Landesbank Berlin AG

Einkaufsmanagement

Firmenkunden

Infrastruktur

Organisationssteuerung

**Martin K. Müller**

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Kredit

Risikobetreuung

Risiko und Controlling

S-Servicepartner GmbH

**Patrick Tessmann**

Landesbank Berlin AG

Private Kunden



---

## Allgemeiner Verlauf im Überblick

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung war im gesamten Euroraum durch eine leichte Rezession gekennzeichnet. Spekulationen um die künftige Ausgestaltung des Währungsgebiets beziehungsweise um mögliche Zerwürfnisse haben den Wirtschaftsgang zusehends beeinträchtigt. Zudem spitzte sich die Situation in größeren Staaten wie Italien und Spanien besonders zu. Weltwirtschaftlich verlief das Jahr enttäuschend. Sowohl die größeren Schwellenländer als auch die US-Wirtschaft registrierten ein vergleichsweise verhaltenes Wachstum.

Trotz dieses widrigen Umfelds erwies sich der Wirtschaftsverlauf in Deutschland bis in das zweite Halbjahr 2012 hinein als robust. Zwar verlangsamte sich das Wachstum zum Jahresende hin stetig. Dennoch stieg das Bruttoinlandsprodukt nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Gesamtjahr 2012 um 0,7 %. Maßgeblicher Treiber blieb der Außenbeitrag. Der Export profitierte im Jahresverlauf nicht zuletzt vom niedrigen Außenwert der Gemeinschaftswährung. Gleichwohl wurden die Krisenfolgen zum Jahresende deutlich sichtbar. Zugleich ließen die Arbeitsmarkt- und Einzelhandelsdaten nicht erkennen, dass solche Einschnitte durch eine Belebung der Binnennachfrage ausgeglichen werden. Somit dürfte sich zum Jahresschluss ein Rückgang der Wirtschaftsleistung eingestellt haben.

Grundsätzlich ist unsere Schwerpunktregion Berlin-Brandenburg weniger exportorientiert und entwickelte sich im aktuellen Umfeld deshalb vergleichsweise stabil. Im ersten Halbjahr 2012 nahm das Bruttoinlandsprodukt um 1,8 % zu und wuchs damit schneller als im Bundesdurchschnitt. Schwächere Auftragseingänge deuteten zwar auf Bremsspuren im Zusammenhang mit den Verwerfungen in Europa hin. Dennoch fand die Bauwirtschaft bei niedrigen Zinsen auf Expansionskurs zurück. Auch der Tourismus setzte weiterhin positive Akzente und vermeldete zweistellige Zuwächse bei den Besucherzahlen.

Nachdem die großvolumigen Langfristoperationen der Europäischen Zentralbank (EZB) am Kapitalmarkt nur kurzzeitig beruhigen konnten und die europäische Finanzpolitik im ersten Halbjahr Vertrauen stiftende Impulse vermissen ließ, sah sich die EZB im Sommer schließlich veranlasst, ihre Bereitschaft zu Anleihekäufen zu erklären. Auch ohne tatsächlichen Vollzug sorgte dies für eine Rückbildung der Risikoaufschläge. Bundesanleihen wiesen aber weiterhin außerordentlich niedrige Renditen auf, weil der stabilisierende Einfluss möglicher EZB-Eingriffe auch als Vorsorge gegen deutsche Haftungsrisiken im Zuge der Euro-

---

Rettungsmaßnahmen verstanden wird. Wie nachhaltig diese Bewegungen waren, lässt sich noch nicht beurteilen. Vereinbarungen darüber, wie im Falle einer Zuspitzung insbesondere für Spanien der Kapitalmarktzugang zu erträglichen Konditionen erhalten werden könnte, standen jedenfalls zum Jahresende noch aus.

In diesem Marktumfeld hielt die Spaltung der europäischen Finanzinstitute an. Während schwächere Marktteilnehmer vorrangig auf die Liquiditätszuteilungen des Eurosystems angewiesen blieben, beließen stärkere Finanzinstitute flüssige Mittel von erheblichem Umfang ohne jede Verzinsung im Eurosystem. Die geforderte Stärkung der Eigenkapitalausstattung wurde über den Abbau risikogewichteter Aktiva angegangen. Darüber hinaus wurden auch kapitalzuführende Maßnahmen ergriffen, die im Falle Spaniens auch unter Einbeziehung der europäischen Stützungsmechanismen erfolgten. Zudem begannen Arbeiten zur Schaffung einer europäischen Bankenunion, die maßgeblich auf einer Verlagerung bankaufsichtlicher Kompetenzen auf die europäische Ebene fußen soll.

---

## Geschäftstätigkeit der Landesbank Berlin

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist die LBB weiter darauf ausgerichtet, im Kundengeschäft zu wachsen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Die LBB hat eine starke Marktstellung in ihrer Kernregion Berlin-Brandenburg. Darüber hinaus nimmt sie immer stärker die Rolle als Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Aufgrund der anstehenden veränderten qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III / CRD IV, die im Sinne eines faktischen Vorziehens des Umsetzungstermins bereits ab dem 1. Januar 2013 gelten sollten, hat die LBB alle Geschäftsaktivitäten auf ihre Wirtschaftlichkeit, den Eigenkapitalbedarf und die strategische Wichtigkeit überprüft und bewertet. Das Eigenkapital soll bis 31. Dezember 2014 um rund 750 Mio. € entlastet werden, davon wurden rund 500 Mio. € bereits 2012 realisiert (siehe Risikobericht). Über diese Entlastung will der Konzern bereits ab dem Jahr 2013 dauerhaft eine harte Kernkapitalquote von mehr als neun Prozent erreichen. Zur Schließung der Eigenkapitalücke haben wir Risikopositionen im Nicht-Kundengeschäft schneller als ursprünglich geplant reduziert oder beendet. Zu den geplanten Maßnahmen gehört auch die Schließung der beiden Standorte in London (bis September 2013) und Luxemburg (im Wesentlichen bis Mitte 2014). Insgesamt wird sich die LBB in Zukunft strategisch noch konsequenter als Kundenbank ausrichten. Zudem wurde ein Abbau der Komplexität im Kapitalmarktgeschäft angegangen, der sowohl im Zusammenhang mit der Verkürzung der Bilanzsumme durch den Abbau von Risikoaktiva als auch grundsätzlich in Bezug auf Strukturen, Prozesse und Produkte erforderlich ist.

Die Steuerung des Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis von Kennzahlen, die nach den Regelungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) ermittelt werden. Nähere Erläuterungen sind unter „Geschäftliche Ausrichtung“ im Chancen- und Prognosebericht dargestellt.

Das Bankgeschäft der LBB wird in den folgenden strategischen Geschäftsfeldern sowie im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement, unterstützt durch die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge betrieben.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** betreibt das Universalbankgeschäft mit Privatpersonen. Im regionalen Geschäft der Berliner Sparkasse werden rund zwei Millionen Privatkunden betreut. Das überregionale Kreditkartengeschäft wird überwiegend mit so genannten Co-

---

Branding-Partnern (zum Beispiel ADAC, Amazon, Air Berlin) betrieben und umfasst rund 2,3 Millionen ausgegebene Kreditkarten. Die netbank stellt für die LBB ein Investment in den Direktbank-Kanal dar. Im überregionalen Auto- und Konsumentenkreditgeschäft ist die S-Kreditpartner GmbH, ein gemeinsam mit der Deutsche Leasing AG gegründetes Unternehmen, als Verbundpartner der deutschen Sparkassen tätig.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** betreut mit einem umfassenden Produkt- und Leistungsangebot rund 70.000 kleine und mittelständische Unternehmen. Ein strategisches Ziel ist die Sicherung der starken Marktposition in Berlin in einem intensiven Wettbewerbsumfeld. Auf Basis eines verlässlichen Geschäftsmodells ist ein hoher Qualitätsanspruch zur weiteren Vertiefung der Kundenbeziehungen sowie bei der Neukundengewinnung ein entscheidendes Erfolgsmerkmal. Während Berlin-Brandenburg der Kernmarkt für das Firmenkundengeschäft ist, ist die Bank mit strukturierten Angeboten, zum Beispiel durch das Arrangieren von Schuldscheindarlehen, auch überregional erfolgreich tätig.

In der gewerblichen **Immobilienfinanzierung** sind die LBB und die Berlin Hyp gemeinsam tätig. Alle Mitarbeiter des Immobilienfinanzierungsgeschäfts arbeiten institutsübergreifend nach einheitlichen Regelungen und Prozessen. Das Geschäftsmodell verbindet die Vorteile einer Pfandbriefbank mit denen einer Universalbank. Das Geschäftsfeld betreut rund 2.200 Kunden (Risikoverbünde) mit rund 7.900 Immobilien (ohne Einzelobjekte aus Portfoliofinanzierungen) im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Schwerpunktmäßig werden die Geschäfte mit gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, Immobilienfonds und ausgewählten Developern betrieben. Die Kundenbetreuung erfolgt neben dem Sitz der Banken in Berlin durch vier inländische Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München sowie durch drei Repräsentanzen im Ausland (Niederlande, Polen und Frankreich). Die Kreditbearbeitung findet zentral in Berlin statt.

Das **Kapitalmarktgeschäft** (KMG) umfasst die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum KMG gehören darüber hinaus die dem Geschäftsfeld zugeordnete 100-prozentige Beteiligung der Holding an der Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London und Luxemburg. Das KMG richtet seinen Fokus auf das kundenbezogene Geschäft und folgt mit dieser Aufstellung der Strategie der Bank, diversifizierte Einkommensströme aus einer breiten Palette von Aktivitäten zu erschließen. Mit der geplanten Schließung der Auslandsstandorte sowie der Einstellung der Handelsgeschäfte mit Aktien und Aktienderivaten ohne Kundenbezug leistet das Geschäftsfeld einen signifikanten Beitrag zum bereits eingeleiteten Umbau in eine Kundenbank. Zielkundengruppe sind neben mittel-

---

ständischen institutionellen Kunden vor allem die Sparkassen, beispielsweise im Bereich der Depot-B-Produkte. Das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften ergänzt das Kundengeschäft.

---

## **Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2012**

Das Vorsteuerergebnis der LBB per 31. Dezember 2012 lag über unseren Erwartungen.

Insgesamt konnte die LBB im Berichtsjahr ihre gute und nachhaltige Entwicklung im Kundengeschäft weiter fortsetzen. Dabei stellte sich die Ergebnisentwicklung in den Geschäftsfeldern differenziert dar. Das Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft lag über unseren Erwartungen. Die Ergebnisentwicklungen im Firmenkundengeschäft und im Kerngeschäft Immobilienfinanzierung verliefen ebenfalls besser als erwartet. Das Ergebnis des Geschäftsfelds Private Kunden war durch Bewertungsanpassungen in der Risikovorsorge belastet und lag somit unter den Erwartungen.

Mit dem Ziel der unterjährigen Stärkung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals auf Gruppenebene hat die LBB, wie die anderen zum aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis gehörenden Konzernunternehmen, per 31. August 2012 einen Zwischenabschluss erstellt. Der daraus resultierende Gewinn wurde entsprechend bei dem aufsichtsrechtlichen Kernkapital auf Gruppenebene berücksichtigt.

## Ertragslage

Ergebnis in Mio. €	2012	2011	Veränderung 2012 – 2011	
			Mio. €	%
Zinsüberschuss	937	882	55	6,2
Provisionsüberschuss	216	210	6	2,9
Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	-9	-61	52	85,2
Verwaltungsaufwendungen	857	840	17	2,0
Personalaufwand	366	341	25	7,3
Andere Verwaltungsaufwendungen	454	461	-7	-1,5
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	37	38	-1	-2,6
Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	-2	-7	5	71,4
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>285</b>	<b>184</b>	<b>101</b>	<b>54,9</b>
Risikovorsorge	17	31	-14	-45,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	124	29	95	>100
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-107	2	-109	<-100
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>268</b>	<b>153</b>	<b>115</b>	<b>75,2</b>
Ergebnis aus Finanzanlagen	18	-111	129	>100
Aufwand aus Bankenabgabe	13	21	-8	-38,1
Saldo der übrigen Positionen	-22	-13	-9	-69,2
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>251</b>	<b>8</b>	<b>243</b>	<b>&gt;100</b>
Ertragsteuern	0	-1	1	100,0
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>251</b>	<b>9</b>	<b>242</b>	<b>&gt;100</b>
Vergütung stille Beteiligung	51	9	42	>100
Gewinnabführung LBB Holding	200	0	200	x
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>

Das **Ergebnis nach Steuern** konnte gegenüber dem Vorjahr trotz erheblicher Aufwendungen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Bank deutlich gesteigert werden. Während in 2011 Bewertungserfordernisse für Wertpapiere im Zuge der Staatsschuldenkrise das Ergebnis deutlich belasteten, ergaben sich im Berichtsjahr aufgrund von Spreadeinengungen deutliche Bewertungsgewinne. Der Abbau unserer Engagements in den Peripheriestaaten, Restrukturierungsaufwendungen für die beschlossene Aufgabe der Standorte London und Luxemburg sowie der Abbau von Risikoaktiva beziehungsweise nicht mehr strategiekonformer Bestände belasteten im Gegenzug die Ergebnisrechnung. Die **stille Beteiligung** konnte mit 51 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) wieder vollständig bedient werden. Die **Gewinnabführung** an die Muttergesellschaft Holding betrug 200 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

Der **Zinsüberschuss** lag mit 937 Mio. € deutlich um 6,2 % über dem Vorjahreswert von 882 Mio. €. Der Anstieg ist auf höhere Erträge aus Kundengeschäften und Geldhandelsaktivitäten sowie auf höhere Beteiligungserträge zurückzuführen, während Zinsen aus Wertpapieren rückläufig waren. Periodenfremde Zinserfolge hatten zudem das Ergebnis im Jahr 2011 mit 29 Mio. € belastet.

---

Der **Provisionsüberschuss** lag mit 216 Mio. € leicht über Vorjahresniveau. Während der Überschuss im Kreditgeschäft insbesondere aus der Vermittlung von Konsumentenkrediten an die SKP sowie der Überschuss im Kartengeschäft anstiegen, ging das Provisionsergebnis im Wertpapiergeschäft weiter zurück. Das Provisionsergebnis aus der Kontoführung blieb in etwa konstant.

In der Position **Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands** konnte eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr erreicht werden. Das Ergebnis 2011 war von der insgesamt negativen Marktentwicklung im Kapitalmarktgeschäft geprägt.

Bei den **Verwaltungsaufwendungen** ergab sich ein geringer Anstieg um 2,0 % gegenüber dem Vorjahr. Im Personalaufwand machten sich neben einer Tarifierhöhung auch erhöhte Aufwendungen für variable Vergütungen bemerkbar.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** ist nach einem ungewöhnlich günstigen Verlauf im Vorjahr wieder auf ein normales Niveau gestiegen. Neubildungen und Zuführungen in Höhe von 201 Mio. € standen Auflösungen in Höhe von 77 Mio. € gegenüber.

Die Beruhigung an den Wertpapiermärkten führte im Jahr 2012 zu einem deutlich verbesserten Bewertungsergebnis. Das **Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve** in Höhe von 107 Mio. € überstieg das Ergebnis des Vorjahres um 109 Mio. €.

Im **Ergebnis aus Finanzanlagen** standen Abschreibungen auf Beteiligungen mit 51 Mio. € positiven Effekten aus Wertpapieren in Höhe von 69 Mio. € gegenüber. Der Umfang der unterlassenen Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens hat sich darüber hinaus im Berichtsjahr um 404 Mio. € vermindert.

Die Vorgehensweise zur Bewertung der Wertpapierbestände ist im Anhang zum Jahresabschluss dargestellt.

Im **Saldo der übrigen Positionen** waren neben der über 15 Jahre zu verteilenden Zuführung zu Pensionsrückstellungen aufgrund der veränderten Ermittlungsmethode des BilMoG Aufwendungen im Zusammenhang mit der beschlossenen Aufgabe der Auslandsniederlassungen in Höhe von 10 Mio. € enthalten.



---

## Vermögenslage

Aktiva in Mio. €	2012	2011	Veränderung 2012 – 2011	
			Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	21.917	23.349	-1.432	-6,1
Forderungen an Kunden	21.548	23.223	-1.675	-7,2
Schuldverschreibungen	24.805	31.210	-6.405	-20,5
Aktien	462	758	-296	-39,1
Handelsbestand	10.699	10.626	73	0,7
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	1.611	1.606	5	0,3
Sachanlagen	110	117	-7	-6,0
Übrige Aktiva	3.644	3.838	-194	-5,1
<b>Summe Aktiva</b>	<b>84.796</b>	<b>94.727</b>	<b>-9.931</b>	<b>-10,5</b>

Im Vergleich zum Vorjahresstichtag war die **Bilanzsumme** per 31. Dezember 2012 um nahezu 10 Mrd. € rückläufig. Grund hierfür war der planmäßig durchgeführte Abbau von Risikoaktiva zur Sicherung der aufsichtlich geforderten Kapitalquoten; der Abbau erfolgte ganz überwiegend nicht im Kundengeschäft.

Danach lagen die **Forderungen an Kreditinstitute** mit 21,9 Mrd. € um 6,1 % unter dem Vorjahresniveau von 23,3 Mrd. €.

Die **Forderungen an Kunden** gingen um 1,7 Mrd. € auf 21,5 Mrd. €, überwiegend im Bereich der Kommunalkredite und im Geldhandel, zurück.

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft in Höhe von 0,8 Mrd. € war leicht rückläufig.

Im Bestand der **Schuldverschreibungen** und anderen festverzinslichen Wertpapieren ist durch Fälligkeiten und Verkäufe mit 6,4 Mrd. € auf 24,8 Mrd. € (Vorjahr: 31,2 Mrd. €) ein deutlicher Rückgang erreicht worden. Der Anteil, der auf eigene Schuldverschreibungen entfällt, betrug 13,7 % nach 13,5 % im Vorjahr.

In der Position **Aktien** und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind sowohl Aktien als auch Anteile an Investmentfonds enthalten.

Der Bilanzposten **Handelsbestand** enthielt zum Bilanzstichtag im Wesentlichen positive Marktwerte aus Derivaten, Schuldverschreibungen und Aktien.

In den **Übrigen Aktiva** sind als größter Posten die im Rahmen von Handelsgeschäften gestellten Barsicherheiten (Collaterals) in Höhe von 2,5 Mrd. € enthalten.

Passiva in Mio. €	2012	2011	Veränderung 2012 – 2011	
			Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.712	25.607	-8.895	-34,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.262	28.080	182	0,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	18.799	20.264	-1.465	-7,2
Handelsbestand	14.786	13.956	830	5,9
Rückstellungen	989	1.023	-34	-3,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	893	1.292	-399	-30,9
Eigenkapital	2.861	2.861	0	0,0
davon:				
- Grundkapital	1.200	1.200	0	0,0
- stille Einlagen	700	700	0	0,0
- Rücklagen	961	961	0	0,0
Übrige Passiva	1.494	1.644	-150	-9,1
<b>Summe Passiva</b>	<b>84.796</b>	<b>94.727</b>	<b>-9.931</b>	<b>-10,5</b>

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind, vorrangig im Bereich der Geldmarktgeschäfte, erheblich um 34,7 % auf 16,7 Mrd. € verringert worden.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** blieben auf Vorjahresniveau. Die Spareinlagen sind mit 5,8 Mrd. € nahezu konstant.

Das Volumen der **Verbrieften Verbindlichkeiten** wurde planmäßig weiter von 20,3 Mrd. € um 1,5 Mrd. € beziehungsweise 7,2 % auf 18,8 Mrd. € zurückgeführt.

Im **Handelsbestand** wurden im Wesentlichen negative Marktwerte aus Derivaten und begebene Schuldverschreibungen des Handelsbestands ausgewiesen. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr war auf veränderte Marktbewertungen zurückzuführen und nicht auf eine Ausweitung des Geschäftsumfangs.

Der Rückgang des Bestands an **Rückstellungen** um 3,3 % auf 1,0 Mrd. € war im Wesentlichen auf verminderte Rückstellungen aus Finanzgeschäften zurückzuführen. In den Rückstellungen waren per 31. Dezember 2012 Pensionsrückstellungen in Höhe von 0,6 Mrd. € enthalten.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** reduzierten sich insbesondere aufgrund von Fälligkeiten um 0,4 Mrd. € auf 0,9 Mrd. €.

---

Das **Eigenkapital** der Bank als Einzelinstitut war zum Bilanzstichtag unverändert. Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB gemäß KWG zum 31. Dezember 2012 betragen nach Feststellung des Jahresabschlusses insgesamt 3,4 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen gemäß Solvabilitätsverordnung errechnete sich daraus eine Gesamtkennziffer von 18,1 % (Vorjahr: 15,0 %) und eine Kernkapitalquote von 14,1 % (Vorjahr: 11,2 %).

## **Finanzlage**

Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen. Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen zu gewährleisten, wurden die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern jederzeit eingehalten. Darüber hinaus wird ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisikocontrolling vorgenommen, das sich auf das Beschaffungs- und das Fristenrisiko bezieht. Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Auslastung der Limite war im Jahresverlauf sowohl für das Beschaffungs- als auch das Fristenrisiko unbedenklich. Eine detaillierte Darstellung der Steuerung und des Controllings der Liquiditätsrisiken erfolgt im Risikobericht. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellung zur Kapitalflussrechnung.

Die Refinanzierung der LBB erfolgte schwerpunktmäßig über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten, hauptsächlich im deutschen Raum. Die Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise führten auch im Jahr 2012 mit wechselnder Intensität zu erheblichen Unsicherheiten über die Zahlungsfähigkeit einzelner Staaten des europäischen Währungsraums. Nach den Interventionen der EZB und dem Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts über die Rechtmäßigkeit des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM entspannte sich die Refinanzierungssituation über alle Kapitalmarktsegmente. Davon profitierten Banken im gesamten Euro-Raum. In diesem fragilen und weiterhin angespannten Umfeld stellte sich die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation der LBB geordnet dar. So konnte das Geschäftsvolumen unter Vorhaltung ausreichender Reserven vollständig in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten refinanziert werden.

Die LBB setzte auch im Jahr 2012 ihre bereits 2009 begonnene Strategie fort und führte die notwendigen Refinanzierungen überwiegend mit Hilfe von klassischen Kundenprodukten und Privatplatzierungen durch. Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit unseren Kunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar. Die LBB wird in ihrem traditionellen

---

Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Refinanzierungssituation erlaubt – trotz schwieriger Marktverhältnisse – eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte.

---

## **Ereignisse nach dem 31. Dezember 2012**

Herr Martin K. Müller, Vorstandsmitglied der Holding und der LBB, wird – vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats der LBB – die LBB mit Ablauf des 31. März 2013 verlassen und ab 1. April 2013 Vorstandsmitglied der DekaBank.

---

# Risikobericht

## Rahmenbedingungen

Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist die wesentliche Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG (Holding). Sie bildet mit ihren Tochtergesellschaften einen eigenen Konzern, der in den Konzern Landesbank Berlin Holding eingebunden ist. Das konzernweite Risikomanagement der Landesbank Berlin Holding (Konzern) ist in der LBB angesiedelt.

Die Holding nimmt als Konzernobergesellschaft die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der LBB und der LBB-INVEST. Im Folgenden wird grundsätzlich der Risikobericht des Konzerns wiedergegeben. Für die Risikolage der LBB beziehungsweise des Konzerns LBB stellt dies keine Einschränkung dar.

Der Risikobericht des Konzerns enthält sowohl die nach den Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note 59 (Risikomanagement) des IFRS-Konzernabschlusses enthalten. Ebenso sind die Angaben zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB enthalten.

Die weitgehende Übereinstimmung der Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding resultiert aus der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind.

## **Aktuelle Entwicklungen**

Seit Juli 2012 muss eine Gruppe auf europäischer Ebene systemrelevanter Banken eine zusätzliche Kernkapitalquote gemäß EBA-Definition von mindestens 9 % erfüllen. Zu dieser Gruppe europäischer Banken zählt auch die RVG-Gruppe, zu der die LBB gehört. Diese Kapitalquote haben sowohl die RVG-Gruppe als auch die LBB erreicht. Um auch unter den

---

künftig härteren Anforderungen nach Basel III / CRD IV angemessene Kernkapitalquoten zu erreichen, wurden im Jahresverlauf 2012 in merklichem Umfang risikogewichtete Aktiva abgebaut. Dieser Abbau erfolgte unter ertragsschonenden Aspekten und ohne signifikante Schwächung des künftigen Kundengeschäftes, hatte allerdings eine deutliche Zurückhaltung im Neugeschäft der gewerblichen Immobilienfinanzierung zur Folge. In diesem Kontext wurden auch die internationalen Aktivitäten deutlich reduziert und die Schließung der Standorte in London und Luxemburg beschlossen. Diese Schließung der Auslandsstandorte befindet sich im Plan und wird voraussichtlich 2013 für London und 2014 für Luxemburg abgeschlossen sein. Die gemeinsamen Überlegungen mit den Haltern, die stille Einlage in nach Basel III / CRD IV anerkanntes Kernkapital umzuwandeln, wurden im Jahr 2012 fortgeführt und sollen 2013 voraussichtlich abgeschlossen werden.

Im Jahresverlauf 2012 wurde seitens der S-Erwerbsgesellschaft für den Streukapitalbesitz an der Holding ein Squeeze-out-Verfahren durchgeführt. Durch eine begleitende Kapitalerhöhung bei der S-Erwerbsgesellschaft hatte das Squeeze-out-Verfahren nur eine geringe Auswirkung auf das Eigenkapital der RVG-Gruppe.

Im Berichtsjahr wurde im Rahmen eines Projekts die Umsetzung der Anforderungen aus Basel III / CRD IV fortgeführt. Wesentliche Inhalte des Projekts waren:

- Berechnung und Analyse der im Basel III-Monitoring geforderten Kennziffern,
- Umsetzung der Anforderungen aus COREP für das Solvenz- und Großkreditregime,
- Umsetzung der Anforderungen aus Basel III / CRD IV auf Basis der Entwurfsfassungen der regulatorischen Vorgaben,
- Fortführung der begleitenden Aktivitäten wie Analyse des regulatorischen Konsultationsprozesses, Optimierung Risikogewichtete Aktiva (RWA) sowie
- Vorbereitung der Einführung der neuen Meldewesensoftware ABACUS/DaVinci für die LBB und auf Konzernebene.

Darüber hinaus wurde in diesem Rahmen ein Projekt zur Umsetzung der Anforderungen der European Banking Authority (EBA) zum Finanzmeldewesen (FINREP) gestartet.

## **Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling**

Die Gesamtbankstrategie der Holding und der LBB stellt die strategischen Rahmenbedingungen dar. In diesen ist dargestellt, dass das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie elementarer Bestandteil des Bankgeschäftes ist. Konzerneinheitliche risikopolitische Grundsätze stellen sicher, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des

---

Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können. Alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methodik messbar sind. Durch die konkrete Limitierung der dem Konzern zur Verfügung stehenden Risikoressourcen Kapital und Liquiditätsreserve werden die Risikotragfähigkeit und die Liquidität sichergestellt. Die Risikostrategie detailliert diese Vorgaben ausführlich als Dokument und liegt in der Verantwortung des Bereichs Risiko und Controlling. Im Rahmen dieser Strategie erfolgt insbesondere die Festlegung nicht-strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar. Hier sind auch für jede Risikoart die existierenden Limitsystematiken und Eskalationsprozesse dargestellt.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und dem Risikohandbuch.

### **Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen im Risikomanagementprozess**

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept inklusive der Verteilung des Risikokapitals und der Limite, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Er wird monatlich über den Top Management Report, in dem über die Finanz- und Risikolage des Konzerns berichtet wird, durch den Bereich Risiko und Controlling informiert. Eine Reihe weiterer Reports wird im Risikomanagementprozess erstellt und dem Vorstand vorgelegt.

Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das gesamte Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet. Der aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats gebildete Kreditausschuss berät mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft des Konzerns unter



---

dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und der Operationellen Risiken.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Konzern. Dies beinhaltet für alle Risikoarten eine regelmäßige Prüfung und Bewertung der Risikomanagementprozesse. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Konzern erfolgen die Steuerung und die Kommunikation der Risikolage über die nachfolgend genannten Gremien im Risikomanagementprozess:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement. Im Jahr 2012 wurde diese Funktion über das RWA-Projekt wahrgenommen.
- Im Kreditrisiko-Komitee erfolgt die Diskussion und Votierung konzeptioneller Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das Allgemeine-Produkt-Komitee jeweils für Handels- beziehungsweise Nichthandelsprodukte koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risiko und Controlling ist die unabhängige konzernweite Risikoüberwachungseinheit bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Zusammen mit den Risikocontrolling-Einheiten der Töchter sowie der Niederlassungen in London und Luxemburg übernimmt Risiko und Controlling das operative Risikocontrolling.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den im Konzern definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung der Handelseinheiten im Kapitalmarktgeschäft oder die Risikosteuerung für das Bankbuch im Dispositionsausschuss. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzel-

---

kreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury und Trading zuständig.

## **Kapitalmanagement**

Die Kapitalstrategie hat das Ziel, mittel- und langfristig eine angemessene regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung zu sichern. Hierzu werden Veränderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds und Anforderungen der Ratingagenturen analysiert und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im jährlichen Planungsprozess berücksichtigt beziehungsweise umgesetzt. Zielgrößen sind im Wesentlichen eine Kernkapitalquote von mindestens 9 % und eine Gesamtkennziffer von mindestens 10 % sowie ein Mindestrating im Single A-Bereich.

Im Rahmen der Umsetzung der neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen Basel III / CRD IV wird die nationale Aufsicht voraussichtlich im Jahr 2013 neue aufsichtsrechtliche Anforderungen festlegen. Der Konzern wird diese Entwicklung zeitnah überwachen und eventuell notwendige Maßnahmen zur Einhaltung der neuen Eigenmittelanforderungen umsetzen. Wir gehen davon aus, dass uns die bisherigen Maßnahmen insbesondere zum RWA-Abbau in die Lage versetzen, diese regulatorischen Vorgaben einzuhalten.

Die Kapitalsteuerung erfolgt konzernweit über das Kapitalmanagement-Komitee, im Jahr 2012 über das RWA-Projekt.

## **Entwicklungen im Aufsichtsrecht**

Um die künftige Eigenkapitalanforderung auf Gruppenebene zu erfüllen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen bestimmen zu können, wurden in den vergangenen Monaten die Geschäftsaktivitäten mit Blick auf Wirtschaftlichkeit, Eigenkapitalbedarf und strategische Wichtigkeit sehr genau analysiert und bewertet.

Das strengere aufsichtsrechtliche Umfeld wird die Bank weiterhin beeinflussen. Die Auswirkungen können - auch im Lichte der noch nicht endgültig festgelegten regulatorischen Anforderungen - derzeit noch nicht mit hinreichender Genauigkeit prognostiziert werden. Die politische und wirtschaftliche Diskussion hierzu wird weiterhin eng verfolgt, zudem finden entsprechende Proberechnungen statt. Um die neuen Anforderungen erfüllen zu können, wurden alle sich aus den aufsichtsrechtlichen Änderungen ergebenden Aktivitäten in einem Projekt gebündelt. Für die Kapitalplanung und -ausstattung der RVG-Gruppe ist insbesonde-

---

re die Behandlung der aufsichtlichen aktivischen Unterschiedsbeträge von Bedeutung. Diese werden zukünftig nicht mehr bei der Bestimmung des harten Kernkapitals berücksichtigt.

Im Mai wurde seitens des Baseler Komitees zusätzlich zu den so genannten Basel-III-Regelungen der Prozess für eine grundlegende Überarbeitung der Handelsbuchregularien angestoßen. Die hier geplanten Änderungen befinden sich jedoch noch in einer sehr frühen Konsultationsphase. Die Auswirkungen sind stark von der finalen Ausgestaltung abhängig und daher derzeit noch nicht absehbar. Auf Ebene der RVG-Gruppe haben die Gesellschafter Aktivitäten angestoßen, um die aufsichtsrechtliche Anerkennung des Kommanditkapitals unter Basel-III-Regeln sicherzustellen.

Durch einen signifikanten Abbau von risikogewichteten Aktiva, ganz überwiegend im Nicht-Kundengeschäft, konnten im Jahr 2012 mehr als 500 Mio. € Eigenkapital freigesetzt werden. Die Bank hatte ein Konzept zum Abbau von Risikoaktiva und zur Reduzierung der Komplexität erstellt und arbeitete konsequent an dessen Umsetzung. Dazu wurde auf Ebene der Geschäftsfelder ein Katalog von Maßnahmen erarbeitet, die erforderlich waren, um diese Ziele zu erreichen. Weitere Abbauziele für die Jahre 2013 und 2014 wurden in die Mittelfristplanung bis 2017 integriert. Damit verbunden ist ein Rückbau von Komplexität. Insbesondere unter diesem Gesichtspunkt ist die beschlossene Schließung der Auslandsstandorte in London und Luxemburg einzuordnen. Generell hat sich die LBB in der Lage gezeigt, aus eigener Kraft auch künftige aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung zu erfüllen, ohne dass dabei nennenswerte Auswirkungen auf das Kundengeschäft entstanden sind. Ein Teil des durch aktiven Abbau freigesetzten Kapitals wurde für zusätzliches Neugeschäft mit unseren strategischen Zielkunden genutzt.

Aspekte der Steuerung der Eigenkapitalbelastung umfassen eine Definition von Zielgrößen für das gebundene Kernkapital pro Geschäftsfeld. Der erhöhten Eigenkapitalbelastung begegnet die Bank durch eine Berücksichtigung in der Preisgestaltung im Neugeschäft.

### ***Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)***

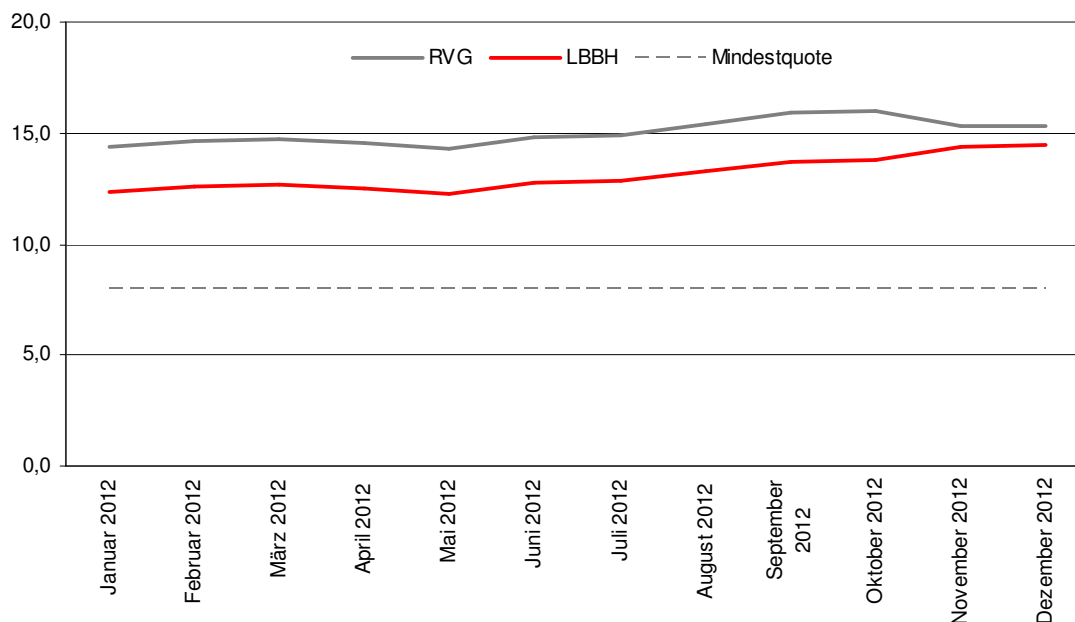
Die LBBH-Gruppe gehört aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen nachfolgend die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Gruppen LBBH und RVG sowie des Einzelinstituts LBB aus.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote gemäß rechtlicher Vorgabe beziehen sich auf die jeweiligen Stichtagswerte. Der zum Zwischenabschluss per 31. August 2012 ermittelte Gewinn wird seit der Meldung November 2012 zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel herangezogen und bis zum endgültigen Beschluss der Gewinnverwendung im Kernkapital erfasst. Der Teil des Gewinns, der an die Eigentümer abgeführt werden soll, blieb dabei unberücksichtigt. Zusammen mit der Reduzierung der Risikoaktiva im Jahr 2012 führte dies zu einem Anstieg der Quoten für die LBBH-Gruppe.

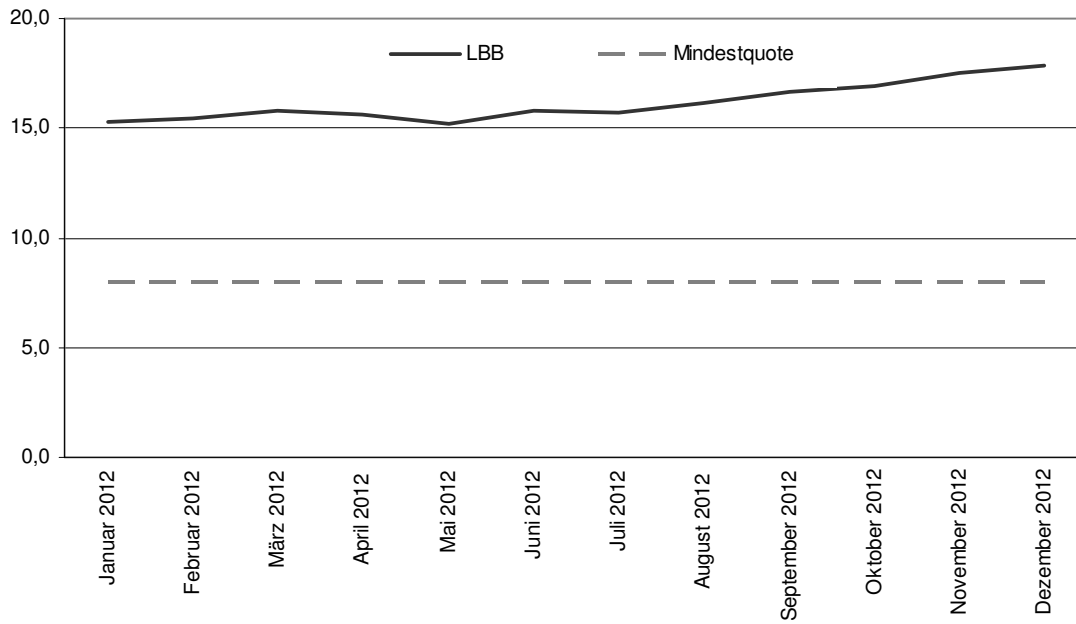
Für die Quoten der RVG-Gruppe war im November 2012 aufgrund der Abschreibung auf den Buchwert der Beteiligung an der LBBH ein gegenläufiger Trend zu verzeichnen.

Seit den Dezember-Meldungen ist wieder eine parallele Entwicklung der Quoten in der RVG- und der LBBH-Gruppe zu beobachten.

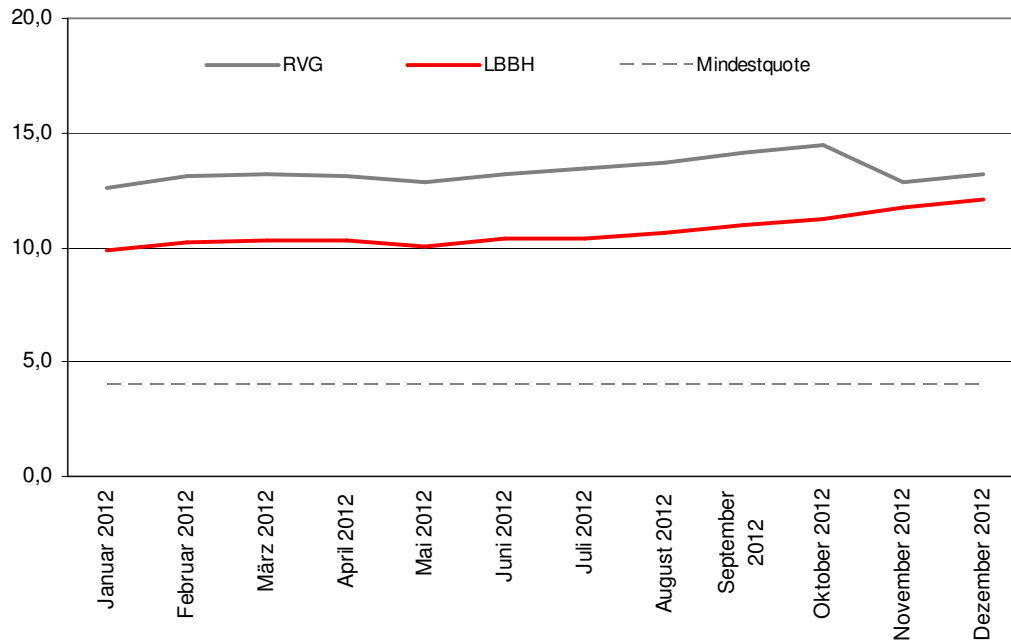
### Gesamtkennziffern (SolvV) in % auf Gruppenebene



## auf Einzelinstitutsebene

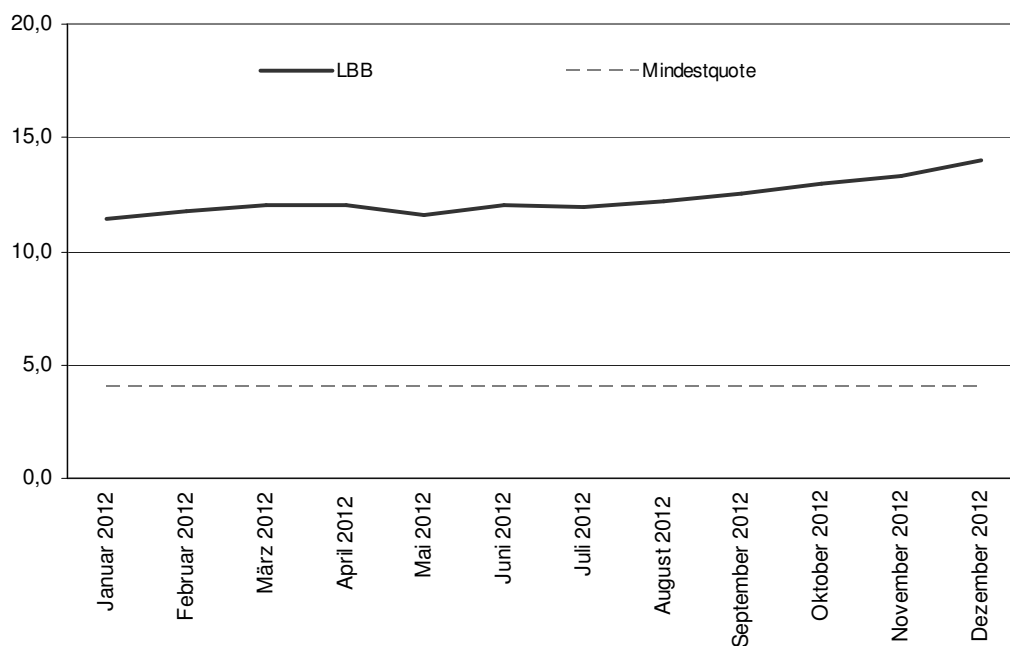


## Kernkapitalquote (SolvV) in % auf Gruppenebene



---

## auf Einzelinstitutsebene



Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Die auf europäischer Ebene für systemrelevante Banken vorgegebene Kernkapitalquote von 9 % gemäß der strengeren EBA-Definition wird per 31. Dezember 2012 ebenfalls knapp erfüllt.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor zu erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird mit den Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV der Bank verglichen. Sofern die Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV niedriger ausfallen, sind für die Höhe des Floors Eigenmittel vorzuhalten. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung stets eingehalten.

## Gesamtrisikosteuerung

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und den aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und

---

organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management Reports und des Aufsichtsratsreports, in denen alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Ertragslage oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt in der LBB laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der regelmäßigen Überprüfung des internen Konsolidierungskreises. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. Im Rahmen des Limitprozesses oder der Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten, wird diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert der Konzern die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand des Konzerns als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Anteilseignerrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Credit Spread-, Aktienkurs- und Währungsrisiken),
- Immobilienrisiken und
- Operationelle Risiken.

Das Anteilseignerrisiko wird ab 2013 aufgrund seiner nur noch geringen Bedeutung für den Konzern in das Adressenausfallrisiko überführt und nicht mehr als separate Risikoart im Sinne der MaRisk geführt.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko (Beschaffungs- und Fristenrisiko) wird den nicht-monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt.

---

Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden. Das Preisrisiko im Liquiditätsrisiko wird in der Risikotragfähigkeit bei den Restrisiken ausgewiesen.

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept. Das Konzept des internen Konsolidierungskreises (IKK) als Teil des Stufenkonzepts stellt sicher, dass für alle wesentlichen Risiken ein Prozess definiert ist, der die MaRisk-Anforderungen zum Risikomanagement auf Gruppenebene erfüllt. Für Gesellschaften innerhalb des IKK wird nach dem Transparenzprinzip eine risikoartenbezogene Einzelbetrachtung der Risiken vorgenommen. Alle anderen Gesellschaften außerhalb des IKK, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden als Anteilseigner Risiken dargestellt. Das Stufenkonzept wird regelmäßig überprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass wirtschaftlich wesentliche Risiken in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus, zum Beispiel 80 % oder 99,95 %, berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.



---

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Grundsätzlich ist das Risikomanagement der Deckungsstöcke in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem des Konzerns für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und monatlich im Rahmen des Top Management Reports dem Vorstand dargestellt. Der Vorstand der Berlin Hyp wird quartalsweise im Rahmen eines gesonderten Berichts über die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen sowie der internen Limite informiert.

### ***Gesamtbild der Risikolage und interne Kapitaladäquanz***

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und den Konzern jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben. Das Gesamtrisiko betrug per Jahresende 1.243 Mio. € bei einer Risikodeckungsmasse in Höhe von 3.482 Mio. €. Die bilanzielle Risikovorsorge für den IFRS-Konzern betrug 880 Mio. €.

Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse wird im Rahmen der Mittelfristplanung und darüber hinaus in den weiteren Prozessen wie zum Beispiel bei der Planung von Kapitalmaßnahmen berücksichtigt. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit (RTF) im Planungszeitraum sicherzustellen.

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes, das heißt, die Risikolage des Konzerns wird auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgten. Die interne Risikosicht weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen und der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (Inanspruchnahme beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

---

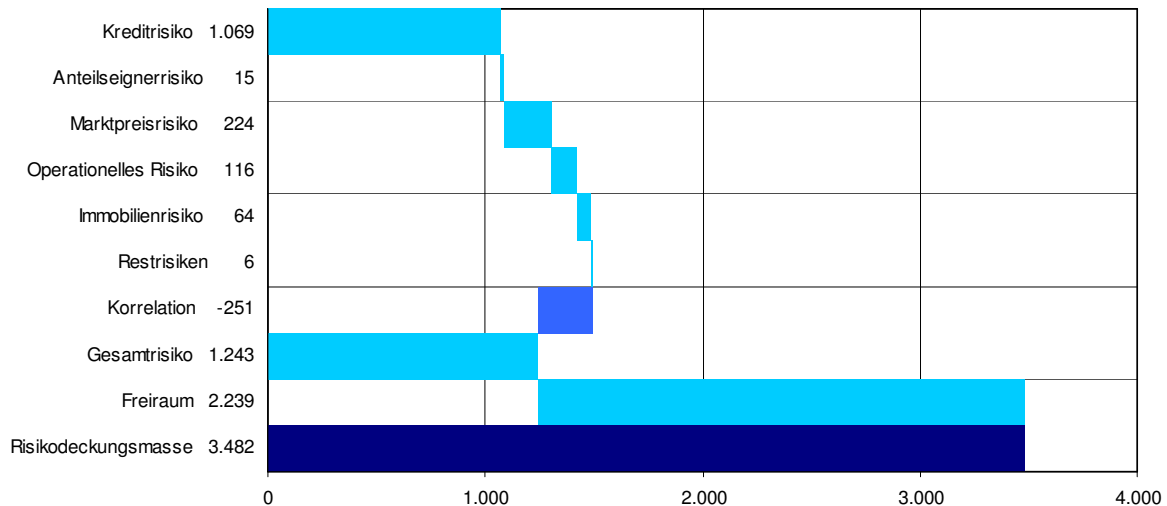
Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert. Im Januar 2012 wurde die Methode zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse dahingehend weiterentwickelt, dass die Anforderungen zum ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse in Form von Prudential Filters berücksichtigt werden. Im Wesentlichen durch Abzugsposten für latente Steuern und den Goodwill reduzierte sich die Risikodeckungsmasse von 3.989 Mio. € per 31. Dezember 2011 auf 3.482 Mio. € per 31. Dezember 2012. Bei gesunkenem Gesamtrisiko nahm auch der Freiraum ab. Die Reduktion des Freiraums wurde bei der Überprüfung und Festsetzung der Limite berücksichtigt. Im Zuge der Überprüfung wurde auch die verwendete Korrelationsmatrix zur Bestimmung des Gesamtbankrisikos adjustiert.

Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch in Stresssituationen und bei der theoretischen Vollauslastung des Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2012 im Konzern wie folgt dar:

### Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern in Mio. €



Das Restrisiko ist bis zum 31. Dezember 2012 erheblich gesunken. Ursächlich dafür war eine Änderung beim Preisrisiko. Bisher wurde ein pauschaler Betrag für das Preisrisiko (Teil des Liquiditätsrisikos) im Restrisiko berücksichtigt. Im Rahmen einer Methodenänderung wurde die Ermittlung des Preisrisikos verbessert. Der Betrag wird nun unter Berücksichtigung von angepassten Refinanzierungskonditionen errechnet. Die Methodenänderung wurde im Januar 2012 vom Vorstand beschlossen. Im Restrisiko befinden sich nunmehr nur noch kleine Risikopositionen aus Gesellschaften, die nicht über die standardisierten Schnittstellen in die Risikowerte nach Risikoart eingepflegt werden.

Im Dezember 2012 wurden wesentliche Anpassungen am Risikotragfähigkeitkonzept beschlossen, die sich auf die Höhe sowohl des Gesamtrisikos als auch der Risikodeckungsmasse auswirkten. Die Anpassungen gelten ab 1. Januar 2013. Sie betreffen den Vollabzug des Goodwills (im Wesentlichen der Firmenwert der LBB) sowie die Berücksichtigung von stillen Lasten beziehungsweise Reserven. Das Anteilseignerrisiko wird nicht mehr als wesentliche Risikoart klassifiziert und geht im Adressenausfallrisiko auf. Ab diesem Zeitpunkt gelten auf Konzernebene auch die neuen Limite. Das Gesamtrisikolimit reduziert sich ebenfalls ab dem 1. Januar 2013 auf 2.134 Mio. € (vorher 2.531 Mio. €). Hierbei wurde die strategische Neuausrichtung auf das Kundengeschäft über erhöhte Kreditrisikolimiten und reduzierte Markttrisikolimiten berücksichtigt.

Die Stresstests des Konzerns werden auf Basis von fünf Szenarien nach einheitlichem Verfahren durchgeführt. Dabei werden die Auswirkungen auf die wesentlichen Ertrags- und

Risikokennzahlen und damit auf das bilanzielle, das ökonomische und das regulatorische Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ermittelt. Die regulatorische und ökonomische Risikotragfähigkeit waren dabei im Jahr 2012 jederzeit gegeben. Die Stresstestergebnisse zum Jahresende auf Basis der Zahlen per November 2012 stellten sich wie folgt dar:

November 2012	Freiraum RTF Mio. €	Kernkapitalquote SolvV %-Punkte	Gesamtkennziffer SolvV %-Punkte
<b>Normal</b>	<b>2.227</b>	<b>11,8</b>	<b>14,4</b>
<b>Veränderungen Stresstest</b>			
Stressszenario Rezession	-1.250	-2,0	-3,2

RTF: Risikotragfähigkeit; SolvV: Solvabilitätsverordnung

Im dargestellten Szenario „Rezession“ treten die größten Auswirkungen auf. Die Parametrisierung dieses Szenarios bildet eine schwere wirtschaftliche Krise ab. Die Effekte lassen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Kreditrisiko erklären.

Die ermittelte theoretische Erhöhung der Kreditrisikovorsorge und des Kreditrisikos bewirkt die Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa -718 Mio. € der hier ausgewiesenen -1.250 Mio. €. Der Anteil des Kreditrisikos zur ausgewiesenen Verringerung der Gesamtkennziffer um 3,2 %-Punkte beträgt 2,3 %-Punkte.

Darüber hinaus ist ein Prozess zur Identifikation, Steuerung und zum Reporting von Risikokonzentrationen etabliert.

Im Rahmen der Weiterentwicklung wurden Wertberichtigungen auf Nonperforming Loans beim Kreditrisiko in die Stresstests auf Gesamtbankebene integriert.

Eine weitere Form von Gesamtbank-Stresstests sind so genannte „inverse Stresstests“. Bei diesen ist zu untersuchen, welche Ereignisse die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells gefährden können. Hierzu zählen ein aufgebrauchter RTF-Freiraum, eine Kernkapitalquote von 4,5 % oder eine Gesamtkennziffer von 8 %.

Einerseits untersucht die Bank, wie sich die Effekte der bestehenden Gesamtbank-Stresstests verändern müssten. Die Berechnung für 2012 hat ergeben, dass sich die Effekte im Szenario Rezession etwa verdoppeln (circa Faktor 1,9) müssten, damit der Freiraum der Risikotragfähigkeit vollständig aufgebraucht wäre. Für die Unterschreitung der Kernkapitalquote müssten sich die Effekte um den Faktor von circa 3,9 verstärken.

---

Andererseits wird untersucht, welche Stressereignisse in einzelnen Risikoarten die definierten Ergebnisse erreichen.

### **Adressenausfallrisiken**

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, das bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Ziel eines jeden Geschäfts ist es, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und damit zu einer kontinuierlichen Wertsteigerung des Konzerns zu leisten. Geschäfte sind nur innerhalb bestehender Limite für die mit dem Engagement verbundenen Adressenausfallrisiken zulässig. Für die Einräumung von Handelslimiten gelten zum Teil besondere Prozesse, so zum Beispiel für Broker/Dealer und für Emittentenrisiken aus Aktien und Aktien-Derivaten im Handelsbuch. Risikokonzentrationen hinsichtlich Einzeladressen („Klumpen“), Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten.

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risiko-  
adäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basierte im Wesentlichen auf dieser Größe.

Im Folgenden werden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen auf Basis des CCE dargestellt.

Das gesamte CCE des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2012 rund 94 Mrd. €. Dabei entfielen etwa 40 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft (inklusive Geschäfte, die durch die Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abgesichert sind), die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von rund 54 Mrd. € im CCE enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können sich Netting- beziehungsweise Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe auswirken. Daraus resultieren die unterschiedlichen Gesamtsalden in den nachfolgenden Tabellen zum CCE. So summieren sich die Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken zum Beispiel aufgegliedert nach Geschäftsfeldern auf 54.636 Mio. €, die Summe aufgegliedert nach Branchen beträgt jedoch 53.903 Mio. €.

Neben dem CCE wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung wurde zum Jahresende umgestellt und legt nun neben den Angaben zum CCE für die Darstellungen der Geschäftsfelder den Schwerpunkt auf das Credit Exposure.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposure sowie des CCE ergab sich für den Konzern zum 31. Dezember 2012 folgende Aufteilung:

### Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH

	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
in Mio. €								
<b>Konzern LBBH</b>	<b>104.751</b>	<b>117.067</b>	<b>94.081</b>	<b>105.582</b>	<b>40.294</b>	<b>41.233</b>	<b>53.788</b>	<b>64.348</b>

Die Aufteilung nach Geschäftsfeldern zeigt, dass der überwiegende Teil des CCE auf die Geschäftsfelder Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft entfiel.

### CCE-Darstellung nach Geschäftsfeldern

	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
<b>in Mio. €</b>								
Private Kunden	14.340	13.627	7.733	7.408	6.963	6.579	769	829
Firmenkunden	5.812	6.927	4.890	5.074	4.890	5.073	0	0
Immobilienfinanzierung	45.198	49.618	42.485	46.697	26.336	27.714	16.150	18.984
davon Hypothekendarlehen	28.820	30.267	26.213	27.528	26.213	27.528	0	0
Kapitalmarktgeschäft	33.059	37.698	32.632	37.205	2.105	1.867	30.528	35.338
Sonstige	7.190	9.857	7.189	9.857	0	0	7.189	9.857
<b>Summe Geschäftsfelder <sup>1</sup></b>	<b>105.599</b>	<b>117.727</b>	<b>94.929</b>	<b>106.241</b>	<b>40.294</b>	<b>41.233</b>	<b>54.636</b>	<b>65.008</b>

<sup>1</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Der Konzern geht vornehmlich Kreditrisiken in der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung betreut der Konzern Kunden mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken sowohl im In- als auch im Ausland.

### CCE-Darstellung nach Regionen

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %
Deutschland	33.061	34.072	82	83	29.181	34.599	54	54
Berlin	12.957	13.766	32	33	4.543	5.077	8	8
Alte Bundesländer	15.840	15.850	39	38	22.143	26.814	41	42
Neue Bundesländer	4.264	4.456	11	11	2.495	2.708	5	4
Ausland	7.231	7.148	18	17	24.722	29.505	46	46
EU	5.465	5.254	14	13	19.195	23.391	36	36
Rest Ausland	1.766	1.894	4	5	5.527	6.114	10	9
Sonstige Inländer	2	13	0	0	0	369	0	1
<b>Summe CCE Regionen<sup>1</sup></b>	<b>40.294</b>	<b>41.233</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>53.903</b>	<b>64.473</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.



Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere durch Geschäfte mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

### CCE-Darstellung nach Branchen

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2012 in Mio. €	2011 Mio. €	2012 in %	2011 in %	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2012 in %	2011 in %
Immobilienfinanzierung	23.779	24.053	59	58	734	561	1	1
Kreditgewerbe	4.054	4.704	10	11	33.783	43.066	63	67
Privatpersonen	6.307	6.039	16	15	1	0	0	0
Handel & Gewerbe	1.458	1.492	3	4	352	384	1	1
Dienstleistungen	2.311	2.195	6	5	228	344	0	0
Gesundheit & Soziales	276	307	1	1	2	2	0	0
Gebietskörperschaften	206	261	1	1	18.497	19.421	35	30
Beteiligungsgesellschaften	1.391	1.806	3	4	237	396	0	1
Versicherungen	23	23	0	0	4	110	0	0
Chemische Industrie	38	37	0	0	31	102	0	0
Sonstige	451	316	1	1	34	87	0	0
<b>Summe CCE Branchen<sup>1</sup></b>	<b>40.294</b>	<b>41.233</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>53.903</b>	<b>64.473</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

## Kreditqualität

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

Risikoklassen	Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerisiken	
	2012	2011	2012	2011
<b>in Mio. €</b>				
1 bis 3	23.830	22.833	51.911	61.926
4 bis 7	7.656	8.357	1.451	1.773
8 bis 12	5.076	5.439	339	484
13 bis 15	528	718	12	17
keine Risikoklasse verfügbar	420	987	2	67
<b>CCE Konzern LBBH - weder überfällig noch wertgemindert</b>	<b>37.510</b>	<b>38.334</b>	<b>53.715</b>	<b>64.267</b>
<i>Anteil am Gesamt-CCE Konzern LBBH</i>	<i>93,1%</i>	<i>93,0%</i>	<i>99,9%</i>	<i>99,9%</i>
<b>Konzern LBBH</b>	<b>40.294</b>	<b>41.233</b>	<b>53.788</b>	<b>64.348</b>

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Engagement des Konzerns in solchen Ländern, deren Staatsverschuldung aktuell im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit steht. Im Jahr 2012 baute die Bank das Engagement in diesen Staaten systematisch durch Rückzahlungen oder Verkauf ab, so dass sich der Nominalwert von 6,2 Mrd. € auf 3,1 Mrd. € verringerte.

### Exposure in Schuldinstrumenten in ausgewählten Staaten zum 31. Dezember 2012

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert <sup>1)</sup>	stille Effekte <sup>2)</sup>
<b>Irland (Republik)</b>	<b>255</b>	<b>261</b>	<b>-42</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	255	261	-42
Staat	0	0	0
<b>Italien</b>	<b>1.467</b>	<b>1.494</b>	<b>-28</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.157	1.168	-32
Staat	310	326	4
<b>Portugal</b>	<b>164</b>	<b>163</b>	<b>-14</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	164	163	-14
Staat	0	0	0
<b>Spanien</b>	<b>1.030</b>	<b>1.065</b>	<b>-50</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	648	670	-34
Staat	382	395	-16
<b>Ungarn</b>	<b>183</b>	<b>196</b>	<b>-2</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	10	10	0
Staat	173	186	-2
<b>Summe</b>	<b>3.100</b>	<b>3.179</b>	<b>-136</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	2.235	2.272	-123
Staat	865	907	-14

Das Exposure in Schuldinstrumenten, bezogen auf Nominal- und Buchwert, setzt sich aus direktem und indirektem Exposure in Anleihen, Schuldscheindarlehen, Asset Backed Securities und Credit Default Swaps zusammen. Ein indirektes Exposure liegt vor, sofern ein Unternehmen originär nicht in den ausgewählten Staaten ansässig ist, jedoch ein enger Zusammenhang über Konzern- beziehungsweise Garantiebeziehungen besteht.

1) Die Buchwerte berücksichtigen bereits die Anrechnung von Sicherungsgeber- beziehungsweise Sicherungsnehmerpositionen aus CDS-Geschäften.

2) Die stillen Effekte beinhalten sowohl die stillen Lasten für Bestände in der Bewertungskategorie Loans and Receivables (LaR) als auch die Effekte in der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AfS). Die stillen Effekte ergeben sich aus der Differenz von Markt- und Buchwerten.

---

Nachstehend ist das oben abgebildete Exposure (Nominalwerte) in ausgewählten Staaten nach IFRS-Bewertungskategorien per 31. Dezember 2012 aufgegliedert:

### Bewertungskategorien ausgewählter Staaten

	31.12.2012
in Mio. €	
<b>Held for Trading / Fair Value-Option</b> (erfolgswirksame Bewertung)	370
<b>Available for Sale (AfS)</b> (erfolgsneutrale Bewertung im Eigenkapital)	837
<b>Loans and Receivables (LaR)</b> (fortgeführte Anschaffungskosten)	1.893
<b>Summe</b>	<b>3.100</b>

Nach den Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen im Jahr 2011 hat der Konzern im Jahr 2012 Staatsanleihen mit einem Nominalwert von 232 Mio. € verkauft und darüber hinaus auch sein Exposure mit nichtstaatlichen Risiken in diesem Land nahezu vollständig abgebaut. Die bestehende Portfoliowertberichtigung wurde aufgelöst. Für das restliche nichtstaatliche Exposure wurde eine Länderwertberichtigung in Höhe von 5 Mio. € im Bereich Finanzanlagen gebildet.

Die noch verbliebenen Staatsanleihen der anderen im Fokus der Staatsschuldenkrise stehenden Länder mit einem Buchwert von 907 Mio. € (inkl. Berücksichtigung von abgegrenzten Zinsen, Abschreibungen sowie von Sicherungsbeziehungen) sind größtenteils den Kategorien LaR und AfS zugeordnet und werden überwiegend bis 31. Dezember 2016 fällig (67 %); die letzte Endfälligkeit ist im Juni 2018.

Das Engagement in Schuldinstrumenten spanischer Finanzinstitute beträgt 648 Mio. € (Nominalwerte). Die Nominalbeträge für Credit Default Swaps auf spanische Finanzinstitute in der Position des Sicherungsgebers beziehungsweise Sicherungsnehmers sind hierbei berücksichtigt. Aufgrund von Rückzahlungen und Verkäufen reduzierte sich der Nominalbestand im Jahr 2012 um rund 1,2 Mrd. €.

Für die Risiken in den Ländern Portugal, Italien, Spanien und Ungarn besteht aktuell eine Portfoliowertberichtigung in Höhe von 10 Mio. €.

---

Die im Rahmen der Wertberichtigungen notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

### ***Risikominderung***

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 32 Mrd. € das wesentliche Element. Darüber hinaus wurden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting um rund 12 Mrd. € reduziert. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten bis hin zu einer Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich wurden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen. Kreditderivate wurden in Höhe von etwa 4 Mrd. € und Collaterals mit einem Volumen von rund 2 Mrd. € hereingenommen.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert die Bank zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Bei der Überwachung auf Basis von beobachteten Marktschwankungen nutzt die Bank das jährlich aktualisierte Marktschwankungskonzept von "Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK)". Dieses wird für inländische Gewerbe- und Wohnimmobilien erstellt. Übersteigen die Marktschwankungen festgelegte Schwankungsbreiten, erfolgt eine Überprüfung der Bewertung der betroffenen Immobilienarten und Regionen. Im Jahr 2012 bestand entsprechend den Unterlagen der Bank hieraus kein Handlungsbedarf.

Der Konzern hat in seinem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert. Die ordnungsgemäße Durch-

---

führung wird jährlich durch den Bereich Wertermittlung der Berlin Hyp im Rahmen einer Stichprobe kontrolliert.

### ***Kreditrisikomessverfahren***

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung auf einer einheitlichen Ratingmasterskala mit den Klassen 1 bis 18, wobei innerhalb einzelner Klassen eine weitere Differenzierung erfolgt. Diese Masterskala wird in allen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht den Vergleich der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Der Konzern verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die er in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig durch das Kreditrisikocontrolling überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling nimmt die Aufgaben der Adressrisikoüberwachungseinheit nach § 152 der SolV wahr.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung. Sie bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Instituts- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie

---

fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposures, der Ratingklasse, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im Konzernkreditrisikoreport dargestellt. Dieser wird durch eine monatlich dem Vorstand vorgelegte detaillierte Aufgliederung der Risikokonzentrationen ergänzt.

Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente (Bonds, CDS, Wandelanleihen) aufgrund von Ratingmigrationen.

### ***Reporting***

Die Adressenausfallrisiken werden monatlich im Rahmen des Top Management Reports berichtet. Ein ausführlicher Kreditrisikoreport wird quartalsweise erstellt. Um Risikokonzentrationen zeitnah erkennen zu können, wird ein monatlicher Klumpenreport generiert. Dieser Bericht wird dem Vorstand im Rahmen des Top Management Reports zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus wird eine Auswahl der größten Risikokonzentrationen quartalsweise im Kreditrisikoreport dargestellt.

Neben der monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberschreitungen unterrichtet.

### ***Kreditüberwachung***

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindika-

---

---

toren werden entsprechende Überwachungslisten erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

### ***Risikobeschränkung***

Adressenausfallrisiken werden sowohl auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer als auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

### ***Einzelkreditnehmerlimite***

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Höhe des Engagements und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.



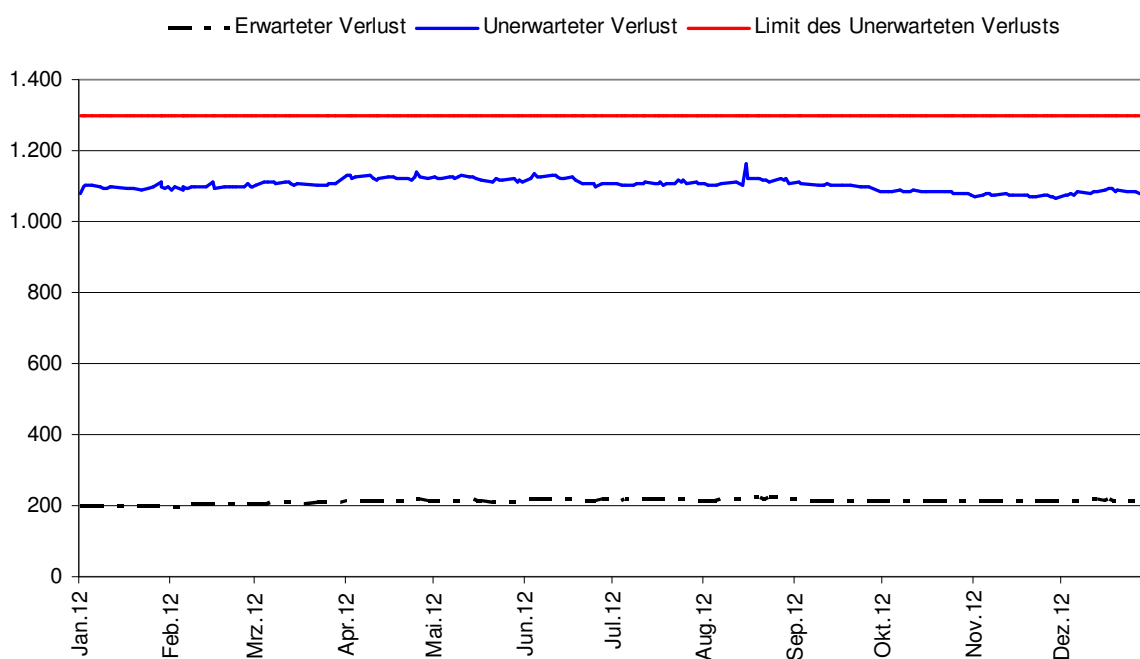
---

## Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Konzernbanken und des gesamten Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für den Konzern der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2012 dargestellt.

### Credit-Value-at-Risk-Kennzahlen Konzern in Mio. €



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die jeweiligen Limithöhen werden dabei vom Vorstand unter Berücksichtigung des Risikogehalts der jeweiligen Volkswirtschaft sowie der Entwicklung des individuellen Kreditportfolios beschlossen. Mit Ausnahme einiger Länder mit einem Länderrating von 1(AAAA) existieren für alle Länder Länderlimite, die die Geschäftsausweitung begrenzen.

Das Länderrisiko wird als Summe der Länderexposure und Reservierungen (netto) ausgewiesen. Der deutliche Anstieg beim limitierten Auslandsvolumen in der Kategorie „geringes Transferrisiko“ verbunden mit dem gesunkenen unlimitierten Auslandsvolumen ist darauf

zurückzuführen, dass aufgrund von neuen Ratingeinschätzungen in der Eurozone und der restlichen EU die geschäftlichen Aktivitäten entsprechend begrenzt werden.

Organisationen mit höchster Bonität wie zum Beispiel die Europäische Investitionsbank werden nicht limitiert, können jedoch aufgrund ihres Aktivitätsspektrums nicht direkt einer Region, zum Beispiel Europa, zugeordnet werden. Diese sind dem in der Tabelle ausgewiesenen Exposure in Höhe von 29 Mrd. € hinzuzurechnen. Das Exposure inklusive Organisationen beträgt 30 Mrd. €.

## Auslandsvolumen

in Mio. €	Exposure	
	2012	2011
<b>Ohne Limitierung des Auslandsvolumens</b>	<b>6.742</b>	<b>21.135</b>
Eurozone	4.103	12.121
Rest EU	1.248	7.135
Europa	1.391	1.416
Nordamerika	0	463
<b>Limitiertes Auslandsvolumen mit</b>	<b>22.492</b>	<b>13.710</b>
geringem Transferrisiko	21.856	12.796
mittlerem Transferrisiko	590	764
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	46	150
<b>Konzern LBBH</b>	<b>29.234</b>	<b>34.845</b>

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

## Behandlung von Problemkrediten

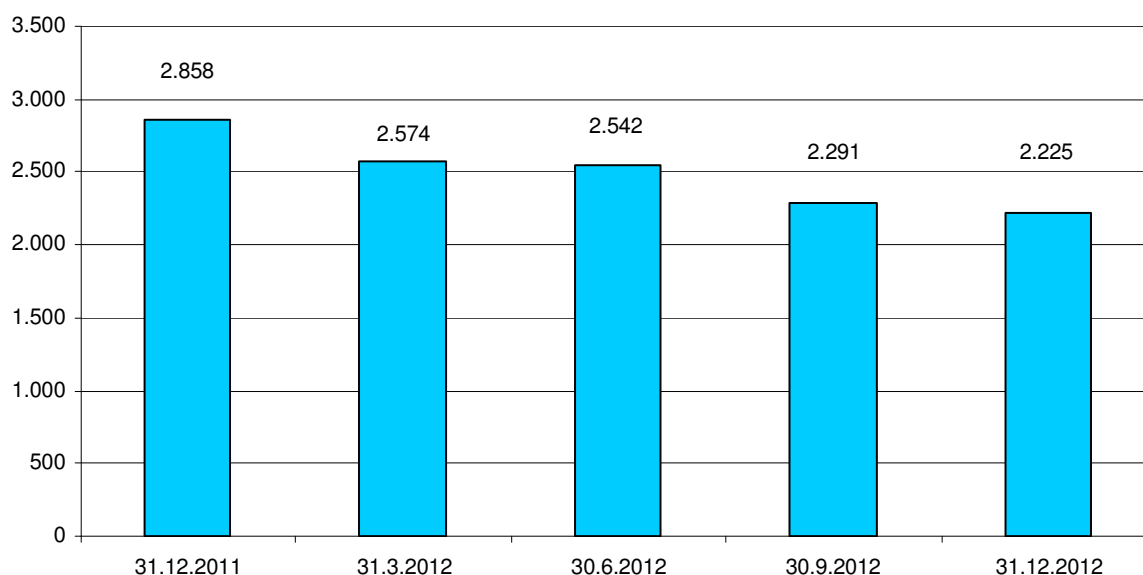
Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

---

Das CCE der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist im Berichtsjahr kontinuierlich gesunken. Der Anteil am Gesamtexposure des Konzerns lag zum 31. Dezember 2012 bei 2,4 % (Vorjahresstichtag: 2,7 %).

### **Current Credit Exposure der Nonperforming Loans in Mio. €**



### ***Bildung der Kreditrisikovorsorge***

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

Sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung wird monatlich an den Vorstand berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.

---

## **Anteilseignerrisiken**

Das Anteilseignerrisiko umfasst das Risiko von Verlusten aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mitteln an Dritte. Das betrifft in Beteiligungen gebundenes Kapital wie auch mit den Beteiligungen verbundene weitere Verpflichtungen.

In der Risikostrategie werden die Beteiligungen berücksichtigt und Aussagen über die strategische Ausrichtung getroffen. Für das Beteiligungsportfolio ist die Fokussierung auf unternehmerisch vorteilhafte, die Wertschöpfungskette unterstützende Beteiligungen vorgesehen. Die Reduktion des Beteiligungsbestands um nicht mehr benötigte oder in Abwicklung befindliche Beteiligungen wird fortgesetzt, wobei ausgewählte strategisch fundierte Akquisitionen oder Aufstockungen nicht ausgeschlossen sind.

Insgesamt verringerte sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr um rund 3 Mio. €. Es betrug per 31. Dezember 2012 15 Mio. €. Der Risikorückgang beruht im Wesentlichen auf Buchwertabschreibungen und Kapitalrückzahlungen. Im Jahresverlauf wurde die Beteiligung der S-Servicepartner GmbH an der SDZ Westfalen-Lippe GmbH in die Messung des Anteilseignerrisikos aufgenommen.

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstestings wurden als maßgebliche Risikofaktoren die Bonität der Beteiligungen, deren Ertragskraft und deren Unternehmenswerte identifiziert. Dabei erfolgt eine Variation der Parameter Ratingeinstufungen, Beteiligungserträge und Wertberichtigungen.

Der Vorstand der LBB wird monatlich im Rahmen des Top Management Reports über die Risikolage informiert. Dazu gehört auch die Überwachung der Risikokonzentrationen, die qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen erfolgt.

---

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den strategischen Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden bestimmte Unternehmen, die beispielsweise zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das Geschäftsfeld, dem die jeweiligen Anteile zugeordnet wurden, trägt die Verantwortung für die risiko- und ergebnisorientierte Steuerung der Beteiligungen.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, wurden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

### **Liquiditätsrisiken**

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu einem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Die zentrale Liquiditätsversorgung des Konzerns zu gewährleisten, ist Aufgabe des Bereichs Treasury und Trading im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen.

Im Jahr 2012 war der Konzern für alle beobachteten Szenarien jederzeit zahlungsfähig. Die aufsichtlichen Liquiditätskennziffern gemäß §11 KWG wurden eingehalten.

---

## ***Auswirkungen der Finanzkrise***

Seit Beginn der Finanzkrise im zweiten Halbjahr 2007 ist die Funktionsfähigkeit der Refinanzierungsmärkte eingeschränkt. Einer Verbesserung in den Jahren 2009 und 2010 stand eine drastische Verschlechterung im Jahr 2011 gegenüber.

Das gesamte Geschäftsjahr 2012 war mit wechselnder Intensität durch Unsicherheiten über die Zahlungsfähigkeit europäischer Staaten, insbesondere Griechenland, Spanien und Italien, geprägt. Die Europäische Zentralbank bekräftigte ihren seit Beginn der Finanzkrise stets demonstrierten Willen, die Märkte mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Insbesondere die Ankündigung von EZB-Präsident Mario Draghi Anfang Juli, alles für den Erhalt des Euro tun zu wollen, hatte eine positive Wirkung zunächst auf die Refinanzierungskosten Spaniens und Italiens. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im September grünes Licht für den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM gegeben hatte, setzte sich diese Entspannung über alle Kapitalmarktsegmente hinweg fort. Davon profitierten Banken im gesamten Euro-Raum, die insbesondere das vierte Quartal 2012 zu langfristigen Mittelaufnahmen nutzen konnten.

In diesem fragilen und weiterhin angespannten Umfeld ist die Refinanzierungs- und Liquiditätssituation der Landesbank Berlin geordnet. Es gelang im gesamten Jahresverlauf 2012 stets, das Geschäftsvolumen vollständig unter Vorhaltung ausreichender Reserven in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten zu refinanzieren.

## ***Grundlagen und Liquiditätskennziffern***

Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

Die Liquidität der Bank gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 360 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen

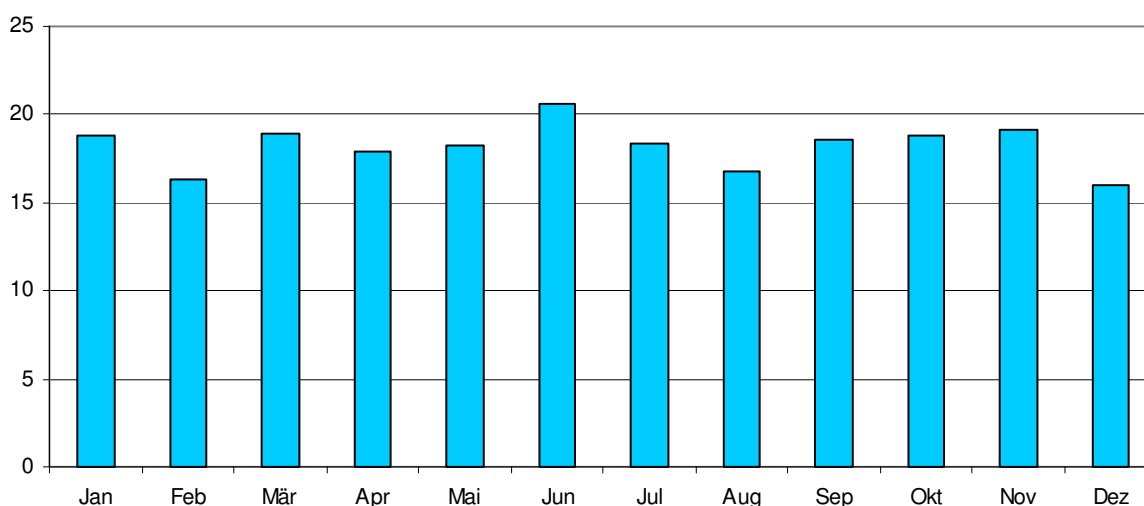
---

innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo bis zum 15. Werktag des Folgemonats an die Bundesbank gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten für Vermögenswerte ergeben sich die kumulierten Zahlungsmittelüberschüsse der LBBH auf 360 Tage gemäß Liquiditätsverordnung.

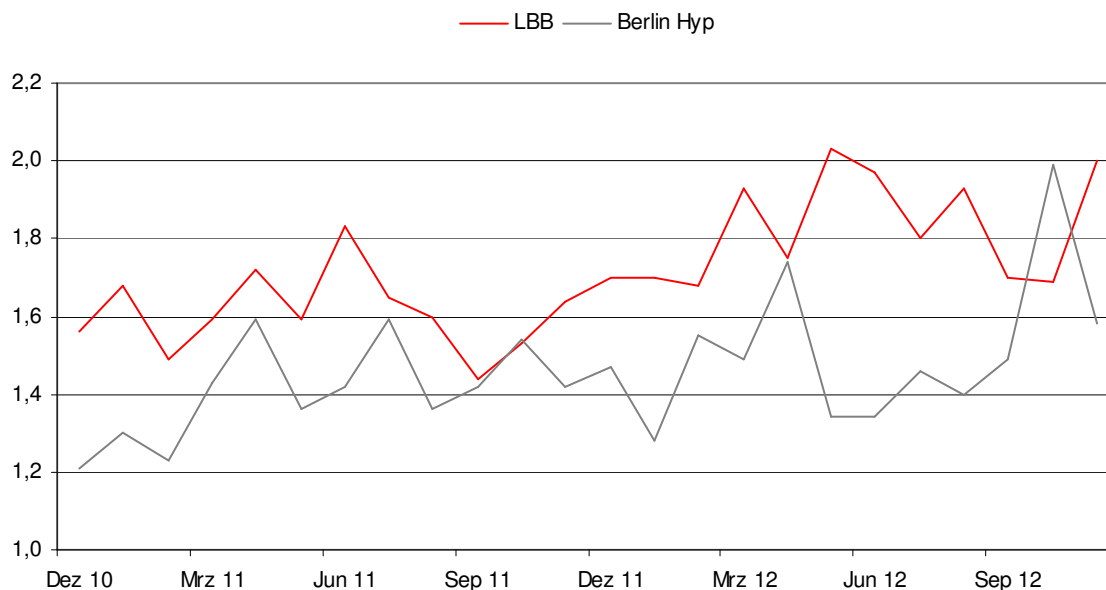
### **Kumulierter Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage des LBBH-Konzerns in Mrd. €**



Es ist erkennbar, dass durch das Liquiditätsmanagement jederzeit ein positiver Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage sichergestellt wurde.

Die interne Liquiditätsrisikomessung und -steuerung des Konzerns wird im Folgenden beschrieben und erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva decken zu können.

Die folgende Grafik zeigt die monatliche Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern.



Die Liquiditätskennziffern wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo ergeben sich folgende Zahlen:

	2012	2011
Landesbank Berlin	2,00	1,64
Berlin Hyp	1,58	1,42

### **Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken**

Für den Konzern wird zusätzlich ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisikocontrolling vorgenommen. Dazu werden täglich Berechnungen unter Stressannahmen durchgeführt. Die Modellparameter dieser Stressszenarien basieren auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung und erfüllen die Anforderungen der MaRisk.

Das interne Liquiditätsrisiko wird unterteilt in das kurzfristige Beschaffungsrisiko, das mittel- und langfristige Fristenrisiko sowie das Preisrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko.

Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Beschaffungsrisiko, stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten



---

Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr fristgerecht und in vollem Umfang nachkommen zu können.

Unter Fristenrisiko wird das Risiko verstanden, dass mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongiert werden können.

Das Preisrisiko ist das Risiko, dass Anschlussrefinanzierungen in der Zukunft auf Grundlage veränderter Refinanzierungsspreads getätigt werden. Im Rahmen einer im Januar 2012 vom Vorstand beschlossenen Methodenänderung wurde die Ermittlung des Preisrisikos verbessert. Der Betrag wird seitdem unter Berücksichtigung von angepassten Refinanzierungskonditionen errechnet.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. In der Kapitalablaufbilanz werden neben den vertraglich vereinbarten Zahlungsströmen folgende Annahmen berücksichtigt:

- Prolongation von Aktivfälligkeiten,
- modelliertes Abzugsverhalten von Einlagen,
- Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen,
- auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen,
- die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien.

Konzerninterne Zahlungen werden bei der Erstellung der Kapitalablaufbilanz nicht berücksichtigt. Durch dieses Vorgehen wird die korrekte Darstellung und Liquiditätswirksamkeit jedes Zahlungsstroms sichergestellt.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling überwacht, so dass auch unter den vorgenannten restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist.

An diese kurzfristige Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesi-

---

cherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Die Liquiditätsreserve setzt sich aus qualitativ hochwertigen Wertpapieren gemäß MaRisk zusammen. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

### ***Reporting der Liquiditätsrisiken***

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die BaFin informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2012 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

### ***Steuerung der Liquiditätsrisiken***

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stresstests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

### ***Risikokonzentrationen***

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine

---

zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Beschaffungsrisiko führen.

Risikokonzentrationen werden in vordefinierten Reports separat betrachtet und turnusmäßig an den Vorstand berichtet.

Adressen- und branchenspezifische Konzentrationen bestehen bei unseren Einlagen aus der Sparkassenfinanzgruppe, die seit 2008 stetig erfreulich gewachsen sind.

Währungsspezifische Konzentrationen bestehen in der Heimatwährung Euro. Das Exposure in Fremdwährungen ist relativ zur Bilanzsumme und zum Exposure von Wettbewerbern niedrig.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Retaileinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu mehr als 80 % im deutschen Raum. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf deutlich unter 20 % geschätzt wird.

Die LBB setzte auch im Jahr 2012 ihre bereits 2009 begonnene Strategie fort und führte die notwendigen Refinanzierungen überwiegend mit Hilfe von klassischen Kundenprodukten und Privatplatzierungen durch. Diese Strategie war auch im Pfandbriefbereich erneut erfolgreich, in dem im Konzern im Jahr 2012 nur ein Jumbo-Hypothekenpfandbrief der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank extern begeben wurde.

## Restlaufzeitengliederung

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen des Konzerns per 31. Dezember 2012, gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Daten basieren auf der Kapitalablaufbilanz des internen Liquiditätsrisikocontrollings. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Sicht, die sich wie im IFRS 7 vorgegeben von den Angaben in der Bilanz unterscheidet. Berücksichtigt werden hierbei zusätzlich zukünftige Zinszahlungen beziehungsweise bei derivativen Verbindlichkeiten die voraussichtlichen undiskontierten Nettozahlungsströme, wenn diese Zahlungsströme ermittelt werden können. Anderenfalls finden die beizulegenden negativen Zeitwerte Verwendung. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühestmöglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.

### Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten

in Mio. €	2012	2011
<b>Kreditinstitute</b>		
<= 1 Monat	9.818	19.003
> 1 Monat und <= 1 Jahr	12.267	11.563
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	1.065	1.008
> 5 Jahre	956	1.060
<b>Gesamt</b>	<b>24.106</b>	<b>32.634</b>
<b>Kunden</b>		
<= 1 Monat	26.104	24.220
> 1 Monat und <= 1 Jahr	2.987	5.673
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	6.979	8.934
> 5 Jahre	8.311	9.525
<b>Gesamt</b>	<b>44.381</b>	<b>48.352</b>
<b>Emittierte Wertpapiere</b>		
<= 1 Monat	928	809
> 1 Monat und <= 1 Jahr	7.857	8.019
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	27.074	31.166
> 5 Jahre	3.989	6.147
<b>Gesamt</b>	<b>39.848</b>	<b>46.141</b>
<b>Derivate Verbindlichkeiten</b>		
<= 1 Monat	3.858	3.972
> 1 Monat und <= 1 Jahr	3.427	3.507
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	8.447	8.088
> 5 Jahre	3.578	3.631
<b>Gesamt</b>	<b>19.310</b>	<b>19.198</b>

---

## **Marktpreisrisiken**

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Der Konzern geht Marktpreisrisiken insbesondere in Form von Credit Spread-, Zins-, Aktien- und Währungsrisiken in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung im Bankbuch steht der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung und eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals. Ergänzend werden im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement Investitionen innerhalb anderer Risikoarten im Rahmen langfristiger Strategien eingegangen.

### ***Steuerung der Marktpreisrisiken***

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiger Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die **Handelsaktivitäten** erfolgt durch die Frontoffice-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des **Bankbuchs** erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle zwei Wochen berät und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos entscheidet. Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und Analysen hinsichtlich

---

des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter unterstützt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

### ***Kontrolle der Marktpreisrisiken***

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risiko und Controlling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss im Konzern sichergestellt wird. Gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen können somit den Kontrollen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die BaFin gemeldet. Im Zuge der Einsatzgenehmigung für ein neues IT-System zur Marktpreisrisikoermittlung für Aktienprodukte durch die BaFin wurde per 20. März 2012 auch der aufsichtsrechtliche Faktor für die mit Eigenmitteln zu unterlegende Marktrisikoposition in der LBB von 3,8 auf 3,4 gesenkt.

### ***Reporting der Marktpreisrisiken***

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an alle Vorstandsmitglieder der LBB berichtet.

---

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an den Vorstand,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des Top Management Reports.

### ***Marktpreisrisikolimits und -inanspruchnahmen im Konzern***

In der nachfolgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte, Minima und Maxima den Limits gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

## Value-at-Risk Konzern

	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	31.12. 2012	31.12. 2011
<b>in Mio. €</b>								
<b>Kapitalmarktgeschäft</b>	<b>70</b>	<b>102</b>	<b>24</b>	<b>54</b>	<b>114</b>	<b>181</b>	<b>170</b>	<b>170</b>
Client Business Distribution	0	0	0	0	0	0	0	0
Client Business Production	3	11	2	5	8	24	24	24
Treasury & Trading	69	91	24	42	110	173	170	170
Internationales Geschäft	0	1	0	0	1	2	5	5
<b>Bankbuch</b>	<b>49</b>	<b>77</b>	<b>29</b>	<b>33</b>	<b>86</b>	<b>136</b>	<b>195</b>	<b>230</b>
Bankbuch Landesbank	34	73	20	45	52	136	125	150
Sonstige Bankbücher	29	2	16	1	52	4	-	-
<i>davon</i>								
<i>Bankbuch Berlin Hyp</i>	<i>29</i>	<i>35</i>	<i>15</i>	<i>14</i>	<i>52</i>	<i>59</i>	<i>75</i>	<i>85</i>
<b>Konzern</b>	<b>84</b>	<b>127</b>	<b>32</b>	<b>56</b>	<b>148</b>	<b>237</b>	<b>320</b>	<b>400</b>
Aktienrisiko	4	9	2	4	7	18		
Währungsrisiko	10	13	6	7	21	21		
Zinsrisiko	35	55	16	26	64	114		
Credit-Spread-Risiko	59	86	29	39	123	175		
<b>Konzern</b>	<b>84</b>	<b>127</b>	<b>32</b>	<b>56</b>	<b>148</b>	<b>237</b>		

"Sonstige Bankbücher" beinhalten seit Januar 2012 die Berlin Hyp. Alle enthaltenen Einzelportfolien sind limitiert.

Gemäß der Struktur 2011 ist bei den "Sonstigen Bankbüchern" die Berlin Hyp nicht enthalten.

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzern-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

## Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden die in der Tabelle Value-at-Risk Konzern enthaltenen Risiken dargestellt. Hinzu kommen zum Beispiel Angaben zu Unterportfolien sowie eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie fünf Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden. Darüber hinaus erfolgen Detailrisikoausweise. Im Berichtsjahr gab es keine besonderen Konzentrationen von Marktpreisrisiken auf Einzeltitel.



---

## Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern ebenfalls im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt und unterliegt somit der Limitierung und regelmäßigen Überwachung. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern war per Jahresende 2012 gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das ausgewiesene Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr etwas gestiegen, vor allem aus der direkten Verwendung von Teilen des Eigenkapitals zur Refinanzierung festverzinslicher Kundenforderungen.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100 und –100 Basispunkte (BP) werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

	+ 100 BP		- 100 BP	
in Mio. €	2012	2011	2012	2011
<b>Konzern</b>	<b>-168</b>	<b>-111</b>	<b>135</b>	<b>79</b>
LBB	-102	-75	40	43
Berlin Hyp	-48	-22	82	21
Andere	-17	-13	13	15

Die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs der LBB AG sind gemäß Vorgabe der Solvabilitätsverordnung bezüglich der Änderungen um +200 und –200 Basispunkte zu betrachten:

	+ 200 BP		- 200 BP	
in Mio. €	2012	2011	2012	2011
LBB (Anlagebuch)	-235	-148	41	-31

Die Methodik der Szenarioberechnung beruht für Kredite und Einlagen auf einer mathematischen Approximation auf Basis der Zinssensitivitäten und für Kapitalmarktprodukte auf einer kompletten Neubewertung des Portfolios unter Berücksichtigung optionaler Bestandteile,

---

---

jeweils mit einer Begrenzung der Zinsbewegung nach unten bei Null. Daraus resultiert im Wesentlichen die zu beobachtende Asymmetrie bei Zinsanstieg und Zinsverfall. Die Bank plant mit Blick auf das weiterhin bestehende Umfeld sehr niedriger Zinsen, die begonnene Modellanpassung zur Berücksichtigung von negativen Zinsen im Jahr 2013 abzuschließen.

### ***Währungsrisiken***

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen in Fremdwährungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk Konzern aufgezeigte Währungskursrisiko in Höhe von durchschnittlich 10 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des britischen Pfund.

### ***Aktien- und Fondsrisiken***

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten sowie verbleibenden Handelsstrategien im „Treasury & Trading“, welche jedoch sukzessive abgebaut werden. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Das Fondsportfolio ist überwiegend im Anlagebuch verbucht. Die Fonds werden hier wie Aktien behandelt. Bei den verbleibenden Fonds des Handelsbuchs wird nach Möglichkeit eine Durchschau vorgenommen. Für eine weitere Überwachung des Risikos werden darüber hinaus spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen vorgenommen.

### ***Credit Spread-Risiken***

Das Credit Spread-Risiko stellt neben dem Zinsänderungsrisiko eines der bedeutendsten Risiken im Konzern dar. Die möglichen Änderungen aus unterschiedlichen Credit Spread Entwicklungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Die „Ausweitung fremder Credit Spreads“ beinhaltet eine ratingspezifische, laufzeitabhängige Ausweitung fremder Credit Spreads (+30 bis +300 BP), die „Einengung eigener Credit Spreads“ eine laufzeitabhängige Einengung unbesicherter eigener Credit Spreads (-30 BP unbesichert, -100 BP Nachrang).

	<u>Ausweitung fremder Credit Spreads</u>		<u>Einengung eigener Credit Spreads</u>	
	2012	2011	2012	2011
in Mio. €				
<b>Konzern</b>	<b>-371</b>	<b>-280</b>	<b>-274</b>	<b>-294</b>
KMG	-183	-172	-26	-29
Bankbuch	-188	-108	-248	-265

Die Änderungen in dem Szenario „Ausweitung fremder Credit Spreads“ sind nicht auf den Ausbau der Position in Fremdemissionen zurückzuführen, sondern auf eine methodische Änderung. Die Methodik wurde dahingehend angepasst, dass nunmehr auch Bestände in Staatsanleihen und Anleihen deutscher Bundesländer mit einer Credit Spread-Sensitivität versehen werden. Bislang wurden diese Papiere - im Gegensatz zu anderen Fremdemissionen wie Banken und Corporates - nur in den Zins-Szenarien dargestellt.

### ***Verlauf des Marktpreisrisikos des Konzerns***

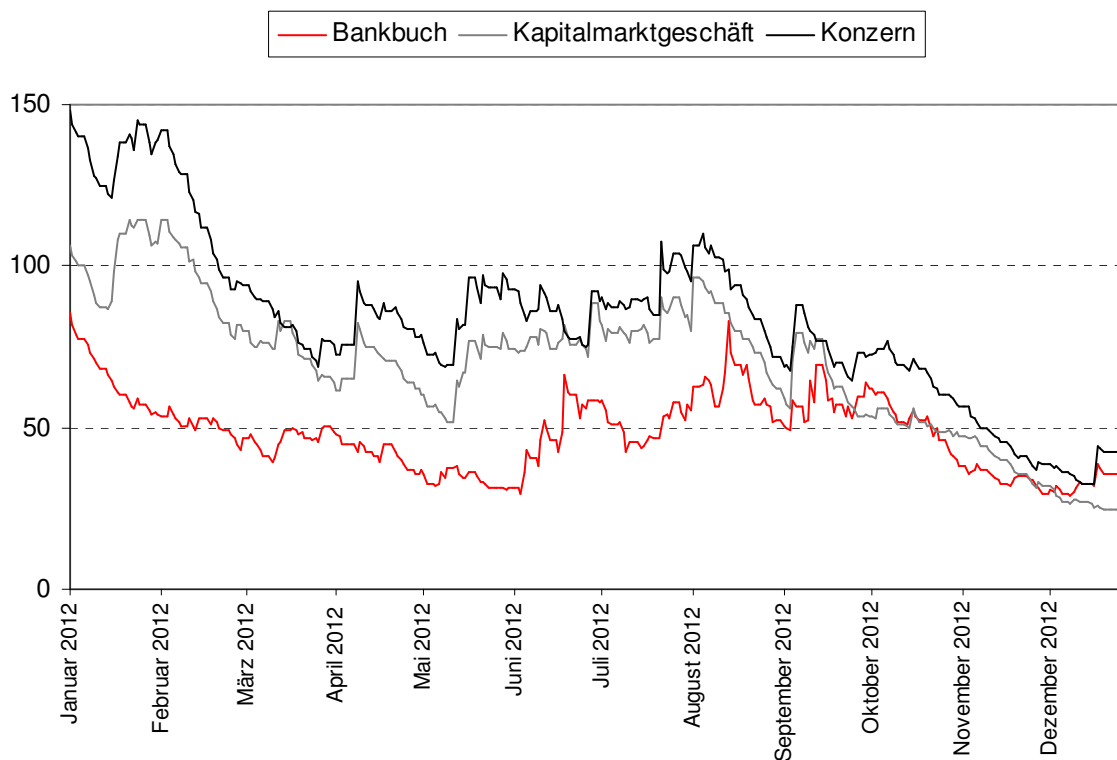
Das Marktpreisrisiko ist per Ende 2012 im Vergleich zum 31. Dezember 2011 um 100 Mio. € auf 48 Mio. € gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2012 betrug es 84 Mio. €.

Im Verlauf des Jahres waren leichte Risikoanstiege aufgrund von gestiegenen Credit Spread-Volatilitäten im Zuge der Preisverfälle insbesondere bei italienischen und spanischen Finanztiteln und europäischen Staatsanleihen zu beobachten. Über das Jahr betrachtet ist das Risiko jedoch vorrangig infolge von gesunkenen Credit Spread-Volatilitäten insgesamt zurückgegangen.

Im Jahresverlauf 2012 ergaben sich die folgenden Auslastungen für den Konzern (Limit: 320 Mio. €), das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 170 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 195 Mio. €):

---

## Marktpreisrisiko des Konzerns in Mio. €



### **Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken**

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung sämtlicher Marktrisikofaktoren einschließlich Optionsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten durch Berücksichtigung von verschiedenen Zinskurven (zum Beispiel Swapkurven, Overnight Index Swaps, Money Market) explizit gemessen.

Die Korrelationen der aktuell circa 11.000 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte et cetera) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt.

---

Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, also die Anzahl der Tage, an denen diese Wertänderung im Konzern die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, lag zum Jahresende 2012 mit Vier im grünen Bereich.

Für die Ermittlung der Kapitalunterlegung der aufsichtsrechtlichen Marktrisikoposition der LBB gemäß internem Modell wird das eigentliche Marktrisikomodell um die gesetzlich vorgeschriebenen Komponenten Krisenrisikobetrag (Stressed VaR) und zusätzliches Ausfall- und Migrationsrisikos (Incremental Risk Charge, IRC) ergänzt. Die Ermittlung des Stressed VaR basiert dabei auf der gleichen methodischen und technischen Grundlage wie die Ermittlung des VaR. Die IRC wird im für die Kreditrisikosteuerung verwendeten Kreditportfoliomodell durch geeignete Parametrisierung berechnet.

Es erfolgt eine untätige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

### **Sicherungsbeziehungen**

Zur bilanziellen Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge wendet der Konzern das so genannte Hedge Accounting nach IAS 39 an. Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges werden Fair Value-Änderungen von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können, gesichert. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet. Ferner werden nach IFRS im Rahmen eines Makro Cash-flow-Hedges die Schwankungen von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps abgesichert.

Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellungen unter Note 8.6 im Konzernabschluss.

### **Verbriefungstransaktionen**

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forums wird im Folgenden über das Engagement des Konzerns im Verbriefungsgeschäft berichtet. Der Konzern hat seit langem in ein diversifiziertes und vergleichsweise konservativ ausgerichtetes Portfolio von Verbriefungstransaktionen investiert. Aktuell besteht dieses hauptsächlich aus klassischen

ABS/MBS. Das Portfolio wird zentral durch das Geschäftsfeld Treasury gesteuert und ist in die Risikoüberwachung und -steuerung des Konzerns vollständig eingebunden. Neue Engagements werden weiterhin sehr selektiv und in begrenztem Umfang in einfachen europäischen ABS-Transaktionen vorgenommen. Eine Emissionstätigkeit in diesem Marktsegment erfolgt nicht, ebenso sind keine derartigen Emissionen des Konzerns ausstehend.

## Verbriefungsportfolio des Konzerns per 31. Dezember 2012

	Nominalwert	Buchwert	Buchwert nach externem Rating						
			AAA	AA	A	BBB	Non-inv. Grade	Default	Not rated
in Mio. €									
<b>Ausgewählte strukturierte Verbriefungen</b>	<b>2.570</b>	<b>2.569</b>	<b>1.777</b>	<b>274</b>	<b>265</b>	<b>15</b>	<b>238</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
CMBS	24	24	0	0	10	0	13	0	0
RMBS	1.651	1.650	1.329	0	80	15	225	0	0
Verbriefte Auto Loans	445	445	445	0	0	0	0	0	0
Verbriefte Student Loans	401	401	3	274	126	0	0	0	0
Verbriefte Credit Loans	49	49	0	0	49	0	0	0	0
<b>CDO</b>	<b>1.058</b>	<b>1.058</b>	<b>173</b>	<b>699</b>	<b>145</b>	<b>36</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Synthetische CDOs	0	0	0	0	0	0	0	0	0
True-Sale-CDOs von nicht strukturierten Underlyings	1.057	1.057	173	698	145	36	5	0	0
CDO of ABS	1	1	0	1	0	0	0	0	0
<b>Sonstige strukturierte Verbriefungen</b>	<b>286</b>	<b>225</b>	<b>0</b>	<b>5</b>	<b>79</b>	<b>0</b>	<b>58</b>	<b>0</b>	<b>83</b>
<b>Konzern LBBH</b>	<b>3.914</b>	<b>3.852</b>	<b>1.950</b>	<b>978</b>	<b>489</b>	<b>51</b>	<b>301</b>	<b>0</b>	<b>83</b>

CMBS: Commercial Mortgage Backed Security  
RMBS: Residential Mortgage Backed Security

CDO: Collateralized Debt Obligation  
ABS: Asset Backed Security

Bei den in der Tabelle aufgeführten sonstigen strukturierten Verbriefungen handelt es sich um Verbriefungen, die keiner der darüber genannten Kategorien zuordenbar sind sowie um nicht geratete Fonds (83 Mio. €), die Verbriefungen enthalten.

## Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Das Immobilienportfolio des Konzerns umfasst Objekte, die von der Bank selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objek-

---

te in Fonds, an denen die Bank beteiligt ist. Ein großer Teil des Exposure entfällt auf selbstgenutzte Verwaltungsgebäude innerhalb Berlins. Ziel ist es, den fremdgenutzten Teil des Immobilien-Portfolios weiter abzubauen.

Das Risiko ist im Jahresverlauf 2012 geringfügig um circa 1 Mio. € auf 64 Mio. € angestiegen.

Die Risiken werden nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte) der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstests werden die Modellparameter Fair Value der Immobilien und die Werte für die Immobilienindizes variiert. Aufgrund der Zusammensetzung des Portfolios und der Risikostrategie sind hinsichtlich Risikokonzentrationen keine weiteren Steuerungsmaßnahmen notwendig. Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich.

## **Operationelle Risiken**

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden die Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

---

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

### ***Organisationsstruktur***

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks zum Management operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Steuerung/Überwachung, Analyse und Berichterstattung umfasst. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäftsbereiche sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

### ***Risikosteuerung und -überwachung***

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung des Konzerns einbezogen. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen



---

Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, die größtenteils auch Bestandteil des Rechenmodells für operationelle Risiken sind. Wesentliche Instrumente sind:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren), sowie
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht) und
- der Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung und Verwaltung und zum Reporting der vorgenannten Daten entwickelt.

### ***Messung der operationellen Risiken***

Die Berechnung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals für operationelle Risiken erfolgt mittels eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA - Advanced Measurement Approach) gemäß § 278 SolvV, der zur Jahreswende 2011/2012 genehmigt wurde. Unter Anwendung des AMA, welcher die gemäß SolvV vorgegebenen Modellbestandteile berücksichtigt, wurde im Jahr 2012 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für den Konzern in Höhe von 121 Mio. € (Vorjahr: 154 Mio. €) ermittelt.

Die Risikoberechnung nach dem AMA-Modell im Rahmen der Risikotragfähigkeit ergab per 31. Dezember 2012 für den Konzern einen Wert von 116 Mio. € (Vorjahresstichtag: 142 Mio. €). Das operationelle Risiko hat sich im Jahresverlauf 2012 aufgrund einer aktualisierten Datenhistorie und Neubewertung von speziellen Risikoszenarien um 26 Mio. € reduziert.

---

## **Compliance**

Compliance steht allgemein für die Einhaltung gesetzlicher und regulatorischer Bestimmungen sowie Handeln im Einklang mit den ethischen Werten des Unternehmens (compliance-gerechtes Verhalten).

Im Konzern umfasst die Zuständigkeit des Bereichs Compliance über die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben der Wertpapier-Compliance, des Datenschutzes und der Geldwäsche- und Betrugsprävention hinaus alle Maßnahmen zur Vermeidung von Reputationsschäden, die sich aus einem nicht compliance-gerechten Handeln von Mitarbeitern oder Externen ergeben können (Corporate Compliance). Ein regelmäßig erscheinender Compliance-Newsletter mit aktuellen Themen dient außerdem dazu, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern noch stärker mit diesen Aufgabenstellungen vertraut zu machen.

Jährlich wird eine Gefährdungsanalyse erstellt, in der alle Bereiche und die Prozesse des Konzerns daraufhin untersucht werden, welche Präventionsmaßnahmen in Bezug auf Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstige strafbare Handlungen existieren. Dabei werden die Wirksamkeit der zentralen und dezentralen Schlüssel-Kontrollen (zum Beispiel Vier-Augen-Prinzip) sowie der Kontrollen zur Geldwäsche- und Betrugsprävention, zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung und Embargoverstößen analysiert und bewertet.

## **Personalrisiken**

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den nachfolgend genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.

- 
- Motivationsrisiko: Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenkollisionen entgegengesteuert. Hierzu hat die Bank gemäß den Anforderungen der MaRisk einen Vergütungsausschuss eingerichtet, der die Konformität zu den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen beobachtet und dem Vorstand regelmäßig berichtet.

Weiterhin wird dolosen Handlungen durch ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt.

### ***IT- und Systemrisiken***

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Steuerung und Weiterentwicklung von Technologien, Infrastrukturelementen und IT-Prozessen unter Abwägung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Dringlichkeit (gesetzliche oder technologische Notwendigkeit), Innovation und Risiken ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungs- und Qualitätsziele sowie die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es dem Konzern, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Der Konzern hat ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt.

---

Dabei orientiert sich die Qualität der Informationssicherheit am Best Practice Standard „Sicherer IT Betrieb“ der Finanz Informatik (FI). Hiermit ist eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen verbunden, um nachhaltig ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen.

Eine kontinuierliche und unabhängige Auditierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) erfolgt unter anderem durch externe Auditoren, zum Beispiel durch das SIZ (Sparkassen Informatikzentrum). Ebenso wird das Qualitätsmanagement konsequent weiterentwickelt. So wurde die S-Servicepartner GmbH (vormals BankenService GmbH) als wesentliches Auslagerungsunternehmen nach DIN EN ISO 9001 im Jahr 2012 rezertifiziert.

Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2012 standen die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen (zum Beispiel Basel III / CRD IV),
- Fortsetzung der Konsolidierung und Standardisierung der IT-Infrastruktur im Sinne der IT-Strategie der LBB (Einsatz von Standardlösungen der FI),
- Optimierung der Infrastruktur sowie Modernisierung der Kernanwendung im Kapitalmarktgeschäft,
- Ausweitung des Drittkundengeschäfts der S-Servicepartner GmbH.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

### ***Sicherheits- und Notfallmanagement***

Für Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

---

Darüber hinaus verfügt der Konzern über eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung der kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse zwecks Sicherung des Bankbetriebs und Reduzierung von Verlusten im Fall einer schweren Betriebsstörung. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Der Konzern hat zur Koordination und Überwachung der Informationssicherheit sowie zur Überwachung des Notfallmanagements einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit Operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

### ***Outsourcing***

Der Konzern führt regelmäßig eine Risikoanalyse für MaRisk-relevante Auslagerungen zur Bestimmung der Wesentlichkeit durch. Die Risikoanalyse stellt Kriterien zur Ermittlung der Risikosituation beim Dienstleister sowie Risikogesichtspunkte zur Ableitung der Wesentlichkeit bereit.

Im Bereich Einkaufsmanagement wurde die Dienstleistersteuerung gebündelt. Die Einheit Dienstleistersteuerung überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung bei MaRisk-relevanten Auslagerungen und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung und Dienstleistersteuerung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich der Konzern im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden vom Konzern sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

---

## **Rechtsrisiken**

Rechtsrisiken begegnet der Konzern grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

### Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

### Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgesichert. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Das Land und der LBB-Konzern haben im Jahr 2012 versucht, sich über die Höhe der für die Zeit ab dem Kalenderjahr 2012 geschuldeten Avalprovision zu verständigen, hierzu jedoch

---

keine Einigung erzielt. Insofern verbleibt es vorläufig weiterhin bei dem Betrag von jährlich 15 Mio. €.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

### **Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem**

Die LBB übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die Holding, die RVG sowie für weitere Konzernunternehmen. Für die LBB und die Holding umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 15 beachtet. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüsse entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolge sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

---

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostrategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und Risikoüberwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2012 nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Evers.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereichs Risiko und Controlling zurück, der nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Müller zugeordnet ist. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung, dem Vorstandsressort von Herrn Müller, und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen sowie für Steuerbilanzen gemacht. Für die Erstellung von Konzernabschlüssen erfolgt dies insbesondere durch ein Konzernhandbuch.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.



---

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Impliziter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben. Werden bei Kontrollen Abweichungen zum Sollprozess festgestellt, erfolgt die Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen. Eine Überprüfung dieser Prozesse und die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS erfolgen auch bei Veränderung der eingesetzten rechnungslegungsbezogenen Systeme sowie bei Veränderungen der Aufgaben in den betroffenen Bereichen.

Die interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Informationstechnologie Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

## **Sonstige Risiken**

### ***Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen***

Unter strategischem Risiko versteht der Konzern das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

---

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

---

## **Chancen- und Prognosebericht / Ausblick**

### **Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage**

Das weltwirtschaftliche Umfeld ist weiterhin von Unsicherheiten geprägt. Europa verzeichnet eine durch Konsolidierungspakete initiierte Rezession. Sie verläuft im Unterschied zu 2008/09 jedoch glimpflich, weil die Liquiditätsbedingungen großzügig bemessen bleiben, zyklische Übertreibungen bereits in den Vorjahren korrigiert worden sind und die schwache Binnennachfrage durch Verbesserungen im Außenbeitrag entscheidend abgemildert wird. Allerdings stößt dieser Prozess an Grenzen. In Fernost sowie den USA hat er zwischenzeitlich schon zu einer Wachstumsverlangsamung beigetragen. Immerhin brach damit auch der zuvor stetige Aufwärtstrend in den Rohstoffnotierungen ab, so dass sich die Kaufkraft wieder stabilisieren und eine Zuspitzung der Gesamtlage vermieden werden kann.

Deutschland wird auch 2013 nur einen moderaten Zuwachs im Bruttoinlandsprodukt verzeichnen können. Mit vergleichsweise komfortablen Auftragspolstern, einer immer noch stabilen Beschäftigungslage, hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft und einer nach wie vor guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit hebt sich die Entwicklung gleichwohl positiv vom übrigen Eurogebiet ab.

Die Region Berlin und Brandenburg bleibt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch eine überwiegende Zahl von Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen geprägt. Bei einer insgesamt labilen Wirtschaftslage hebt sich das Geschehen aber eher positiv vom Bundesdurchschnitt ab. Im Trend ist folglich von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Dies ist letztlich der Branchenmischung in unserer Region zuzuschreiben, die stark auf Dienstleistungen ausgerichtet ist. Namentlich sollten der Ausbau des Tourismus und die damit verbundene Stärkung des Einzelhandels sowie die überdurchschnittliche Entwicklung bei unternehmensnahen Dienstleistungen für weitere Impulse sorgen. Darüber hinaus sollte aber auch die Baukonjunktur bei günstigen Finanzierungskonditionen und gesteigertem Interesse an Sachwerten robust bleiben.

Die Europäische Zentralbank nimmt Rücksicht auf die Verschuldungssituation an der Euro-Peripherie und behält ihren stützenden Kurs mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor bei. Trotz üppiger Liquidität bleibt das Inflationsrisiko überschaubar. In Deutschland liegt die Teuerung künftig nicht mehr unter dem Euro-Durchschnitt; große Dis-

---

krepanzen in die Gegenrichtung sind aber wenig wahrscheinlich. Konflikte um die künftige Ausgestaltung des gemeinsamen Währungsraums können keiner schnellen Lösung zugeführt werden. In zugespitzten Marktphasen reagiert die europäische Politik aber pragmatisch. Marktinterventionen und die Fortführung von international abgestimmten Auffanglösungen sollen den Zerfall des Euroraums verhindern. Eine nachhaltige Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelingt auf diese Weise bislang aber nicht. Von erhöhten Risikoaufschlägen für wettbewerbsschwächere Länder und robuster Nachfrage nach deutschen Anleihen ist folglich weiter auszugehen.

Das Kreditgewerbe bewegt sich in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld. Höhere Anforderungen an das Eigenkapital werden kaum allein per Thesaurierung gedeckt werden können. Darüber hinaus sind die verschärften Anforderungen an die Liquidität zu berücksichtigen. Im Verhältnis zu den niedrigen Leitzinsen bleibt die Zinskurve flach und das Renditeniveau in den wenigen risikoarmen Asset-Klassen unauskömmlich. Gleichzeitig trägt das labile Marktumfeld zu anhaltend hoher Risikovorsorge der Institute bei. Die Einengung der Risikoaufschläge zwischen Banken ist maßgeblich an das Interventionsversprechen der Europäischen Zentralbank geknüpft. Zweifel an deren Umsetzbarkeit sind aber nicht ausgeräumt, so dass eine neuerliche Ausweitung einkalkuliert werden muss.

### ***Geschäftliche Ausrichtung***

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist die LBB weiter darauf ausgerichtet, in ihren strategischen Geschäftsfeldern die Position im Kundengeschäft weiter auszubauen. Hierbei gilt es, die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Andererseits erfordern die anstehenden qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III eine zielgerichtete Investitions- und Desinvestitionspolitik in den jeweiligen Asset-Klassen.

Die LBB hat eine starke Marktstellung in ihrer Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die strukturell bedingt begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Die LBB nimmt dabei immer stärker eine Rolle als Dienstleister in der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Nach dem Squeeze-out im August 2012 befindet sich die LBB mit ihren Tochtergesellschaften vollständig im Eigentum der deutschen Sparkassen. Zusammen mit der DekaBank gehören der Sparkassen-Finanzgruppe damit zwei Unternehmen, die bereits heute wichtige Leis-

---

tungen im Verbund erbringen. Die Eigentümer von LBB und DekaBank haben unter Einbindung beider Häuser eine Empfehlung für die künftige Ausrichtung erarbeitet. Danach sollen Überschneidungen in den Geschäftsaktivitäten von LBB und DekaBank abgebaut und die Stärken beider Häuser noch besser für die Sparkassen und deren Kunden nutzbar gemacht werden. Die Empfehlung beinhaltet folgendes Zielbild:

- Die LBB soll sich als Berliner Sparkasse auf das Kerngeschäft der Privat- und Firmenkundenbetreuung sowie auf die lokale gewerbliche Immobilienfinanzierung in der Region Berlin-Brandenburg konzentrieren. Zudem soll sie als wichtiger Verbundpartner ihr Know-how weiterhin den Sparkassen zur Verfügung stellen und ihre Leistungen bei Bedarf ausbauen. Zur Berliner Sparkasse sollen unter anderem die Tochterunternehmen S-Kreditpartner GmbH und S-Servicepartner GmbH, die netbank AG sowie der Direkt-BankService gehören.

Für das Geschäftsfeld Private Kunden sind keine direkten Auswirkungen zu erwarten. Das Geschäft mit Privatkunden ist Kerngeschäft der sich neu formierenden Berliner Sparkasse. Mit der strategischen Ausrichtung im Rahmen des Projekts „Wege zum Kunden“ ist das Geschäftsfeld hier zukunftsfähig aufgestellt. Wichtige Pfeiler des Zielmodells sind zudem das Kreditkartengeschäft sowie die Verbundaktivitäten der S-Kreditpartner.

Für das Geschäftsfeld Firmenkunden hängen die Auswirkungen einer neu formierten Berliner Sparkasse von der konkreten Ausgestaltung der noch zu fassenden Beschlüsse ab. Eine fundierte Aussage zu den Auswirkungen ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Für den regionalen Kernmarkt werden durch die Fokussierung auf das Retailgeschäft und die Marke Berliner Sparkasse positive Impulse gesetzt. Beschränkungen der Geschäftstätigkeit würden die ambitionierte Mittelfristplanung beeinträchtigen.

- Die Berlin Hyp, in der das überregionale gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft des LBB-Konzerns konzentriert wird, soll sich als eigenständige Immobilienfinanzierungsbank der Sparkassen positionieren.

Hiervon ist das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung betroffen. Das entsprechende Finanzierungsgeschäft der Region Berlin und Umland fällt in der Regel in die Zuständigkeit der Berliner Sparkasse. Die Aktivitäten zur Umsetzung der Zielstruktur wurden aufgenommen, wobei das Kundengeschäft hiervon ohne Beeinträchtigung der gewohnten Qualität und Schnelligkeit bleiben soll. Diese vorgesehene Neuausrichtung des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung soll die große Chance bieten, sich einem noch größeren Kundenkreis und den deutschen Sparkassen als kompetenter und zuverlässiger Partner in der gewerblichen Immobilienfinanzierung präsentieren zu können.

- 
- Das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft soll zusammen mit der LBB-INVEST ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der DekaBank werden.

Im Kapitalmarktgeschäft sollen dadurch Doppelfunktionen abgebaut und die Stärken beider Institute besser genutzt werden, um dem sich schnell und stark veränderten Umfeld für die Finanzwirtschaft optimal begegnen zu können.

Im Verlauf des Jahres 2013 sollen in den Gremien der Eigentümer, der LBB und der DekaBank die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Bis zur Umsetzung der hieraus gegebenenfalls resultierenden Maßnahmen bleibt der Konzern in seiner bisherigen Struktur bestehen.

In den nachfolgenden Erläuterungen zur Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder und zur Mittelfristplanung 2017 sind dementsprechend Veränderungen durch das künftige Modell noch nicht berücksichtigt.

Die Steuerung des Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis von Kennzahlen, die nach den Regelungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) ermittelt werden. Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender IFRS-Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität der strategischen Geschäftsfelder sowie der Segmente „Refinanzierung und Zinsmanagement“ und „Sonstiges“ ist der Quotient aus „operativem Ergebnis nach Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“ nach einem ökonomischen Verfahren. Für die Eigenkapitalrentabilität auf Konzernebene wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital zu Grunde gelegt.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

---

## **Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder**

Die konjunkturelle Entwicklung bietet der LBB Chancen für eine verstärkte beziehungsweise wiederbelebte Produktnachfrage der Retail- und Geschäftskunden. Die strategische Neuausrichtung im Kapitalmarktgeschäft soll die Ertragsstruktur verbessern und die Ergebnisvolatilität und Risiken verringern. Die regulatorischen Änderungen im Rahmen von Basel III, vor allem die verschärften Anforderungen an die Kapital- und Liquiditätsausstattung, werden bei der Entwicklung der Geschäftsfelder berücksichtigt.

Die Refinanzierungssituation erlaubt eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Kundengeschäfte. Die LBB wird in ihrem traditionellen Geschäft ihren Kunden weiterhin zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfelds sowie der beschriebenen geschäftlichen Ausrichtung werden in den einzelnen strategischen Geschäftsfeldern folgende Entwicklungen erwartet.

### ***Private Kunden***

Die marktführende Position bei Privatgirokonten (Marktanteil in Berlin stabil bei rund 40 %) konnte in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut werden. Im Jahr 2012 wurden netto 24.000 Privatgirokonten dazugewonnen. Wir gehen auch für das Jahr 2013 von einer wachsenden Marktakzeptanz aus, da die Konten die hohe Servicequalität der Berliner Sparkasse mit einem fairen Preis verbinden. Die Auszeichnung mit dem Deutschen Servicepreis 2012 in der Kategorie „Beste Bankberatung vor Ort“, gemeinsam mit zwei weiteren Banken, bestätigt auch aus externer Sicht die Qualitätsführerschaft der Berliner Sparkasse. Darüber hinaus wurde die Berliner Sparkasse im vergangenen Jahr zum dritten Mal in Folge als „Beste Bank in Berlin“ im City Contest der Zeitschrift FOCUS Money bewertet. Zudem erreichte die Berliner Sparkasse in einem im September 2012 durchgeführten Test durch das Deutsche Institut für Service-Qualität (DISQ) und n-tv in der Beratung Altersvorsorge unter neun regionalen Filialbanken den ersten Platz. Die Berliner Sparkasse war zudem Testsieger der DISQ-Studie „Online-Banking Filialbanken 2012“.

Chancen ergeben sich aus der kompetenzorientierten Neuausrichtung des Vertriebs im Kernmarkt der Berliner Sparkasse und den erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten- und Direktbankgeschäft sowie das Konsumentenkredit-Geschäft.

---

Die im Rahmen des Projekts „Wege zum Kunden“ gesteckten Ziele werden auch im Jahr 2013 stringent verfolgt mit dem Ziel, das Geschäftsvolumen auszuweiten und dadurch den Ertrag zu steigern. Während die PrivatkundenCenter eine flächendeckende Versorgung vor Ort für die Finanzgeschäfte des täglichen Bedarfs bieten, ist die kompetente Beratung zu Finanzthemen wie Altersvorsorge, Vermögensaufbau und Geldanlage in den FinanzCentern gebündelt. Zusätzlich decken die VermögensanlageCenter komplexe Beratungswünsche ab. Diese Standorte – sowie die drei ImmobilienCenter – sind in drei regional ausgerichteten Marktbereichen zusammengefasst. Ergänzt wird der stationäre Vertrieb durch das Private Banking, in dem hochvermögende Kunden professionell betreut werden. Darüber hinaus sind die Vertriebsbereiche „Direkt“ und „Mobile Beratung“ seit 2011 erfolgreich am Markt tätig. Diese richten sich insbesondere an Kunden, die den Kontakt zu ihrer Bank über Direktkanäle, wie zum Beispiel Internet oder Telefon, suchen, beziehungsweise einen Besuch ihres Beraters zu Hause oder am Arbeitsplatz wünschen.

Ein weiterer wesentlicher Baustein dieser vertrieblichen Neuausrichtung ist die Weiterentwicklung des Customer-Relationship-Management-Systems, um die Ansprache unserer Kunden noch stärker auf deren Wünsche und Bedürfnisse zuzuschneiden. Die Umsetzung erfolgte zum Jahresbeginn 2013.

Des Weiteren hat die Berliner Sparkasse ihre Investment- und Kundenberatungsprozesse im qualifizierten Anlagegeschäft weiterentwickelt. Ziel ist es, die Beratungskompetenz im Wertpapiergeschäft und deren Wahrnehmung im Markt zu steigern sowie den Ausbau des Geschäfts voranzutreiben. Hier wollen wir unsere Position als beste regionale Beratungsbank (von n-tv und DISQ festgestellt) festigen. Die operative Umsetzung im Vertrieb erfolgte ebenfalls zum Jahresbeginn 2013.

Im überregionalen Kartengeschäft werden weitere Produktinnovationen (zum Beispiel kontaktloses Bezahlen mit Visa PayWave und MasterCard PayPass) zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird fortgeführt.

Mit der S-Kreditpartner GmbH, einer gemeinsamen Tochter mit der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG, unterstützt die Bank aktiv die Bündelung der Kräfte zur Konsumentenfinanzierung innerhalb der Sparkassenorganisation. Ziel ist es, in der Vergangenheit verloren gegangene Marktanteile der Sparkassen im Konsumentenkreditgeschäft zurückzugewinnen und auch in diesem Geschäft eine der marktführenden Stellung der Sparkassen adäquate Position zu erreichen.



---

Risiken liegen in der Nichterreichung des geplanten Geschäftswachstums in einem unverändert harten Wettbewerbsumfeld, einem sich aus der historischen Niedrigzinsphase ergebenden Druck auf die Erträge sowie in möglichen gesetzlichen oder regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung.

Das Jahresergebnis des Geschäftsfelds Private Kunden wurde durch eine Reihe von Sondereffekten deutlich belastet. Diese Sondereffekte gehen unter anderem auch auf Änderungen der internen Zinsverrechnungsmethodik sowie auf die erhöhte Risikovorsorge aufgrund der regelmäßigen Überprüfung der Inkassobeibringungsquoten zurück. Für die nächsten zwei Jahre erwarten wir eine Verbesserung des Ergebnisses.

### ***Firmenkunden***

Das Geschäftsfeld Firmenkunden der LBB ist kompetenter Partner für Gewerbe- und Firmenkunden im Kernmarkt Berlin und Umland und gehört zu den führenden Marktteilnehmern. Kleinteilige wirtschaftliche Strukturen, ein hoher Anteil an Dienstleistungsunternehmen sowie eine geringe Industriedichte prägen diesen Regionalmarkt. Das Betreuungskonzept der Landesbank Berlin basiert auf einem breiten Spektrum an Finanzdienstleistungen, das auf die jeweiligen Bedürfnisstrukturen der Unternehmen in allen Konjunkturzyklen zugeschnitten ist.

Es ist unser zentraler Anspruch, die beste Bank für Firmenkunden in Berlin zu sein. Wir verfolgen das Ziel, die starke Marktposition in der Region weiter auszubauen und die Ertragsbasis zu stärken. Mit unserem klaren Bekenntnis zum Mittelstands- und Gewerbekundengeschäft wollen wir bestehende Kundenverbindungen vertiefen und neue Kunden hinzugewinnen. Zur Erweiterung der Ertragsbasis nehmen wir darüber hinaus verantwortungsvoll selektiv überregionale Marktchancen wahr.

Die Kunden vertrauen der Expertise und dem verlässlichen Geschäftsmodell und bestätigen dies durch kontinuierlich hohe Loyalitätsquoten. Das Vertrauen unserer Kunden eröffnet Chancen zur weiteren Stärkung und Intensivierung der Geschäftsbeziehungen sowie für die Akquisition neuer Kunden. Dabei setzen wir weiterhin auf einen hohen Qualitätsanspruch und werden uns auf Marktveränderungen zeitnah mit geeigneten Lösungen einstellen, die sich konsequent an den Kundenbedürfnissen ausrichten.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Firmenkundengeschäfts haben wir „Zukunftsprojekte“ durchgeführt. Die strategische Neuausrichtung des Vertriebs im Geschäftsfeld Firmen-

---

kunden wurde im Jahr 2012 konzipiert und wird im Jahr 2013 umgesetzt. Neben einer forcierten Neukundenakquisition ist der wesentliche Baustein der vertrieblichen Neuausrichtung die systematische Identifizierung von Potenzialen und Bedarfsanalyse in den Kundenbeziehungen durch ein neues zielgruppenadäquates Betreuungskonzept. Die bereits hohe Kundenloyalität soll weiter gestärkt werden und bildet die Basis einer höheren Potenzialausschöpfung.

Zukunftspotenziale lassen besonders die Wachstumsbranchen der Region erwarten, zu denen die Gesundheitswirtschaft sowie die Umwelt- und Energietechnik in Verbindung mit der Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur zählen.

Berlin hat sich in den vergangenen Jahren zur „Gründungshauptstadt“ Deutschlands entwickelt. Als Berliner Marktführer im Gründungsgeschäft unterstützt die LBB Unternehmensgründer durch intensive Beratung und geeignete Finanzierungsmodelle. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Neuansiedlung junger und kreativer Unternehmen und kommen dem Auftrag zur Stärkung und zum Ausbau der Regionalwirtschaft nach.

Wenngleich unverändert Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung besteht, bietet der robuste Regionalmarkt weiterhin Ertragschancen. Belastend auf die Erträge wirkt sich die historische Niedrigzinsphase aus, die wesentlich zu dem anhaltenden Druck auf die Zinsmargen beiträgt. Das im Jahr 2012 erzielte gute Ergebnis wird in den nächsten beiden Jahren, insbesondere aufgrund niedrigerer Zinsmargen im Einlagengeschäft, nicht erreicht werden.

### ***Immobilienfinanzierung***

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte im Jahr 2012 seine Position unter den führenden inländischen Immobilienfinanzierern weiter behaupten.

Neben der unveränderten strategischen Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung auf bundesweite Investoren-Finanzierungen und individuelle Finanzierungsstrukturen bei risikoadäquatem Pricing wird sich das Geschäftsfeld zukünftig noch stärker als Verbundpartner und Kompetenzcenter der Sparkassen etablieren. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen weiterhin zum Zweck einer ausgewogenen Portfoliodurchmischung.

---

Das Transaktionsvolumen auf dem inländischen Immobilienmarkt konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert werden. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere großvolumige Portfoliodeals. Ein außerordentlich starkes Schlussquartal führte auf dem Gewerbe- markt zu einer Steigerung um rund 9 %, während der Wohnungsmarkt um mehr als 80 % zulegte. Infolge der starken Nachfrage gingen die Renditen insbesondere in den Top- Metropolen nochmals zurück. Die weitere Entwicklung des deutschen Immobilienmarktes wird neben der unverändert bestehenden Staatsschulden- und Euro-Krise von der Entwick- lung des Konjunkturmilieus bestimmt werden. Grundsätzlich wird für 2013 keine wesentliche Umsatzsteigerung erwartet.

In Vorbereitung auf die zukünftigen verschärften Eigenkapitalanforderungen hat die Bank im Jahr 2012 Maßnahmen zur Eigenkapitaloptimierung ergriffen. Diese führten infolge erhöhter Qualitäts- und Renditeanforderungen zu einem Rückgang des Neugeschäftsvolumens. Anstehende Prolongationen wurden ebenfalls zur Verbesserung der Portfolioqualität mit entsprechender Reduzierung der Eigenkapitalbelastung genutzt. Der Erfolg dieser Maßnah- men führte zu einem Verzicht auf zunächst geplante synthetische Ausplatzierungen. Für das Jahr 2013 strebt der Konzern trotz des unverändert starken Wettbewerbs auf dem Finanzia- rungsmarkt einen moderaten Anstieg des Neugeschäftsvolumens an.

Neben der verstärkten Ausrichtung als Verbundpartner und Kompetenzzentrum der Sparkas- sen sehen wir weitere Chancen bei den Neugeschäftszielen in der Intensivierung der Ge- samtgeschäftsverbindung mit unseren Immobilienkunden. Hierzu wurden und werden spe- zielle Produkte entwickelt, die den Anlagebedürfnissen der Sparkassen gerecht werden. Unseren Immobilienkunden werden weitere Verbesserungen und Erweiterungen unserer Produktpalette rund um die Immobilie, insbesondere im Zahlungsverkehr, angeboten. Ent- sprechende Projekte befinden sich in der Entwicklungs- beziehungsweise Umsetzungspha- se.

Vor diesem Gesamthintergrund erwarten wir für das Jahr 2013 einen moderaten Anstieg des Kreditbestands. Wir können aber auch einen Anstieg der Risikovorsorge gegenüber der äußerst geringen Nettoneubildung im vergangenen Jahr nicht ausschließen. Das Geschäfts- feld strebt deshalb in den nächsten zwei Jahren ein operatives Ergebnis auf dem Niveau des Vorjahres an.

### ***Kapitalmarktgeschäft***

Mit der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wurden die Weichen auf die Steigerung der Kundenerträge und die Verringerung der Ergebnisvolatilität in den nicht-

---

kundenbezogenen Geschäften bei voller Risikotransparenz gestellt. Die Fokussierung auf das Kundengeschäft und die Kundenbedürfnisse erfordern die Neuausrichtung und Ausweitung der Vertriebsaktivitäten sowie die Etablierung einer neuen Vertriebsphilosophie. Hierzu gehört auch die vorgesehene Schließung der beiden Standorte des Konzerns in London (bis September 2013) und Luxemburg (im Wesentlichen bis Mitte 2014). Von entscheidender Bedeutung sind dabei die Investitionen in technische Plattformen, um die benötigten marktgängigen strukturierten Produkte zeitnah, wettbewerbsfähig und in den benötigten Volumina anbieten zu können. Der Ausbau der zentralen Produktmanagement-Funktion und der gesamten Handelsinfrastruktur stehen deshalb im Mittelpunkt der nächsten Jahre.

Die Bank wird als Partner und Dienstleister mittelständische Institutionelle bedienen und insbesondere die Sparkassen bei der Weiterentwicklung ihres Geschäfts unterstützen sowie dabei Veränderungen im Wettbewerbsumfeld nutzen.

Risiken bei der Erreichung dieser Ziele bestehen in einer ungünstigen Veränderung der Wettbewerbssituation sowie in der Markt- und Margenentwicklung. Die internationalen Finanzmärkte dürften auch in den nächsten Jahren von hoher Unsicherheit geprägt sein und für anhaltend volatile Kursverläufe sorgen. Eine weitere Zuspitzung der Staatsschuldenkrise in der Eurozone sowie eine Wachstumsabschwächung stellen dabei die größten Risikofaktoren dar. Es ist mit deutlich steigenden Kapitalkosten im Rahmen von Basel III, insbesondere bei Marktrisikopositionen, zu rechnen, was die Ertragssteuerung in den nächsten Jahren beeinflussen wird. Den erhöhten Anforderungen an die Kernkapitalquote wird unter anderem über einen Abbau von Risikoaktiva begegnet.

Zusammengefasst zielt die Umsetzung der neuen Strategie und die Hebung der identifizierten Potenziale auf die Erwirtschaftung stabiler Erträge sowie auf eine deutliche Verringerung der Ergebnisvolatilität des Geschäftsfelds ab. Über das Gesamtportfolio der Aktivitäten strebt das Kapitalmarktgeschäft im Vergleich zum erfreulichen Ergebnis 2012 für die kommenden zwei Jahre ein stabiles positives Ergebnis an.

### **Mittelfristplanung**

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Die anhaltende Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise sowie die anstehenden veränderten qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III sind in den Planungen berücksichtigt.

---

Basierend auf diesen Annahmen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträge und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis zum Jahr 2017 reicht. Darüber hinaus werden zur Einschätzung des Konzernergebnisses und der Eigenkapitalrentabilität die Segmente Refinanzierung und Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung berücksichtigt.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

### **Zusammenfassung / Gesamtaussage**

Die Landesbank Berlin AG erwartet eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Die LBB geht davon aus, ihre positive Entwicklung im kundengetragenen Geschäft fortsetzen zu können. Die Volatilität an den Kapital- und Finanzmärkten ist unverändert hoch und wird nach unserer Einschätzung auch andauern, was eine Prognose entsprechend erschwert. Darüber hinaus wirken sich die im Zuge der verschärften regulatorischen Anforderungen umzusetzenden Maßnahmen auch im kommenden Jahr für die LBB belastend aus.

Zusätzliche Unsicherheiten ergeben sich aus den möglichen Veränderungen in unserer Unternehmensstruktur. Sofern diese Veränderungen umgesetzt werden, wird das Jahr 2013 ein Jahr des Übergangs sein. In der Folge müssten dann die Strukturen und Kapazitäten in der Berliner Sparkasse an die veränderte Ausrichtung angepasst werden. Alle Maßnahmen werden jedenfalls mit Ergebnisbelastungen verbunden sein. Der Vorstand geht daher davon aus, in den nächsten beiden Jahren nicht das Ergebnis vor Steuern des Geschäftsjahres 2012 zu erreichen.

## Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31. Dezember 2012

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
<b>Barreserve</b>						
a) Kassenbestand				528.668		387.724
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				204.810		576.823
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		204.243				(569.932)
					<b>733.478</b>	<b>964.547</b>
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	1, 4, 5, 6, 14					
a) Hypothekendarlehen				1.131		1.276
b) Kommunalkredite				1.417.595		1.088.904
c) andere Forderungen				20.498.677		22.258.725
darunter:						
täglich fällig		1.369.377				(2.717.244)
gegen Beleihung von Wertpapieren		0				(0)
					<b>21.917.403</b>	<b>23.348.905</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>	1, 4, 5, 14					
a) Hypothekendarlehen				5.966.992		5.832.415
b) Kommunalkredite				6.884.620		7.813.644
c) andere Forderungen				8.696.737		9.577.072
darunter:						
gegen Beleihung von Wertpapieren		17.301				(15.848)
					<b>21.548.349</b>	<b>23.223.131</b>
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	2, 4, 6, 8, 12, 14					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			0			0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
					0	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			4.972.337			4.595.098
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		4.796.067				(4.593.803)
bb) von anderen Emittenten			16.428.798			22.403.687
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		13.947.111				(19.009.283)
				21.401.135		26.998.785
c) eigene Schuldverschreibungen				3.403.616		4.211.189
Nennbetrag		3.400.000				(4.200.000)
					<b>24.804.751</b>	<b>31.209.974</b>
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	6, 7, 8, 12				<b>462.036</b>	<b>757.889</b>
<b>Handelsbestand</b>	6, 9				<b>10.699.081</b>	<b>10.625.509</b>
<b>Beteiligungen</b>	8				<b>150.391</b>	<b>163.931</b>
darunter:						
an Kreditinstituten		42.624				(56.124)
an Finanzdienstleistungsinstituten		17.346				(17.346)
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	8, 12				<b>1.460.984</b>	<b>1.442.136</b>
darunter:						
an Kreditinstituten		1.434.436				(1.415.588)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
<b>Treuhandvermögen</b>	11				<b>10</b>	<b>21.012</b>
darunter: Treuhandkredite		10				(21.012)
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>	10					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				1.212		242
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				64.578		68.641
c) Geschäfts- oder Firmenwert				0		0
d) geleistete Anzahlungen				0		0
					<b>65.790</b>	<b>68.883</b>
<b>Sachanlagen</b>	10				<b>109.993</b>	<b>117.421</b>
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	15				<b>2.793.009</b>	<b>2.697.873</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				30.865		56.209
b) andere				20.303		29.223
					<b>51.168</b>	<b>85.432</b>
<b>Summe der Aktiva:</b>					<b>84.796.443</b>	<b>94.726.643</b>

<b>Passivseite</b>	<b>Anhang Textziffern</b>	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>	<b>Vorjahr TEUR</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	1, 4, 5					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				179.464		204.751
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				269.004		193.456
c) andere Verbindlichkeiten				16.263.396		25.209.159
darunter:						
täglich fällig		1.193.955				(2.381.360)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber						
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					<b>16.711.864</b>	<b>25.607.366</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	1, 4, 5					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				398.677		398.676
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				270.255		325.841
c) Spareinlagen						
mit vereinbarter Kündigungsfrist						
ca) von drei Monaten			3.353.830			3.905.876
cb) von mehr als drei Monaten			<u>2.430.714</u>			<u>1.922.444</u>
				5.784.544		5.828.320
d) andere Verbindlichkeiten				21.808.319		21.527.537
darunter:						
täglich fällig		14.390.837				(12.506.625)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber						
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					<b>28.261.795</b>	<b>28.080.374</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	1, 2, 4					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekenspfandbriefe			2.301.898			1.955.014
ab) öffentliche Pfandbriefe			1.117.925			1.129.746
ac) sonstige Schuldverschreibungen			<u>14.764.328</u>			<u>16.483.857</u>
				18.184.151		19.568.617
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				615.256		695.297
darunter:						
Geldmarktpapiere		615.256				(695.297)
					<b>18.799.407</b>	<b>20.263.914</b>
<b>Handelsbestand</b>	17				<b>14.786.010</b>	<b>13.955.808</b>
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	11				<b>10</b>	<b>21.012</b>
darunter: Treuhandkredite		10				(21.012)
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	18				<b>1.402.446</b>	<b>1.508.722</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	19					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				42.952		48.195
b) andere				<u>43.071</u>		<u>58.868</u>
					<b>86.023</b>	<b>107.063</b>
<b>Rückstellungen</b>	20					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				624.664		576.568
b) Steuerrückstellungen				4.434		4.243
c) andere Rückstellungen				<u>359.934</u>		<u>442.662</u>
					<b>989.032</b>	<b>1.023.473</b>
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	4, 5, 21				<b>892.746</b>	<b>1.291.801</b>
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	22				<b>5.867</b>	<b>5.867</b>
davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		5.867				(5.867)
<b>Eigenkapital</b>	23					
a) Eingefordertes Kapital						
Gezeichnetes Kapital						
aa) Grundkapital			1.200.000			1.200.000
ab) Stille Einlage			700.000			700.000
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen			<u>0</u>			<u>0</u>
				1.900.000		1.900.000
b) Kapitalrücklage				920.038		920.038
c) Gewinnrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage			0			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen			0			0
cd) andere Gewinnrücklagen			<u>41.205</u>			<u>41.205</u>
				41.205		41.205
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				<u>0</u>		<u>0</u>
					<b>2.861.243</b>	<b>2.861.243</b>
					<b>84.796.443</b>	<b>94.726.643</b>
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	34					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen					942.166	1.937.410
					<b>942.166</b>	<b>1.937.410</b>
<b>Andere Verpflichtungen</b>	34					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					1.967.977	3.309.226
					<b>1.967.977</b>	<b>3.309.226</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012**

Aufwendungen	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
<b>Zinsaufwendungen</b>	24, 32				853.480	1.239.039
davon: Aufzinsung der bankspezifischen Rückstellungen				86		(162)
<b>Provisionsaufwendungen</b>	25, 32				131.742	134.963
<b>Nettoaufwand des Handelsbestandes</b>	22, 26, 32				8.723	60.689
davon: Auflösung des Fonds für allg. Bankrisiken (§ 340g HGB)				0		(0)
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>	27					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			294.708			279.544
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		25.557	70.867			60.930 (14.424)
				365.575		340.474
b) andere Verwaltungsaufwendungen				454.694		461.273
					820.269	801.747
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	10				37.060	37.834
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>					106.544	113.292
davon: Aufzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				47.461		(47.117)
davon: Aufwendungen aus der Währungsumrechnung				0		(0)
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	28				17.671	31.056
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>	8				92.562	199.777
<b>Aufwand Bankenabgabe</b>					12.562	20.911
<b>Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>					61	0
<b>Außerordentliche Aufwendungen</b>	30				22.593	12.771
<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	31				-1	-544
davon: Erträge aus latenten Steuern				0		(0)
<b>Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen</b>					-993	-283
<b>Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinn- abführungsvertrages abgeführte Gewinne</b>					250.066	9.010
<b>Jahresüberschuss</b>					0	0
					<b>Summe der Aufwendungen:</b>	<b>2.352.339</b>
						<b>2.660.262</b>



**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012**

<b>Erträge</b>	<b>Anhang Textziffern</b>	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>	<b>Vorjahr TEUR</b>
<b>Zinserträge aus</b>	24, 29, 32					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				1.255.438		1.339.497
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen				381.616		640.326
					<b>1.637.054</b>	<b>1.979.823</b>
<b>davon: Abzinsung der bankspezifischen Rückstellungen</b>				<b>0</b>		<b>0</b>
<b>Laufende Erträge aus</b>	24, 29, 32					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				17.836		16.877
b) Beteiligungen				7.097		6.581
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				0		289
					<b>24.933</b>	<b>23.747</b>
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	24				<b>128.155</b>	<b>117.009</b>
<b>Provisionserträge</b>	25, 29, 32				<b>347.614</b>	<b>344.601</b>
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	8				<b>110.519</b>	<b>88.830</b>
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	29				<b>104.064</b>	<b>106.252</b>
davon: Abzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				0		(302)
davon: Erträge aus der Währungsumrechnung				0		(0)
					<b>2.352.339</b>	<b>2.660.262</b>
				<b>Summe der Erträge:</b>		

# Anhang der Landesbank Berlin AG 2012

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, (LBB) ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, (Holding), die alleinige Aktionärin der LBB ist.

Die Landesbank Berlin AG ist Muttergesellschaft für den Teilkonzern Landesbank Berlin AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB). Sie ist in den Konzernabschluss der Landesbank Berlin Holding AG einbezogen. Gemäß § 291 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB stellt die Landesbank Berlin AG einen Teilkonzernabschluss nach IFRS (gemäß § 315a Abs. 1 HGB) auf.

Die LBB wird in den Konzernabschluss der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, (RVG-Gruppe), (größter Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB) einbezogen.

Die Konzernabschlüsse der RVG-Gruppe und der Holding sowie der LBB-Teilkonzernabschluss werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### Bilanzierung

Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes, erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Ergänzend wurden die Vorschriften der Satzung beachtet. In den Jahresabschluss ist die teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Sparkasse, handelsrechtlich eine Zweigniederlassung der LBB, einbezogen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, wurden, da diese eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

### Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet. Bei Vermögensgegenständen, die gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden und deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

### Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und Aktienoptionsgeschäften mit zentralen Kontrahenten werden aufgerechnet ausgewiesen, sofern kumulativ erfüllt ist, dass sie gegenüber einem Kontrahenten in gleicher Währung mit gleicher Fälligkeit bestehen und die Aufrechnung gegenseitiger Ansprüche vereinbart ist. Zum 31.12.2012 betrug der Aufrechnungsbetrag 1.241,2 (i.Vj.: 402,0) Mio. EUR.

## **Finanzanlagen**

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Verbindung mit § 340e Abs.1 HGB der Wert beibehalten. Davon abweichend werden Investmentfondsanteile im Anlagevermögen auch bei nur vorübergehender Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB angesetzt.

## **Wertpapiere der Liquiditätsreserve**

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

## **Handelsbestand**

Die Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Alle Handelsgeschäfte werden einem Mark-to-Market Ansatz unterzogen. Dabei werden in den jeweiligen Portfolien zunächst alle Bewertungsergebnisse vereinnahmt. Anschließend wird ein portfolioorientierter und auf dem aufsichtsrechtlich genehmigten internen Value at Risk-Konzept basierender Risikoabschlag vorgenommen. Für jedes Portfolio wird das Maximum des Value-at-Risk für eine historische Periode von einem Jahr und einem exponentiell gewichteten kurzfristigen historischen Beobachtungszeitraum ermittelt. Die dem Verfahren zugrunde liegenden Parameter sind ein Konfidenzniveau von 99% und eine Haltedauer von 10 Handelstagen. Der Risikoabschlag in Höhe von 14 (i.Vj.: 35) Mio. EUR wird im Handelsbestand ausgewiesen.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

## **Marktbewertung**

Soweit Marktwerte verfügbar sind, werden diese als beizulegende Werte herangezogen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt. Um auch dem Kontrahentenausfallrisiko aus OTC-Derivaten Rechnung zu tragen, wird ein Credit Valuation Adjustment (CVA) berücksichtigt.

Die Steuerung der Zinsmarge aller dem Bankbuch zugeordneten Geschäfte erfolgt gesamtheitlich. Zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung des Bankbuches werden die Buchwerte der zugeordneten Finanzinstrumente deren Barwerten gegenüber gestellt. Sofern sich hieraus unter Berücksichtigung von Refinanzierungskosten, Risiko- und Verwaltungskosten ein Verpflichtungsüberschuss ergibt, wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet. Die IDW-Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuchs (BFA 3) wird beachtet. Zum Stichtag bestand kein negativer Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung wurde dementsprechend nicht gebildet.

## **Bewertungseinheiten**

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen auch nach § 254 HGB als Bewertungseinheit dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung. In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Anwendung von BFA 3 berücksichtigt. Somit werden Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, als Bewertungseinheit betrachtet und entsprechend § 254 HGB behandelt. Hierbei werden Grundgeschäfte gegen Zinsänderungs-, Währungs- und/oder Bonitätsrisiken abgesichert. Dabei werden ausschließlich Bewertungseinheiten auf Micro-Ebene gebildet, d.h. dass den Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko des Grundgeschäfts einzelne Sicherungsinstrumente gegenüber stehen. Zum Nachweis des Ausgleichs der gegenläufigen Wertveränderungen aus dem Grund- und Sicherungsgeschäft wendet die Bank für alle Bewertungseinheiten die Critical Term Match-Methode an. Im Rahmen dieser Methode wird dokumentiert, dass die wesentlichen Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass sich die Wertveränderungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft von Beginn der dokumentierten Bildung der Bewertungseinheit bis zur Fälligkeit der Geschäfte bezogen auf das abgesicherte Risiko vollständig ausgleichen. Der wirksame Teil einer Bewertungseinheit wird bilanziell entsprechend der Einfrierungsmethode abgebildet. Darüber hinaus bestehende Unwirksamkeiten bezogen auf das nicht abgesicherte Risiko werden nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften behandelt. Derzeit werden keine Bewertungseinheiten gebildet, in die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen einbezogen werden.

## **Rückstellungen**

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC). Sie werden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wird ein Zinssatz von 5,06 % (i.Vj.: 5,13%) zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltssteigerungen werden 2,5-5,0 % (i.Vj.: 2,5-2,6%) angesetzt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G, IGSS-Sterbetafeln) verwendet. Der Aufwand aus dem bei erstmaliger Anwendung des BilMoG im Jahr 2010 entstandenen Erhöhungsbetrag wird in Anwendung von Art. 67 Abs. 1 EGHGB auf voraussichtlich 15 Jahre verteilt.

Die übrigen Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst.

## **Währungsumrechnung**

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen. Für Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt, wurden festgestellte Kurse vom 28.12.2012 16:30 Uhr verwendet. Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Soweit Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Erfolgsrealisierung nach § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB.

# Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

## Bilanz

### (1) Fristengliederung (Restlaufzeiten)

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>		
- bis drei Monate	10.867	13.844
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.253	6.781
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.943	2.189
- mehr als fünf Jahre	854	535
<b>Insgesamt</b>	<b>21.917</b>	<b>23.349</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>		
- bis drei Monate	4.495	4.340
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.226	2.977
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.187	8.643
- mehr als fünf Jahre	6.640	7.263
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.936)	(2.059)
<b>Insgesamt</b>	<b>21.548</b>	<b>23.223</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
- bis drei Monate	13.941	22.036
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.052	1.380
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.224	1.622
- mehr als fünf Jahre	495	569
<b>Insgesamt</b>	<b>16.712</b>	<b>25.607</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
<b>Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten</b>		
- bis drei Monate (Restlaufzeit)	32	27
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.383	1.874
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13	18
- mehr als fünf Jahre	3	3
<b>Insgesamt</b>	<b>2.431</b>	<b>1.922</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ohne Spareinlagen</b>		
- bis drei Monate	20.408	19.317
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	437	921
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.308	1.640
- mehr als fünf Jahre	324	374
<b>Insgesamt</b>	<b>22.477</b>	<b>22.252</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		
<b>Andere verbiefte Verbindlichkeiten</b>		
- bis drei Monate	615	695
<b>Insgesamt</b>	<b>615</b>	<b>695</b>

## (2) Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
<b>Enthalten in Position:</b>		
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.266	7.506
- Verbriefte Verbindlichkeiten begebene Schuldverschreibungen	3.981	3.836

## (3) Bewertungseinheiten

Grundgeschäfte wurden mit folgenden Beträgen in die Bewertungseinheiten einbezogen und gegen folgenden Risiken abgesichert:

31.12.2012		Sicherungsgeschäft			
Nominalbetrag in Mio. EUR	Grund- geschäft				
		Zinsände- rungsrisiko	Währungs- risiko	Aktien- risiko	Bonitäts- risiko
Vermögensgegenstände	7.945	x	x		
Schulden	2.010	x	x		
schwebende Geschäfte	28	x			
darin sind Nominalwerte von Derivaten als Sicherungsgeschäfte enthalten: 10.926 Mio. EUR					

## 4) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	10.056	10.065
Forderungen an Kunden	104	253
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	701	703
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.124	1.395
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	273	351
Verbriefte Verbindlichkeiten	121	112
Nachrangige Verbindlichkeiten	273	672

## (5) Beziehungen zu Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	0	50
Forderungen an Kunden	39	43
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46	45
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26	10
Nachrangige Verbindlichkeiten	20	20

## (6) Nachrangige Aktiva

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	60	80
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2	3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	218
Handelsbestand aktiv	10	10

## (7) Investmentvermögen

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischen Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10%.

31.12.2012	Buchwert (BW)	Marktwert (MW)	Differenz MW-BW	Ausschüttung	unterlassene Abschreibungen
in Mio. EUR					
Rentenfonds	272	272	0	11	0
Mischfonds	165	165	0	5	0
Hedgefonds	5	6	1	0	0
Insgesamt	442	443	1	16	0

## (8) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere <sup>1)</sup>	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
<b>Buchwert zum 31.12.2011</b>	<b>16.288</b>	<b>630</b>	<b>164</b>	<b>1.442</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
zum 31.12.2011	16.370	758	193	1.470
Zugänge 2012	318	0	0	57
Abgänge 2012	5.344	207	0	0
Umbuchungen 2012	595	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	-13	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
zum 31.12.2012	11.926	551	193	1.527
Kumulierte Abschreibungen				
zum 31.12.2011	82	128	29	28
Zugänge 2012 <sup>2)</sup>	6	2	14	38
Abgänge 2012	58	0	0	0
Zuschreibungen 2012	24	21	0	0
Umbuchungen 2012	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen				
zum 31.12.2012	6	109	43	66
<b>Buchwert zum 31.12.2012</b>	<b>11.920</b>	<b>442</b>	<b>150</b>	<b>1.461</b>

<sup>1)</sup> In Vorjahren wurden Wertpapiere aus der Liquiditätsreserve in das Finanzanlagevermögen umgewidmet. Die Buchwerte bei Umwidmung wurden als Anschaffungskosten behandelt. Sofern sich in der Liquiditätsreserve vorgenommene Abschreibungen nach der Umwidmung als nicht dauerhaft erweisen, erfolgt die Zuschreibung. Der Buchwert solcher Wertpapiere liegt dann über den im Anlagespiegel ausgewiesenen Anschaffungskosten. Die tatsächlichen historischen Anschaffungskosten werden nicht überschritten.

<sup>2)</sup> Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3, S. 3 in Höhe von 6 (i.Vj.: 127 Mio. EUR) und nach § 253 Abs. 3, S. 4 in Höhe von 2 (i.Vj.: 21 Mio. EUR) vorgenommen.

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB. verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

in Mio. EUR	Buchwerte	beizulegende Zeitwerte	31.12.2012 unterlassene Abschreibungen kumuliert	31.12.2011 unterlassene Abschreibungen kumuliert
Schuldverschreibungen	6.270	6.029	241	645
Aktien	0	0	0	0
Insgesamt	6.270	6.029	241	645

Die Einschätzung, dass die Wertminderungen für Schuldverschreibungen nicht dauerhaft sind, stellt im Wesentlichen auf die Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Forderungen ab und nicht auf liquiditäts- bzw. credit-spread-induzierte Wertschwankungen. Dies folgt der Absicht, die Papiere bis zur Fälligkeit im Anlagevermögen zu halten.



## (9) Handelsbestand aktiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. Euro	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.370	1.559
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	94	418
Forderungen	0	0
derivative Finanzinstrumente	9.235	8.649
Insgesamt	10.699	10.626

## (10) Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit werden Immobilien mit einem Buchwert von 23 (i.Vj.: 23) Mio. EUR genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 87 (i.Vj.: 94) Mio. EUR enthalten.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert - soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt - um planmäßige überwiegend lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Immaterielle Vermögensgegenstände / Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 33 / 50 Jahre
Mietereinbauten	15 / 25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 - 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 - 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 - 8 Jahre
Fernsprechanlagen	8 - 10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3-5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- EUR werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis 1.000,- EUR netto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die über 5 Jahre abgeschrieben werden. Das Wahlrecht nach § 6 Abs. 2a EStG wird seit Einführung einheitlich ausgeübt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000,- EUR brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die differenziert je nach Anlageklasse über 3-13 Jahre abgeschrieben werden.

## Entwicklung der Sachanlagen und Immateriellen Vermögensgegenstände:

<b>Buchwert zum 31.12.2011</b>	<b>0</b>	<b>69</b>	<b>0</b>	<b>69</b>	<b>117</b>
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>					
zum 31.12.2011	0	196	0	196	326
Zugänge 2012	1	14	0	15	12
Abgänge 2012	0	5	0	5	31
Umbuchungen 2012	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen					
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>					
zum 31.12.2012	1	205	0	206	307
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>					
zum 31.12.2011	0	127	0	127	209
Zugänge 2012 <sup>2)</sup>	0	18	0	18	19
Abgänge 2012	0	5	0	5	31
Zuschreibungen 2012	0	0	0	0	0
Umbuchungen 2012	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen					
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>					
zum 31.12.2012	0	140	0	140	197
<b>Buchwert zum 31.12.2012</b>	<b>1</b>	<b>65</b>	<b>0</b>	<b>66</b>	<b>110</b>

<sup>1)</sup> geänderte Darstellung: Der Ausweis der Anlagen im Bau erfolgt jetzt entsprechend dem Bilanzformblatt unter b.)

<sup>2)</sup> Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3, S. 3 in Höhe von 0,3 Mio. EUR vorgenommen

Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich im Geschäftsjahr auf 2,9 Mio. EUR, davon entfallen 1,0 Mio. EUR auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

## (11) Treuhandgeschäfte

in Mio. EUR	<b>31.12.2012</b>	<b>31.12.2011</b>
Forderungen an Kunden	<b>0</b>	<b>21</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	21
Insgesamt	<b>0</b>	<b>21</b>

## (12) Börsenfähigkeit / Börsennotierung

in Mio. EUR	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.401	26.999	20.398	26.098	1.003	901
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	70	374	6	225	64	149
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.198	1.236	0	0	1.198	1.236

### (13) Bestände in Fremdwährung

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Vermögensgegenstände	3.940	6.423
Verbindlichkeiten	1.999	4.546

### (14) Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände

Nominalwert in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
verpfändet bei dem ESZB		
Anleihen und Schuldverschreibungen	11.251	16.543
Wirtschaftskredite	2.102	2.921
bei der Eurex hinterlegt		
Anleihen und Schuldverschreibungen	920	914
Sicherheitenstellung i.R.v. Pensions- und Leihegeschaften		
Anleihen und Schuldverschreibungen	576	199
Deckungsmasse für begebenen Pfandbriefe		
Anleihen und Schuldverschreibungen	677	802
Insgesamt	15.526	21.379

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme aus im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an Zentralbanken als Sicherheiten verpfändete Vermögensgegenstände 1.060 (i.Vj.: 4.539) Mio. EUR.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag mit einem Marktwert von 1 (i.Vj.: 1) Mio. EUR zur Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben bei einer inländischen Bank hinterlegt.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 9.888 (i.V.: 8.868) Mio. EUR.

Als Sicherheiten für emittierte Schuldverschreibungen wurden Refinanzierungsdarlehen in Form von Schuldscheindarlehen in Höhe von 255 (i.V.: 290) Mio. EUR an Sparkassen herausgelegt und an einen Sicherheitentreuhänder verpfändet.

### (15) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen aus Collateral	2.493	2.512
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	161	104
Übrige	139	82
Insgesamt	2.793	2.698

## (16) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag und Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 19,2 (i.Vj.: 39,7) Mio. EUR sowie von Wertpapieren in Höhe von 3,0 (i.Vj.: 3,6) Mio. EUR.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 11,2 (i.Vj.: 16,1) Mio. EUR.

## (17) Handelsbestand passiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. Euro	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten	5.502	5.279
derivative Finanzinstrumente	9.270	8.642
Zwischensumme	14.772	13.921
Risikoabschlag (VaR)	14	35
Insgesamt	14.786	13.956

## (18) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten aus Collateral	1.064	1.318
Verbindlichkeiten aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	117	98
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	10	15
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	19	7
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	5	6
Übrige	187	65
Insgesamt	1.402	1.509

## (19) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 7,2 (i.Vj.: 10,8) Mio. EUR ausgewiesen.

## (20) Rückstellungen

Entwicklung der Pensionsrückstellungen:

in Mio. EUR	31.12.2011	Verbrauch	Auflösung	Umbu- chung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2012
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	577	32	0	6	37	37	625
<b>Insgesamt</b>	<b>577</b>	<b>32</b>	<b>0</b>	<b>6</b>	<b>37</b>	<b>37</b>	<b>625</b>

Der zum Geschäftsjahresende in Anwendung der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag beläuft sich auf 153 (i.Vj.: 166) Mio. EUR.

Entwicklung der Steuerrückstellungen und der anderen Rückstellungen:

in Mio. EUR	31.12.2011	Verbrauch	Auflösung	Umbu- chung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2012
<b>Steuerrückstellungen</b>	<b>4</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>4</b>
Restrukturierung	135	13	15	-4	10	7	120
Finanzgeschäfte	126	105	1	0	1	0	21
Kreditgeschäft	15	1	4	0	1	0	11
Personalbereich	71	19	1	4	37	2	94
Sparprämien	7	6	0	0	6	0	7
Ankaufsverpflichtungen aus Immobilienfonds	18	0	0	0	7	1	26
Sonstige	70	29	15	0	54	1	81
<b>Andere Rückstellungen</b>	<b>442</b>	<b>173</b>	<b>36</b>	<b>0</b>	<b>116</b>	<b>11</b>	<b>360</b>

## (21) Nachrangige Verbindlichkeiten

lfd. Nr.	Nominalwerte in Mio.		Zinssatz	Fälligkeit
	Währung	EUR		
(1)	*	JPY 3.500	31 FRN	2013
(2)	*	JPY 1.000	9 FRN	2018
(3)	*	JPY 3.000	26 FRN	2018
(4)		EUR 1	1 6,70000	2018
(5)		EUR 10	10 6,70000	2018
(6)		EUR 20	20 6,62500	2018
(7)		EUR 5	5 6,61000	2018
(8)		EUR 20	20 6,60000	2018
(9)		EUR 1	1 6,60000	2018
(10)		EUR 1	1 6,60000	2018
(11)		EUR 5	5 6,64000	2018
(12)		EUR 5	5 6,63000	2018
(13)		EUR 5	5 6,65500	2018
(14)		EUR 10	10 6,68000	2018
(15)		EUR 10	10 6,82000	2018
(16)		EUR 10	10 6,82000	2018
(17)	*	EUR 75	75 mindestens 4,75000	2019
(18)		EUR 500	500 5,87500	2019
(19)		EUR 1	1 5,67000	2019
(20)		EUR 5	5 5,67000	2019
(21)		EUR 1	1 5,60000	2019
(22)		EUR 10	10 5,85000	2020
(23)	*	JPY 15.000	132 5,15000	2027

Die mit (\*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die Mittelaufnahmen (18) und (23) überstiegen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals.

Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (17) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 % bis 31. März 2009, danach 4,75 % + 81 % der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2012 betrug 27,6 (i.Vj.: 32,2) Mio. EUR unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 34,2 (i.Vj.: 42,0) Mio. EUR.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG. Zum 31. Dezember 2012 sind 871,2 (i.Vj.: 1.044,4) Mio. EUR als haftendes Eigenkapital anrechenbar. Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 198,0 (i.Vj.: 597,1) Mio. EUR in Fremdwährung aufgenommen. 30,8 (i.Vj.: 407,3) Mio. EUR sind vor Ablauf von 2 Jahren fällig.

## (22) Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Fonds für allgemeine Bankrisiken ist ausschließlich der Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB enthalten.

## **(23) Eigenkapital**

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der LBB zum 31. Dezember 2012 1.200 Mio. EUR und ist in 1.200.000.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Weiterhin besteht eine typische stille Einlage der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin in Höhe von 700 (i.Vj.: 700) Mio. EUR. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 920 (i.Vj.: 920) Mio. EUR.

Die Gewinnrücklagen sind in der Höhe des Restbuchwerts der aktivierten, selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenstände von 1,2 Mio. EUR ausschüttungsgesperrt.

## Gewinn- und Verlustrechnung

### (24) Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2012	2011
Zinserträge	1.637	1.980
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.255	1.340
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	382	640
Laufende Erträge	25	24
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	18	17
aus Beteiligungen	7	7
aus verbundenen Unternehmen	0	0
Erträge aus Gewinngemeinschaften	128	117
Zinsaufwendungen	853	1.239
für Einlagen	426	707
für verbriefte Verbindlichkeiten	399	500
für nachrangige Verbindlichkeiten	28	32
Insgesamt	937	882

Im Zinsüberschuss sind aperiodische Zinsaufwände in Höhe von 1.545 (i.Vj.: 29.333) TEUR und aperiodische Zinserträge in Höhe von 1.093 (i.Vj.: 271) TEUR enthalten.

### (25) Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2012	2011
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	30	39
Wertpapiere/Vermögensanlagen	30	39
Emissions- u. Konsortialgeschäft	0	0
Zahlungsverkehr/Kontoführung	93	93
Kreditgeschäft	24	17
Kreditgeschäft	18	11
Avalprovisionen	2	2
Auslandsgeschäft	4	4
Kartengeschäft	61	57
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	8	4
Sorten-/Devisengeschäft	1	1
Sonstige Dienstleistungen	7	3
Insgesamt	216	210



## (26) Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestandes

in Mio. EUR	2012	2011
Nettoerträge des Handelsbestands	-9	-61

## (27) Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. EUR	2012	2011
Gebäude- und Raumkosten	108	103
EDV	133	134
Werbung und Marketing	23	27
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	27	36
Geschäftsbetriebskosten	49	44
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Personalabhängige Sachkosten	9	11
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	104	104
Insgesamt	455	461

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

## (28) Risikovorsorge

in Mio. EUR	2012	2011
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	124	29
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-106	2
Insgesamt	18	31

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Engagements, für die keine Einzelwertberichtigung erforderlich ist, werden pauschal wertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung wird auf Basis eines Portfolioansatzes unter Einbeziehung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Sicherheiten sowie Erlös- und Einbringungsquoten ermittelt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt<sup>1)</sup>:

in Mio. EUR	Adressenrisiko						Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV- wirksam	
	Direktab- schreibungen		Einzelwert- berichtigung		Pauschalwert- berichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft		2012	2011	2012	2011
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011				
<b>Stand 01.01.</b>			680	715	64	83	15	13	12	8	771	819
Zuführungen			175	102			1	5	3	7	179	114
Inanspruchnahmen			113	56			1	1			114	57
Auflösungen			58	82	8	15	4	4	3	2	73	103
Direktabschreibungen	22	28										22
Eingänge auf abgeschrie- bene Forderungen	4	10										4
Umbuchungen <sup>2)</sup> Wechselkurs- änderungen			6	-2		-4		2		-1	6	-5
				3							0	3
<b>Stand 31.12. <sup>1)</sup></b>	<b>18</b>	<b>18</b>	<b>690</b>	<b>680</b>	<b>56</b>	<b>64</b>	<b>11</b>	<b>15</b>	<b>12</b>	<b>12 0</b>	<b>769</b>	<b>771</b>

<sup>1)</sup> ohne EWB auf Altkredite in Höhe von 9,7 (i.V.: 16) Mio. EUR

<sup>2)</sup> Auflösungen zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 0,6 (i.V.: 3) Mio. EUR.

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	16	15
Forderungen an Kunden <sup>1)</sup>	742	741
Rückstellungen	11	15
<b>Insgesamt</b>	<b>769</b>	<b>771</b>

<sup>1)</sup> Angaben ohne Altkredite

## (29) Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Bankteile.

in Mio. EUR	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zinserträge	1.552	1.859	85	121	1.637	1.980
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	25	24	0	0	25	24
Provisionserträge	343	331	4	14	347	345
Sonstige betriebliche Erträge	103	106	1	0	104	106

### (30) Außerordentliche Aufwendungen

in Mio. EUR	2012	2011
Zuführung zu Pensionsrückstellungen (Art. 67 Abs. 1 EGHGB)	13	13
Restrukturierung	10	0
Insgesamt	23	13

### (31) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Es ergibt sich kein nennenswerter Ertragsteueraufwand in der LBB.

Aufgrund der steuerlichen Organschaft mit der Holding wird das inländische Ergebnis bei dieser versteuert. Auch die ausländischen Niederlassungen weisen keinen Steueraufwand aus, da sie über steuerliche Verlustvorträge verfügen bzw. ein negatives steuerliches Ergebnis erzielt haben.

Die Niederlassung London soll in 2013, die Niederlassung Luxemburg soll in 2014 geschlossen werden.

Latente Steuern auf temporäre Differenzen, die auf das inländische Stammhaus der LBB entfallen, werden beim Organträger Holding ausgewiesen.

### (32) Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. EUR	Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Aktivitäten am Kapital- und Geldmarkt	Gesamt
Zinsüberschuss	334	116	121	366	937
davon enthaltene Beteiligungserträge <sup>1)</sup>	1	1	0	5	7
Provisionsüberschuss	186	37	8	-15	216
Nettoaufwand/Nettoertrag <sup>2)</sup> des Handelsbestands	0	0	-15	6	-9

<sup>1)</sup> Erträge ohne verbundene Unternehmen und Gewinngemeinschaften. Die Beteiligungserträge sind den Strategischen Geschäftsfeldern entsprechend der Zuordnung der Beteiligungen zugeordnet.

<sup>2)</sup> unter Immobilienfinanzierung sind Bewertungsverluste aus Derivaten im Zusammenhang mit notleidenden Krediten (Portfolio Credit Value Adjustments) enthalten.

## Sonstige Angaben

### **(33) Außerbilanzielles Geschäft / Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen:**

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit der Holding mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist durch die Holding ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. Die interne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die LBB entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite der LBB zu den insgesamt abgeschirmten Krediten vor.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Sie stellt kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der LBB und Holding sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die LBB ist zu 100 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG beteiligt, welche der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen ist. Die LBB ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs.10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands der deutschen Banken ist die LBB darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Die LBB selbst ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen. Deren jährliche Beiträge werden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert für die LBB eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 67 (i.V.: 53) Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Im Rahmen der Gründung der S-Kreditpartner GmbH (SKP) haben die Gesellschafter Kreditbestände in die Gesellschaft übertragen. Für diese Kreditportfolios wurden jeweils Ertragswerte ermittelt. Die Gesellschafter übernahmen dabei eine Garantie für die im Rahmen der Ertragswertermittlung angesetzten Cash Flows aus den Kreditverträgen (Zins- und Tilgungsleistungen, Provisionszahlungen, erwartete Kreditausfälle). Unterschreiten die tatsächlichen Cash Flows die bei der Bewertung angesetzten, hat der jeweilige Gesellschafter einen entsprechenden Ertragszuschuss in die SKP zu leisten. Überschreiten die tatsächlichen Cash Flows die bei der Bewertung angesetzten, kommt es zu anteiligen Ausgleichszahlungen zwischen den Gesellschaftern. Das Volumen des von der LBB garantierten Kreditportfolios betrug zum 31.12.2012 noch 76,8 Mio. EUR.

Die LBB trägt bei ihren Tochterunternehmen Berlin-Hannoversche Hypothekbank, AG, Berlin, und Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2026 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 902,5 (i.Vj.: 966,2) Mio. EUR; davon 1,0 (i.Vj.: 261,5) Mio. EUR gegenüber verbundenen Unternehmen.

Einzahlungsverpflichtungen für Beteiligungssachverhalte der Bank bestanden zum Jahresende in Höhe von 18,1 (i.Vj.: 19,7) Mio. EUR.

Aus dem Vertrieb geschlossener Immobilienfonds ist die LBB verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100% des Nominalbetrags (101,3 Mio. EUR) zu erwerben. Zur Abschirmung von sich daraus wahrscheinlich ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 26,7 (i.Vj.: 18,4) Mio. EUR.

Wertpapierleihegeschäfte werden mit dem Ziel getätigt, die Lieferfähigkeit des Wertpapierhandels sicherzustellen und Shortbestände einzudecken sowie bestehende Handelspositionen gegen Gebühr zu verleihen. Dabei werden die entliehenen Wertpapiere in der Bilanz nicht ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden weiterhin bilanziert. Die Risiken aus diesen Geschäften bestehen im Settlementrisiko. Es lässt sich als Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert der zugrunde liegenden Wertpapiere und den erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten definieren. Vorteile ergeben sich aus den Zusatzerträgen der verliehenen Wertpapiere. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere in Höhe von 4.890 (i.Vj.: 4.718) Mio. EUR verliehen, die entliehenen Wertpapiere betragen 6.449 (i.Vj.: 5.932) Mio. EUR.

### **(34) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen**

Das Risiko einer Inanspruchnahme der unter der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungsverträgen und unwiderruflichen Kreditzusagen wird aufgrund der gegenwärtigen Bonität und des bisherigen Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer als gering eingeschätzt. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen uns nicht vor.

### **(35) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite**

in TEUR	2012	2011
Gesamtbezüge des Vorstands	5.068	5.053
<i>(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)</i>	<i>(210)</i>	<i>(333)</i>
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats <sup>1)</sup>	262	262
Zuführung zu Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern	1.951	1.565
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern zum Jahresende zurückgestellt	11.142	9.191
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt <sup>2)</sup>	6.684	6.783
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	67.932	63.680

<sup>1)</sup> ohne Umsatzsteuer

<sup>2)</sup> darin enthalten erfolgsabhängige (variable) Vergütung an ein ehemaliges Vorstandsmitglied für seine Tätigkeit in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 i.H.v. 86 (i.Vj.: 116) TEURO. Hierin nicht enthalten ist eine in 2012 für ein Vorstandsmitglied durch die Berlin Hannoversche Hypothekbank AG ausgezahlte erfolgsabhängige Vorbehaltsvergütung für Vorstandstätigkeiten in den Jahren 2009 und 2010 i.H.v. 81 (i.Vj.: 115) TEURO.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in TEUR	2012	2011
an Mitglieder des Vorstands	4	19
an Mitglieder des Aufsichtsrats	179	81

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

### **(36) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt**

	2012	2011
Vollzeitbeschäftigte	3.441	3.539
Teilzeitkräfte	1.074	1.060
Auszubildende	166	171
Insgesamt	4.681	4.770

### **(37) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien**

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und anderen Mitarbeitern der LBB in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 1 und 2 zum Anhang dargestellt.

## (38) Angaben über derivative Geschäfte

### Anlagebuch

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2012							
in Mio. EUR	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Markt- werte	negative Markt- werte	
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre				
<b>Zinsderivate</b>	<b>19.467</b>	<b>29.768</b>	<b>15.873</b>	<b>65.108</b>	<b>3.619</b>	<b>3.136</b>	
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	
Futures	0	0	0	0	0	0	
Options	0	0	0	0	0	0	
OTC	19.467	29.768	15.873	65.108	3.619	3.136	
Zinsswaps	19.467	29.768	15.873	65.108	3.619	3.136	
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0	0	
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0	
Swaptions	0	0	0	0	0	0	
Options Käufe	0	0	0	0	0	0	
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0	
Caps, Floors	0	0	0	0	0	0	
<b>Währungsderivate</b>	<b>4</b>	<b>963</b>	<b>93</b>	<b>1.060</b>	<b>16</b>	<b>22</b>	
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	
Futures	0	0	0	0	0	0	
Options	0	0	0	0	0	0	
OTC	4	963	93	1.060	16	22	
Devisentermingeschäfte	0	0	0	0	0	0	
Cross-Currency-Swaps	4	963	93	1.060	16	22	
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0	
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0	
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0	
<b>Aktienderivate und sonstige</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	
Futures	0	0	0	0	0	0	
Options	0	0	0	0	0	0	
OTC	0	0	0	0	0	0	
Aktien-Index-Swaps	0	0	0	0	0	0	
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0	
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0	
Embeddeds	0	0	0	0	0	0	
<b>Kreditderivate</b>	<b>143</b>	<b>15</b>	<b>0</b>	<b>158</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
<b>Insgesamt</b>	<b>19.614</b>	<b>30.746</b>	<b>15.966</b>	<b>66.326</b>	<b>3.635</b>	<b>3.158</b>	

Die Derivate der LBB im Anlagebuch dienen der Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch.

Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von 10 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

## Handelsbuch

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2012							
in Mio. EUR	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Markt- werte	negative Markt- werte	
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre				
<b>Zinsderivate</b>	<b>42.499</b>	<b>81.012</b>	<b>84.960</b>	<b>208.471</b>	<b>9.084</b>	<b>9.148</b>	
börsengehandelt	345	0	0	345	0	0	
Futures	345	0	0	345	0	0	
Options	0	0	0	0	0	0	
OTC	42.154	81.012	84.960	208.126	9.084	9.148	
Zinsswaps	32.919	64.258	56.142	153.319	8.034	7.936	
Forward Rate Agreements	3.807	0	0	3.807	3	3	
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0	
Swaptions	4.190	10.430	15.480	30.100	637	942	
Options Käufe	0	0	0	0	0	0	
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0	
Caps, Floors	1.238	6.324	13.338	20.900	410	267	
<b>Währungsderivate</b>	<b>4.748</b>	<b>896</b>	<b>11</b>	<b>5.655</b>	<b>70</b>	<b>69</b>	
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	
Futures	0	0	0	0	0	0	
Options	0	0	0	0	0	0	
OTC	4.748	896	11	5.655	70	69	
Devisentermingeschäfte	3.890	234	0	4.124	36	36	
Cross-Currency-Swaps	858	662	11	1.531	34	33	
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0	
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0	
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0	
<b>Aktienderivate und sonstige</b>	<b>1.827</b>	<b>1.879</b>	<b>39</b>	<b>3.745</b>	<b>95</b>	<b>47</b>	
börsengehandelt	1.557	70	0	1.627	2	9	
Futures	132	1	0	133	0	0	
Options	1.425	69	0	1.494	2	9	
OTC	270	1.809	39	2.118	93	38	
Aktien-Index-Swaps	47	421	19	487	18	4	
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	53	810	20	883	75	0	
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	170	578	0	748	0	34	
Embeddeds	0	0	0	0	0	0	
<b>Kreditderivate</b>	<b>470</b>	<b>1.269</b>	<b>38</b>	<b>1.777</b>	<b>13</b>	<b>15</b>	
<b>Insgesamt</b>	<b>49.544</b>	<b>85.056</b>	<b>85.048</b>	<b>219.648</b>	<b>9.262</b>	<b>9.279</b>	

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glättstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen. Die sich aus den oben dargestellten negativen Marktwerten ergebenden Risiken sind, soweit handelsrechtlich erforderlich, durch entsprechende Rückstellungen abgedeckt

Die Handelsbuchderivate werden mit ihren positiven bzw. negativen Marktwerten in der Bilanzposition Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ausgewiesen.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten		
in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungsklasse Institute	293	326
Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen)	494	489
<b>Insgesamt</b>	<b>787</b>	<b>815</b>

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der Solvabilitätsverordnung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahenten-netting berücksichtigt ist.



## (39) Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Stand: 31.12.2012

Zielwahrung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen					
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	-3.191	1
2.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin <sup>4) 8)</sup>	94,90	EUR	51	0
3.	Berlin Hvo Immobilien GmbH, Berlin <sup>1) 4) 8)</sup>	100,00	EUR	26	0
4.	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin <sup>3) 4) 8)</sup>	100,00	EUR	830.903	0
5.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	9	-12
6.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	-1.499	-1.424
7.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware <sup>10)</sup>	100,00	EUR	-70.031	46.232
8.	Crown Court Property London Ltd., London <sup>1) 8) 12)</sup>	100,00	GBP	16.621	688
9.	egs Entwicklungsgesellschaft Sudhorn mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	94,00	EUR	-844	988
10.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	571	22
11.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	110	10
12.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin <sup>4) 8)</sup>	100,00	EUR	9.436	0
13.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin <sup>2) 8)</sup>	76,71	EUR	-27.562	-1.790
14.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin <sup>8)</sup>	99,93	EUR	-7.985	-19
15.	Grundstücksgesellschaft Weichselstrae GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin <sup>8)</sup>	60,64	EUR	-4.297	-154
16.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München <sup>1) 8)</sup>	78,10	EUR	2	-37
17.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 4) 8)</sup>	100,00	EUR	26	0
18.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	19	0
19.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin <sup>8)</sup>	100,00	EUR	105	-7
20.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg <sup>3) 8)</sup>	100,00	EUR	167.596	-1.387
21.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin <sup>8)</sup>	100,00	EUR	1.343	-8
22.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin <sup>4) 8)</sup>	100,00	EUR	5.880	0
23.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin <sup>4) 8)</sup>	100,00	EUR	1.405	302
24.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg <sup>8)</sup>	100,00	EUR	3.200	0
25.	Linden Grundstücks GmbH, Berlin <sup>8)</sup>	100,00	EUR	271	-42
26.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg <sup>8)</sup>	74,99	EUR	22.595	1.485
27.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	160	58
28.	SDZ Rhein-Ruhr GmbH, Düsseldorf <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	43	18
29.	S-Kreditpartner GmbH, Berlin <sup>8)</sup>	66,67	EUR	247.842	10.862
30.	S-Servicepartner GmbH (bis 14.11.2012 BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin) <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	2.699	0
31.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	-4	-1
32.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>4) 8)</sup>	100,00	EUR	1.036	0
33.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	750	18
34.	Wohnbau Tafelgelande Beteiligungs GmbH, München <sup>1) 7)</sup>	75,00	EUR	45	-1
35.	Wohnbau Tafelgelande GmbH & Co. KG, München <sup>1) 7)</sup>	75,00	EUR	624	131

## Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

36.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin <sup>1) 8)</sup>	47,47		EUR	<b>30.367</b>	<b>1.978</b>
37.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	30,00		EUR	<b>88</b>	<b>5</b>
38.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main <sup>9)</sup>	25,10		EUR	<b>20.776</b>	<b>3.351</b>
39.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin <sup>8)</sup>	21,79		EUR	<b>8.747</b>	<b>153</b>
40.	CidSI Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin <sup>8)</sup>	50,00		EUR	<b>160</b>	<b>-19</b>
41.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin <sup>1) 6)</sup>	49,00		EUR	<b>-211</b>	<b>-28</b>
42.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. I., Berlin <sup>1) 5)</sup>	49,00		EUR	<b>3</b>	<b>-1</b>
43.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. I., Berlin <sup>1) 6)</sup>	48,48		EUR	<b>-2.987</b>	<b>-2.987</b>
44.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München <sup>8)</sup>	39,60	20,00	EUR	<b>26</b>	<b>0</b>
45.	NordEK Norddeutsche Einkaufskoordinationsgesellschaft der Landesbank Berlin AG und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Berlin und Hannover, Berlin/Hannover <sup>8)</sup>	0,00	50,00	EUR	<b>397</b>	<b>34</b>
46.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum <sup>8)</sup>	42,39		EUR	<b>90</b>	<b>-9</b>
47.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin <sup>1) 6)</sup>	0,00	40,00	EUR	<b>0</b>	<b>0</b>
48.	SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen <sup>1) 8)</sup>	30,00		EUR	<b>589</b>	<b>51</b>
49.	SDZ Westfalen-Lippe GmbH, Münster <sup>1) 8)</sup>	30,00		EUR	<b>418</b>	<b>133</b>
50.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München <sup>8)</sup>	49,00	36,30	EUR	<b>-2.538</b>	<b>242</b>

1 Mittelbar gehalten.

2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.

3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatsklärung der Landesbank Berlin AG.

4 Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

5 Es liegen Daten zum 31. 12.2008 vor.

6 Es liegen Daten zum 31. 12.2009 vor.

7 Es liegen Daten zum 31. 12.2010 vor.

8 Es liegen Daten zum 31. 12.2011 vor.

9 Es liegen Daten zum 30.09.2012 vor - abweichender Jahresabschlusstermin.

10 Es liegen Daten zum 30.09.2012 vor - die Gesellschaft legt dem Gesellschafter quartalsweise Bilanz und GuV vor.

11 Es liegen Daten zum 31. 12.2012 vor.

12 Kurs vom 31.12.2011: 1 EUR = 0,8355 GBP

## Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

Gesellschaft
1. BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin
2. Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin
3. GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
4. LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin
5. LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin
6. S-Servicepartner GmbH (bis 14.11.2012 BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin), Berlin
7. Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin

### (40) Deckungsrechnung

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

Nominal in TEUR	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Nennwert Deckungsmasse	3.376.105	3.248.999	3.281.110	3.421.607
Nennwert Pfandbriefumlauf	2.892.815	2.539.815	1.634.327	1.621.327
Nennwertüberdeckung	483.290	709.184	1.646.782	1.800.280
Barwert Deckungsmasse	3.742.658	3.548.344	3.597.154	3.733.998
Barwert Pfandbriefumlauf	3.090.453	2.688.408	1.769.253	1.735.493
Barwertüberdeckung	652.205	859.936	1.827.901	1.998.505
Risikobarwert Deckungsmasse	3.608.794	3.439.325	3.497.540	3.613.467
Risikobarwert Umlauf	2.999.853	2.605.204	1.725.553	1.686.112
Risikobarwertüberdeckung	608.941	834.121	1.771.987	1.927.355

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
in TEUR	31.12.2012		31.12.2011	
Ersatzdeckung	7,98	269.424	8,39	272.527
bis zu einem Jahr	40,20	1.357.230	36,66	1.190.929
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	7,78	262.504	6,99	227.138
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	5,87	198.261	8,25	267.953
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	6,81	229.883	6,19	201.062
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	7,46	251.892	7,85	255.178
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	22,57	762.128	24,54	797.232
> 10 Jahre	1,33	44.783	1,14	36.980
Insgesamt	100,00	3.376.105	100,00	3.248.999

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
in TEUR	31.12.2012		31.12.2011	
bis zu einem Jahr	19,78	572.065	15,16	385.000
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	26,37	762.750	22,52	572.065
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	6,93	200.500	19,40	492.750
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	13,08	378.500	7,30	185.500
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	8,71	252.000	9,59	243.500
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	25,13	727.000	26,03	661.000
> 10 Jahre	0,00	0	0,00	0
Insgesamt	100,00	2.892.815	100,00	2.539.815

## Laufzeitstruktur Öffentliches Register

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	
		31.12.2012	31.12.2011
Ersatzdeckung	0,00	0	0
bis zu einem Jahr	37,32	1.224.607	575.577
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	13,49	442.633	766.817
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	10,34	339.388	543.830
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	14,19	465.616	352.374
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	8,64	283.492	474.173
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	16,01	525.374	708.837
> 10 Jahre	0,00	0	0
<b>Insgesamt</b>	<b>100,00</b>	<b>3.281.110</b>	<b>3.421.608</b>

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	
		31.12.2012	31.12.2011
bis zu einem Jahr	36,49	596.327	247.000
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	11,44	187.000	596.327
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	7,34	120.000	162.000
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	18,14	296.500	20.000
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	5,20	85.000	221.500
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	21,38	349.500	374.500
> 10 Jahre	0,00	0	0
<b>Insgesamt</b>	<b>100,00</b>	<b>1.634.327</b>	<b>1.621.327</b>

### Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG:

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG darstellen würden.

### Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

### Hypothekendeckungsregister

Größenklassen in TEUR	31.12.2012		31.12.2011	
	bis 300.000 EUR	438.099		418.664
mehr als 300.000 bis 5.000.000 EUR	1.146.066		1.147.899	
mehr als 5.000.000 EUR	1.522.516		1.409.909	
<b>Insgesamt</b>	<b>3.106.681</b>		<b>2.976.472</b>	

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

Objektsplitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)

Staaten in TEUR	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Deutschland	86.545	94.685	174.964	160.809	939.820	926.690	1.201.328	1.182.185
Länder gesamt	86.545	94.685	174.964	160.809	939.820	926.690	1.201.328	1.182.185

Regionen: in TEUR	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Baden-Württemberg	0	0	76	77	0	0	76	77
Bayern	0	0	1.071	1.205	47.253	10.092	48.324	11.297
Berlin	73.255	82.052	117.476	108.431	784.132	803.189	974.863	993.672
Brandenburg	8.416	7.585	54.645	48.718	43.331	43.506	106.392	99.810
Bremen	33	41	0	0	0	0	33	41
Hamburg	156	156	0	0	280	284	436	440
Hessen	145	145	0	0	9.538	9.580	9.683	9.726
Mecklenburg-Vorpommern	1.454	1.470	187	127	2.744	2.779	4.386	4.376
Niedersachsen	0	111	242	249	9.267	9.371	9.509	9.730
Nordrhein-Westfalen	2.148	1.992	133	397	19.153	20.916	21.434	23.305
Saarland	0	0	0	0	822	822	822	822
Sachsen	0	0	644	644	19.401	21.655	20.045	22.300
Sachsen-Anhalt	626	744	94	111	3.011	3.592	3.731	4.446
Schleswig-Holstein	99	125	395	850	0	0	494	975
Thüringen	213	264	0	0	887	903	1.100	1.167
Insgesamt	86.545	94.685	174.964	160.809	939.820	926.690	1.201.328	1.182.185

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG:

Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

Staaten		Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
		TEUR	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012		2011
Deutschland		724.219	687.878	440.997	383.172	247.737	168.514	194.602	231.481	0	0	914	1.126	1.608.469	1.472.170
Frankreich		258.604	291.494	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	258.604	291.494
Niederlande		19.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	19.800	0
Polen		18.480	30.624	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	18.480	30.624
Länder gesamt		1.021.103	1.009.996	440.997	383.172	247.737	168.514	194.602	231.481	0	0	914	1.126	1.905.353	1.794.287
Regionen		Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
		TEUR	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012		2011
DE	Baden- Württemberg	6.504	5.618	32.340	24.877	30.978	22.280	21.738	19.925	0	0	0	0	91.561	72.700
DE	Bayern	36.293	44.094	13.123	12.741	8.621	2.640	27.920	21.622	0	0	0	0	85.956	81.096
DE	Berlin	357.493	360.323	74.184	71.775	65.163	70.439	34.423	36.267	0	0	664	874	531.929	539.678
DE	Brandenburg	20.644	24.089	36.511	39.981	23.337	14.010	11.152	20.932	0	0	92	94	91.736	99.106
DE	Bremen	0	0	2.253	2.253	1.170	1.170	0	0	0	0	0	0	3.423	3.423
DE	Hamburg	54.068	4.883	0	0	6.011	0	11.408	11.408	0	0	0	0	71.487	16.290
DE	Hessen	67.484	80.071	61.184	16.605	56.822	24.846	21.173	31.456	0	0	0	0	206.663	152.978
DE	Mecklenburg- Vorpommern	3.463	3.273	15.837	16.804	0	0	640	101	0	0	0	0	19.940	20.178
DE	Niedersachsen	31.623	28.065	27.387	33.140	4.491	2.866	5.651	16.994	0	0	0	0	69.151	81.064
DE	Nordrhein- Westfalen	88.698	94.536	60.941	61.774	33.245	18.644	23.443	28.796	0	0	0	0	206.326	203.750
DE	Rheinland-Pfalz	7.637	7.728	5.701	5.901	0	0	6.473	6.473	0	0	0	0	19.812	20.103
DE	Saarland	0	0	2.064	2.064	152	152	0	0	0	0	0	0	2.216	2.216
DE	Sachsen	34.683	17.616	15.890	11.810	5.662	5.671	22.038	22.138	0	0	158	158	78.431	57.393
DE	Sachsen- Anhalt	9.139	13.689	25.856	25.867	3.924	4.398	3.386	3.386	0	0	0	0	42.305	47.340
DE	Schleswig- Holstein	403	0	27.505	16.636	6.950	612	0	6.338	0	0	0	0	34.857	23.586
DE	Thüringen	6.086	3.894	40.220	40.944	1.211	786	5.158	5.644	0	0	0	0	52.676	51.268
FR	Île-de-France	258.604	291.494	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	258.604	291.494
NL	Gelderland	19.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	19.800	0
PL	Mazowieckie	18.480	30.624	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	18.480	30.624
Insgesamt		1.021.103	1.009.996	440.997	383.172	247.737	168.514	194.602	231.481	0	0	914	1.126	1.905.353	1.794.287

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

Hypothekenregister

Lage des Grundpfandrechts in TEUR	Rückständige Tilgung		Rückständige Zinsen	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Deutschland	13,4	61,8	37,0	128,5
Insgesamt	13,4	61,8	37,0	128,5
Baden-Württemberg	0,0	0,0	0,0	8,1
Bayern	0,0	0,0	0,0	6,6
Berlin	13,4	47,2	17,0	66,1
Brandenburg	0,0	11,0	0,0	5,3
Hessen	0,0	3,6	0,0	17,3
Nordrhein-Westfalen	0,0	0,0	20,0	25,1
Deutschland insgesamt	13,4	61,8	37,0	128,5

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3 a/b/c PfandBG:

Anzahl	Gewerblich		Wohnungsbau	
	2012	2011	2012	2011
Zum Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0	0	0

Liquiditätsdeckung gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG

in TEUR	2012
Hypothekenpfandbrief	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	111.340
Liquiditätsdeckung am 26.03.2012	250.065
Liquiditätssaldo kumuliert am 26.03.2012	-138.726
öffentlicher Pfandbrief	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	1.362.570
Liquiditätsdeckung am 03.01.2012	1.484.469
Liquiditätssaldo kumuliert am 03.01.2012	-121.899



Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:

Schuldner (direkt oder mit Garantie)	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
in TEUR										
Deutschland	440.481	345.122	1.398.368	1.513.919	69.620	80.117	1.292.641	1.402.588	3.201.110	3.341.746
Kanada	0	0	35.000	35.000	0	0	0	0	35.000	35.000
Österreich	0	0	0	0	0	0	45.000	44.861	45.000	44.861
Insgesamt	440.481	345.122	1.433.368	1.548.919	69.620	80.117	1.337.641	1.447.449	3.281.110	3.421.607

Angabe gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:

Schuldner	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebiets- körperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
in TEUR										
Insgesamt	130	0	417	0	0	0	4	3	551	3

## Organe der Landesbank Berlin AG

### Vorstand

**Dr. Johannes Evers**  
Vorsitzender

**Jan Bettink**

**Serge Demolière**

**Hans Jürgen Kulartz**

**Martin K. Müller**

**Patrick Tessmann**

### Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG

**Heinrich Haasis**  
Vorsitzender  
bis 4. Juni 2012

Präsident des Weltinstituts der Sparkassen

**Georg Fahrenschon**  
Vorsitzender  
ab 5. Juni 2012

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

**Bärbel Wulff \*)**  
stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**Heiko Barten \*)**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
Senior-Referent im Bereich Organisationssteuerung der  
Landesbank Berlin AG

**Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands  
Hessen-Thüringen

**Artur Grzesiek**

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

**Gerhard Henschel \*)**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**Sabine Hentschel-Vélez  
Garzón \*)**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
Referentin Business Management der Landesbank Berlin AG

<b>Gerald Herrmann *)</b>	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin
<b>Claus Friedrich Holtmann</b>	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
<b>Michael Jänichen *)</b>	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
<b>Thomas Mang</b>	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
<b>Peter Mohr *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Helmut Schleweis</b>	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg
<b>Peter Schneider</b>	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
<b>Dr. Harald Vogelsang</b>	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
<b>Frank Wolf *)</b>	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

\*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 26. Februar 2013

**Der Vorstand**

Dr. Evers

Bettink

Demolière

Kulartz

Müller

Tessmann

**Anlagen**

- |           |   |
|-----------|---|
| Anlage 1: | Mandate von Mitgliedern des Vorstands in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB ) |
| Anlage 2: | Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB )              |

## Mandate des Vorstands nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)\* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

## Vorstand

### Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

---

- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
    - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
    - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
  - b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
    - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
    - S-Kreditpartner GmbH, Berlin
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- Visa Europe Limited, London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

### Jan Bettink

Mitglied des Vorstands

---

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
- b) Mitglied des Verwaltungsrats der
  - Kreditanstalt für Wiederaufbau – Anstalt des öffentlichen Rechts (KfW), Frankfurt am Main

## Serge Demolière

Mitglied des Vorstands

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Börse Berlin AG, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Eurex Frankfurt AG, Eschborn (seit 17.09.2012)
  - Eurex Clearing AG, Eschborn (seit 17.09.2012)
  - RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main
- Mitglied des Verwaltungsrates der
- Eurex Zürich AG, Zürich (seit 17.09.2012)
- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg
  - LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- LBB Finance (Ireland) plc, Dublin

## Hans Jürgen Kulartz

Mitglied des Vorstands

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Rölfs WP Partner AG, Düsseldorf
- a)\* Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
  - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main (seit 27.03.2012)
  - Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
  - Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

## Martin K. Müller

Mitglied des Vorstands

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

---

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- S-Servicepartner GmbH, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- S-Kreditpartner GmbH, Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg

## Patrick Tessmann

Mitglied des Vorstands

---

- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg
  
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
  
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin – Hannover, Berlin/Hannover
  - S-Kreditpartner GmbH, Berlin

### **Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften**

#### **Thomas Paulick**

Mitglied des Aufsichtsrates der  
- netbank AG, Hamburg

#### **Gerhard Puhmann**

Mitglied des Aufsichtsrates der  
- S-Servicepartner GmbH, Berlin

#### **Bartho Schröder**

Mitglied des Aufsichtsrates der  
- S-Servicepartner GmbH, Berlin

#### **Hans-Jürgen Torkler**

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- netbank AG, Hamburg

#### **Stefan Trägler**

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- S-Servicepartner GmbH, Berlin

#### **Andreas Urbanczyk**

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- netbank AG, Hamburg



## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, den 26. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Mario Bauschke  
Wirtschaftsprüfer

## **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

**Berlin, den 26. Februar 2013**

### **Der Vorstand**

Dr. Johannes Evers

Jan Bettink

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Patrick Tessmann

## **Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG**

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2012 in sieben Plenumssitzungen – davon eine Telefonkonferenz – sowie in zwanzig Ausschuss-Sitzungen – davon vier Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin AG (LBB) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem jeweiligen Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der LBB und der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

### **Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit**

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder sowie über die aktuelle Lage der LBB.

In der Sitzung vom 13. Februar 2012 berichtete der Vorstand über eine erste Indikation zur Geschäftsentwicklung per 31. Dezember 2011 nach HGB und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit dem Abbau der risikogewichteten Aktiva und dem Komplexitätsabbau in der Landesbank Berlin,

dem Fortgang des Projekts „Wege zum Kunden“ sowie mit der jährlichen Prüfung der Richtlinien des Aufsichtsrats für die Festsetzung und Auszahlung der variablen Vergütung auf ihre Angemessenheit befasst. Zudem hat der Aufsichtsrat eine Kapitalerhöhung bei der S-Kreditpartner GmbH, Publizitäten zur Corporate Governance sowie die jährliche Durchführung der Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit anhand einer Checkliste beschlossen.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 12. März 2012 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattungen des Vorstands über das Geschäftsjahr 2011 und die des Wirtschaftsprüfers, die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts zum 31. Dezember 2011. Ferner wurde in dieser Sitzung der Jahresbericht der Revision zur Kenntnis genommen und der Bericht des Aufsichtsrats beschlossen. Der Vorstand stellte den Ergebnisbericht zu Hinweisen und Prüfbitten des Aufsichtsrats vor und erstattete den Bericht über die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems (IKS) sowie den Jahresbericht über Spenden und Sponsoringmaßnahmen. Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum Vergütungsbericht 2011 beschloss der Aufsichtsrat die Fortführung des im Bericht dargelegten Vergütungssystems des Vorstands. Daneben hat der Vorstand über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Erfüllung der Kapitalanforderungen berichtet.

An diese Berichterstattung wurde in der Sitzung am 25. April 2012, die im Anschluss an die außerordentliche Hauptversammlung der Holding stattfand, angeknüpft und aktuelle Maßnahmen sowie das weitere Vorgehen erörtert. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat mit Vorstandsangelegenheiten befasst.

Am 4. Juni 2012 fasste der Aufsichtsrat Beschluss über die Einberufung und die Tagesordnung sowie die Vorschläge für die ordentliche Hauptversammlung der LBB und über die Beauftragung des Abschlussprüfers. Ferner wurden in dieser Sitzung Beteiligungsangelegenheiten beschlossen. Weitere Themen waren das Projekt Abbau risikogewichteter Aktiva sowie die Auswertung der Ergebnisse der Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit für das Jahr 2011. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Heinrich Haasis, legte mit Ablauf des 4. Juni 2012 seine Mandate im Aufsichtsrat der LBB und der Holding nieder. Mit Wirkung zum 5. Juni 2012 wurde die Wahl des Vorsitzenden des

Aufsichtsrats, die Wahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats in den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategiausschuss sowie die Wahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats in den Kreditausschuss vorgenommen.

Am 3. September 2012 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand neben den Maßnahmen zur Erfüllung der Kapitalanforderungen und zum Komplexitätsabbau die Umsetzung des Projekts „Wege zum Kunden“. Ferner fasste der Aufsichtsrat einen Vorratsbeschluss zu Organkrediten und beschloss die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2012. Er nahm die Ergebnisse über die Depotprüfung und die Prüfung nach § 36 WpHG, den Bericht des Vergütungsausschusses über die Angemessenheit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme der LBB sowie den Bericht zu Sparkassen-Dienstleistungen zur Kenntnis. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den Sparkassenbericht 2011 sowie den Bericht über die Stiftung Berliner Sparkasse – von Bürgerinnen und Bürgern für Berlin zur Kenntnis genommen.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 16. November 2012 berichtete der Vorstand über die Ergebnisse zum III. Quartal und stellte den Bericht zum Stand der Erfüllung der Kapitalanforderungen vor. Ferner hat der Aufsichtsrat das Strategiedokument nach MaRisk sowie die Risikostrategie erörtert und die Mittelfristplanung 2013 – 2017 beraten. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat über die Fortführung der D & O-Versicherung, die Strategie der S-Servicepartner GmbH informieren lassen und dem Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags zwischen der LBB und der S-Servicepartner GmbH zugestimmt.

Die letzte Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr wurde als Telefonkonferenz am 5. Dezember 2012 abgehalten. Der Aufsichtsrat erörterte ausführlich die Empfehlungen der Verbandsvorsteherkonferenz vom 3. Dezember 2012 zur zukünftigen Ausrichtung der LBB.

Außerhalb der Sitzungen wurde vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2012 ein Beschluss im Umlaufverfahren gefasst.

Mit Ausnahme eines Mitglieds nahmen alle Mitglieder des Aufsichtsrats im Jahr 2012 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

## **Ausschüsse des Aufsichtsrats**

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im Geschäftsjahr 2012 durch den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss und den Kreditausschuss unterstützt. Die Ausschüsse werden aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildet.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2012 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich über die Arbeit der Ausschüsse regelmäßig und umfassend berichten lassen.

## **Corporate Governance**

Als nicht-börsennotierte Aktiengesellschaft unterliegt die LBB grundsätzlich nicht den Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Die LBB hat im Frühjahr 2013 beschlossen, dass die Publizitäten über die freiwillige Befolgung des DCGK mit sofortiger Wirkung eingestellt werden. Dennoch werden bereits implementierte aus dem DCGK stammende Prozesse weiterhin berücksichtigt.

Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr beim Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen nicht auf.

## **Personalia Vorstand**

Im Berichtsjahr gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand.

## **Personalia Aufsichtsrat**

Mit Ablauf des 31. Dezember 2011 legte Herr Wolfgang Pansegrau sein Mandat im Aufsichtsrat der LBB nieder. Als gewähltes Ersatzmitglied für Herrn Pansegrau hat Herr Gerhard Henschel das Mandat ab 1. Januar 2012 übernommen.

Mit Ablauf des 4. Juni 2012 legte Herr Heinrich Haasis sein Mandat im Aufsichtsrat der LBB nieder. Vom Amtsgericht Charlottenburg wurde Herr Georg Fahrenschon mit Wirkung zum 5. Juni 2012 zum Mitglied des Aufsichtsrats der LBB bestellt. In der Hauptversammlung am 31. August 2012 wurde Herr Georg Fahrenschon für die Dauer bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2014 zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt.

Besonderer Dank gilt Herrn Heinrich Haasis, der den Aufsichtsrat als langjähriger Vorsitzender mit hoher Kompetenz und herausragendem Einsatz führte.

Der Aufsichtsrat hat in Anlehnung an Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

## **Jahresabschluss 2012**

Der vorliegende Jahresabschluss der LBB mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der LBB mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zur Kenntnis genommen.

Vor und während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über deren Ablauf und Inhalt. Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der LBB nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des Kreditausschusses, des BPS-Ausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie der Ausschüsse nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung beantwortete er die Fragen der Mitglieder dieser Gremien. Der Aufsichtsrat hat sich in Anlehnung an DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der LBB und des Konzerns LBB zum 31. Dezember 2012 in seiner Sitzung vom 21. März 2013 gebilligt. Der Jahresabschluss der LBB gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2012 erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2013

Der Aufsichtsrat

Georg Fahrenschoen

Vorsitzender